

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerbliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntabend, den 4. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Ende des Kanals.

Aus dem chaotischen Wirrwirr der preussischen Politik hofft die Regierung durch den Schluß des Landtags zu entkommen. Seitdem kein Zweifel mehr an der erneuten Ablehnung der Kanalvorlage bestehen konnte, seitdem sich die Regierung dem bedächtigen Scheinkompromiß überliefert sah, wurde ihre Situation völlig verzweifelt und hallos. Sollte sie die Verschleppungsspielle weiter ertragen oder durch förmliche Abstimmungen ihre Vorlage von neuem niederwerfen lassen? Sie entschloß sich, durch Schluß der Landtagssession den Streit kurzer Zeit abzubrechen. Der Ministerpräsident Graf Bälou schloß die Session mit der Erklärung:

„Nach dem Gange, welchen die Beratungen in der Kommission des Hauses der Abgeordneten genommen haben, hat die königliche Staatsregierung zu ihrem Bedauern die Ueberzeugung entnommen müssen, daß die erwartete Verständigung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschlossen ist. Von der Fortsetzung einer zwecklosen Beratung kann sich die königl. Staatsregierung keinen Erfolg versprechen und daher zu einer solchen die Hand nicht bieten.“

Das tragikomische Ende der Kanalvorlage begleitet eine gleich tragikomische Regierungskrise. Miquel hat seine Demission eingereicht, daselbe wird von dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein und dem Handelsminister Drefeld mit Bestimmtheit behauptet. Eine amtliche Mitteilung über diese Ministerverabschiedungen liegt noch nicht vor, so daß sich auch Gerüchte erhalten, daß nicht Herr Drefeld, sondern der Justizminister Schönstedt im Strudel der Krise verschwinden soll. Ueber die Nachfolger der scheidenden Regierungsmitglieder ist ebenfalls bisher nichts bekannt. Der Minister des Innern Rheinbaben soll das ihm angebotene Portefeuille des Finanzministers abgelehnt haben; sonst werden als neue Einwohner des Kanalarbaltens der Danziger Oberbürgermeister Delbrück, der Kölner Oberbürgermeister Becker, beide nationalliberaler Richtung, und andre Persönlichkeiten genannt. Wahrscheinlich ist, daß die königliche Kurie jemand ernennt, an den jetzt niemand denkt.

Obschon die Situation schon seit längerem gänzlich unhaltbar erschien, kam nun der Schluß des Landtags und die Regierungskrise dennoch recht überraschend. In der Regierung wog noch bis zuletzt die Meinung vor, das Verschleppungsspiel der Kanalrebellion weiter dulden zu wollen. Aber es scheint, als sei dem Kaiser, der sich für das Zustandekommen der Vorlage aufs eindringlichste verbürgt hatte, die Sache zu toll geworden. Es haben sich in den letzten Tagen äußerst erregte Szenen hinter der Schaulibühne abgespielt, deren Ergebnis nun vorliegt. Der Kaiser soll eine Auflösung des Abgeordnetenhauses gefordert haben, aber Graf Bälou soll diesen Entschluß geheim gehalten haben sowohl durch den Hinweis auf die Schwierigkeiten der auswärtigen Politik, der isolierten Stellung Deutschlands in China, als auch durch den Einwurf, daß der Kaiser nicht in die Lage gebracht werden dürfe, sich durch Neuwahlen einem Urteil der Wähler über die Kanalfrage ausgesetzt zu sehen.

Thatsächlich hätte die Auflösung des Abgeordnetenhauses die Regierung nicht aus ihren Ruten befreien können. Sie müßte sich auf Parteien stützen, deren Stärkung sie nur wünschen könnte, wenn sie eine völlige Schwenkung ihrer gesamten Politik — der preussischen sowie der Reichspolitik — beabsichtigte. Sie müßte aber auch mit der Möglichkeit rechnen, daß die Kanalrebellion dank dem Dreiklassen-Wahlssystem nicht vermindert, sondern vielmehr in noch vermehrter Zahl wiederkehren könnten. Auflösung des Abgeordnetenhauses, Neuwahlen gegen die konservative Partei kann eine Regierung nicht unternehmen, deren innerstes Wesen, trotz aller Kanalverstimmungen, konservativ und agrarisch ist.

Nichts ist lächerlicher, als die unentwegte liberale Hoffnungs- freudigkeit, die auch jetzt den Anfang einer Periode kräftigeren Vorstoßes der Regierung gegen den junkerlichen Uebermut erträumt. Liberale Blätter sprechen thatsächlich die Meinung aus, die Regierung werde nach der Neubildung des Ministeriums weitere Schritte unternehmen. Aber das vom Grafen Bälou gewählte Wort, die erwartete Verständigung über die Kanalvorlage sei „zur Zeit ausgeschlossen“, beweist, daß ein ernsthafter Widerstand der Regierung gegen die konservative Diktatur keineswegs zu erwarten ist. Auch die „Berl. Vol. Radv.“ bestätigen diese Auffassung, indem sie erklären, daß die „wahrhaft staatsmännische Selbstbeschränkung der Regierung keineswegs einen endgültigen Verzicht auf die wiederholte Forderung der Ausführung des Kanalprojekts in vollem Umfange und zu gelegener Zeit bedeute.“ „Stellt man, sagt das offizielle Blatt weiter, unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Kanalprojekt vorläufig zurück, so meinen wir, wird diese Scheinbare Verzögerung nur zur Klärung der Meinungen und zum schließlichen Siege jenes schäpferischen Gedankens führen.“ Das heißt genügend klar: die Regierung verzichtet auf die Vorlage.

Die „That“ des Landtagschlusses vollendet die lange Reihe der Niederlagen der Regierung, der Siege des preussischen Junkertums. Die Regierung erklärt ihre Unfähigkeit, eine Vorlage, deren kultureller Wert zweifellos, den agrarischen Feinden der modernen Wirtschaftsentwicklung abzurufen. Ja die Regierung bietet im Rückweichen vor den Konservativen den reizvollen Anblick, beinahe den Anforderungen eines weitgehenden Konstitutionalismus zu folgen: Während im Reichstag das allgemeine Wahlrecht gegenüber den demokratischen

und liberalen Parteien jede Niederlage die Minister in ihrer Stellung befestigt, führt in Preußen die Ablehnung eines Kulturwerks durch die konservativen Vertreter einer winzigen Minderheit der Bevölkerung zur Regierungskrise.

Die konservativen Zeitungen bekunden daher keineswegs den von den Liberalen erwarteten Schrecken. Die konservative Partei hat ihren Willen durchgeföhrt und erwiesen, daß sie in Preußen zu befehlen hat.

Die konservative Presse ist dabei vorzüglich genug, ihren Sieg nicht in lauten Jubelhymnen zu feiern. Sie weiß, daß sie einen weiteren, ernstesten Kampf zu kämpfen hat gegen die Einflüsse, die bei Hofe und in der Regierung die schon zugefagte **Wrotzollerhöhung**, das wichtigste Ziel konservativer Politik, zu beinträchtigen sich bemühen. Mit der Beseitigung der Kanalvorlage ist dem konservativen Wrotzucherspiel ein bedeutsamer Krampf entzogen worden. Die Agrarier befürchten, daß das jämmerliche Ende der Kanalvorlage Bestimmungen hinterläßt, aus denen ihren schutzgöllnerischen Plänen Schwierigkeiten erwachsen können.

So sagt denn die „Deutsche Tageszeitung“:
 „... Nur das möchten wir nochmals hervorheben, daß man von einer Niederlage (der Regierung) in keiner Weise sprechen kann. Die Entschliehung der Regierung hat die Möglichkeit einer Niederlage beseitigt. Darin besteht ihr besonderer Vorzug. Wenn ferne hier und da angedeutet wird, daß diese Entschliehung der Regierung nicht kraftvoll sei, sondern eher das Gegenteil bedeute, so ist dies ein Irrtum. In der jetzigen Lage gehörte mehr Kraft und mehr Kraftbewußtsein dazu, einen Entschluß zu fassen, wie ihn die Regierung gefaßt hat, als irgendwelche andre Maßnahmen zu treffen.“

Und die „Kreuz-Zeitung“ erklärt überaus nüchtern:
 „Wir Konservativen denken gar nicht daran, den Ausgang der Kanalfrage als einen Sieg zu betrachten. Für uns war die Angelegenheit stets eine — allerdings wichtige — wirtschaftliche Frage ohne politische oder prinzipielle Bedeutung.“

Die konservativen Organe sind eifrig beflissen, die Niederlage der Regierung als unweissentlich anzugeben und jede Reizung der Persönlichkeiten, von denen sie eine Unterstützung ihrer **P o l l i t i s c h e** begehren, zu vermeiden.

Ganz besonders vermeidet die konservative Presse jede Erinnerung daran, daß die Kanalvorlage eine Lieblingsvorlage des Kaisers ist. Am 11. August 1899 sagte der Kaiser bei Einweihung des Dortmund-Ems-Kanals:

„Das Werk, das ich soeben besichtigt habe, ermöglicht hoffentlich der Stadt Dortmund, wieder ihren Flug über die See zu nehmen, wie sie ihn einstmals genommen hat. Nur möchte ich glauben, daß der Kanal, wie er augenblicklich anzusehen ist, nur ein Teilwerk ist. Er ist aufzufassen in Verbindung mit dem großen Mittellandkanal, den zu bauen und zur Durchführung zu bringen meine Regierung und ich fest und unerschütterlich entschlossen sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß die stets wachsenden Bedürfnisse unseres Landes auch größere und leichtere Wege verlangen, und als solche müssen wir neben den Eisenbahnen die Wasserstraßen betrachten. Der Austausch der Massengüter im Binnenlande, der vor allen Dingen auch der Landwirtschaft zu Gute kommt, läßt sich nur auf dem Wasser bewerkstelligen, und so hoffe ich, daß die **Volkvertretung**, diesem Gesichtspunkte nachgehend, mich in die Lage versetzen wird, hoffentlich noch in diesem Jahre meinem Lande den Segen dieses Kanals zu kühlen und zu Teil werden zu lassen... Was damals als Rückhalt der Hanse fehlte, ein starkes, geeintes, einem Willen gehorchendes Reich, haben wir durch die Gnade des Himmels und die Thaten meines Herrn Großvaters wieder errungen, und diese Macht soll auch für dieses große Werk mit voller Wucht eingesetzt werden. Dafür werde ich stehen!“

Es ist begreiflich, daß die Konservativen die von ihnen verübte ungeheuerliche Erschütterung der Autorität dem Vergessen zu übergeben wünschen und sich mühen, nach errungenem Siege die Besiegten zu schonen und sich erneut als einzige Schützer der Autorität anzupreisen.

Miquels Glück und Ende.

Der Stehaufmann in der preussischen Regierung ist nun endlich und wirklich zu Boden gesunken: Herr v. Miquel hat nach einem langen Dasein, voll von Arbeit, Streb sucht, Lächelheit, glänzenden Erfolgen, Charakterlosigkeit und Ränken seine politische Laufbahn beschließen müssen, nachdem ein höherer privilegierter Willen den an sein Amt sich Klammernden jäh beseitigt hat.

Der glückliche Emporkömmling hat nicht in Schönheit zu sterben verstanden. Er ist nicht auf der Höhe vom Bligstrahl getroffen worden. Als politischer Bankrotteur, zu dem im Grunde niemand mehr rechtes Vertrauen hatte, als Reaktionsär schlammiger Gattung und als ein Renegat von vielen Graden muß er davon gehen, dem Zwange widerwillig gehorchen.

In der Gestalt des Herrn v. Miquel verkörpert sich recht getreu Art und Einstellung der deutschen Bourgeoisie, die, je mehr sie wirtschaftlich empor kam, um so mehr moralisch sank: ohne Ueberzeugung, zu jedem Gefinnungswechsel bereit, verschlagen die Kräfte und Schliche des Kammerdieners übend, um von der Macht Vorteile zu erlitten, jugendlich revolutionär und idealistisch von Haus aus, um schließlich in einer geschmeidigen Realpolitik zu endigen, die die stumpflose Befriedigung materieller Interessen durch die „ausgleichende“

Politik der Sammlung zu ermöglichen und zu schätzen sucht. Servilität, Hyzantinismus, das dudende Dulden aller Nothen und Launen des Tags — diese Eigenheiten bilden den Schmutz dieses widerwärtigen bourgeoisen Typs.

Herr v. Miquel, der in seiner Jugend ein stürmischer Umstürzler war, für Karl Marx sich begeisterte und sich ihm als Organisator von Bauernaufständen anbot, endigte als Schweinehirt der ostelbischen Junkerschaft. Zwischen diesen Stationen war er alles und jedes. Er kostete von allen Ueberzeugungen, bewies überall eine große Fähigkeit, jene reiche Intelligenz nutzbar anzulegen, und versäumte niemals, in jeder Phase seiner Entwicklung rechtzeitig einen profitablen Anschluß zu finden. Miquel war niemals so „doktrinär“, sich auf eine Ueberzeugung festzulegen, für eine einseitige Weltanschauung zu leben und zu kämpfen. Er war immer und überall Geschäftsmann, der nur die Geschäftsmoral des Erfolgs anerkannte und immer mehr sich befreite von der Sentimentalität einer Bestimmung. Als glatt wand er sich durch alle Schwierigkeiten. Der Bauernaufwiegler gehörte in den hannoverschen Verfassungskämpfen zur radikalen Opposition, fügte sich dann zum Bürgermeister von Osnabrück. In der Gründerzeit wurde er Direktor der Diktontobank, seine Hand steckte in den bedenklichsten Aktionen jener Epoche. Aber der Gründer wurde reich, verließ nach gethanem Werk die immerhin anrüchige Bankspähre, wurde Oberbürgermeister von Osnabrück und dann von Frankfurt — politisch ein Führer des gemäßigten, knochenweichen Nationalliberalismus. An der Spitze kommunaler Verwaltungen erwarb er sich unauflösbare Verdienste. Er war ein Mann der praktischen Initiative, hatte eine sichere Hand und bewachte sich stets ein gewisses Maß socialpolitischer Einsicht, das ihn über die unersichtbaren Janatiker des Manchesterturns emporhob.

Als Praktiker gedieh er allmählich zur fast vollständigen Farblosigkeit. Er erhob seinen persönlichen Mangel an Charakter zum allgemeinen Prinzip der politischen Anschauung. Er fand für seine Grundlosigkeit die klingende Formel, daß die Parteien sich alle überlebt hätten. Und mit dieser Formel machte er sein Glück. Wilhelm II. war es eine angenehme Vorstellung, daß die harte Interessenerklärung der Parteien eigentlich überflüssig sei und daß nach Ueberwindung der überlebten politischen Gruppenbildungen es möglich sei, eine harmonische Sammlung aller staatsverhaltenden Elemente gegen den Umsturz zu bewirken. So wurde Miquel, der den Monarchen dieses Zukunftsbild schäuen ließ, der Mann des Kaisers.

Miquel war mehr als ein Jahrzehnt preussischer Finanzminister, er erhielt den erblichen Adel und stieg zum Vizepräsidenten des Ministeriums empor. Er war jahrelang ein allmächtiger Mann, der die preussische und deutsche Politik entscheidend beeinflusste. Er besaß das uneingeschränkte Vertrauen seines Monarchen. Das Ziel seines Ehrgeizes war, Reichskanzler zu werden und es hätte sich seiner Zeit niemand gewundert, wenn er auch diesen höchsten Punkt erklimmen hätte.

Das Bifidum Liberalismus, das er noch besaß, streifte er ohne Beschwerden ab, wie der Freigeist auch keinerlei Strupel empfand, das christliche Volksschulgesetz der protestantischen und katholischen Dunkelmänner zu vertreten. Als Finanzminister leistete er in seiner Art Glanzendes. Unter seiner Verwaltung entwickelte sich in steigendem Maße eine äppige Ueberduchwirtschaft. Seine große Steuerreform war ein durchdachtes einseitiges Werk, das, so sehr man sie von unserem Standpunkt aus bemängeln muß, doch einen erheblichen Fortschritt, auch in socialer Beziehung darstellte. Es war ein beträchtlicher Erfolg, daß es ihm gelang, den kapitalistischen Volkvertretern die Steuerdeklaration und das den Hausarbeitern durchaus nicht allzu freundliche Kommunalabgaben-Gesetz durchzusetzen. Nach Vollendung der Steuerreform freilich wurde seine Verwaltung steril. Zwar machte er alle reaktionären Streiche mit, wie etwa das Vereinsgesetz, aber er that nichts für eine gedeihliche Fortentwicklung. Nur in seiner allerletzten Zeit verriet die Ministerialclasse über die Wohnungsfrage den besseren Geist Miquels.

Weder und mehr stützte sich Miquel auf die stärkste und zugleich rückständigste Macht in Preußen-Deutschland, auf das agrarische Junkertum. An dieser Macht hielt er sich aufrecht und ging er zu Grunde. In der Vorbereitungszeit der neuen Handelsverträge wirkte er hinter den Coulissen als der Vertrauensmann der agrarischen Interessen. In der Komödie der Kanalvorlage spielte er die zweitbeständige Rolle, die jemals ein preussischer Minister gewagt hat. Aber der Aufguckler, der an Intelligenz das ministerielle Maß, das man bei uns gewohnt ist, weit übertrage, fing sich schließlich in den Maschen des von ihm gesponnenen Reges. Seit jener vom „Vorwärts“ unüberleglich festgestellten jedlichen Kanal-Intrigue war Miquels Stellung bei Hofe erschüttert. Der Kaiser hat seinen vordem mit Auszeichnungen überschütteten Minister in den letzten zwei Jahren wohl nur noch selten gesehen. Es war ein klaglicher Anblick, mit welchen Mitteln Miquel den verlorenen Einfluß wiederzugewinnen suchte: Er überbot sich in aufdringlicher Hohenzollernschwärmerei und produzierte sich sogar schließlich — sehr wider seine eigne Meinung — als Welt- politiker der Wasserzukunft. Als dann Bälou's Stern aufging, hatte Miquel nichts mehr zu hoffen. Dennoch wich er nicht, er bemühte sich mit allen Mitteln, im Amte zu bleiben. So mußte sein Ende aller Würde entbehren.

Miquel wird aus der Regierung in einem Augenblick entfernt, wo der Finanzlage schwere Erschütterungen drohen. In dieser einen Beziehung ist er rechtzeitig gegangen. Den zu erwartenden finanziellen Niedergang braucht er nicht mehr zu verantworten.

Politisch verläßt er die Bühne als ein völlig erschöpfter Mann. Allenfalls würde er sich noch zum Direktor des Bundes der Landwirte eignen. Vielleicht findet er aber nun endlich die Ruhe, sein längst angehängigtes Werk über den Socialismus zu schreiben. Ob er nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht doch gelegentlich

fehnfüchtig nach den Idealen seiner Jugend zurückzublicken mag? Welch ein Unterschied zwischen dem äußerlich so beschiedenen Schicksal seines alten Kameraden Liebkecht und dem strahlenden Dasein Miquels, des Emporkömmlings, dem niemand vertraute und niemand beweint. . .

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Mai.

Der Schlußakt.

Ein gewaltiges Leichengefolge wohnte am Freitag dem plötzlich beschleunigten Tode der Session des preussischen Landtags bei. Die Cerimonie selbst spielte sich in wenigen Minuten ab, aber alles war herbeigeströmt, um dabei zu sein bei dem kühnen Trauerakt. Vor dem Abgeordnetenhaus drängten sich die Droschken, als handelte es sich um eine Theaterpremiere. Die Tribünen sind längst ausverkauft. Frühzeitig staut sich oben die Menge Kopf an Kopf, auch unten im Saal verbreitet sich eine riesige Kälte „gesetzgebender Körper“ — der Reichstag könnte gut drei Monate von der Frequenz dieser einen Sitzung der vereinigten Häuser des preussischen Landtags zehren.

Im Saal und auf den Tribünen schwirrt die Unterhaltung äußerst lebhaft. Daß es sich nur um den Schluß, nicht um die Auflösung des Abgeordnetenhauses handeln wird, ist sicher. Aber wird Wilow den Schluß der Verhandlungen begründen, wird er sich mit der bloßen Volkshaus begnügen oder für die Kanalrebellen noch eine Erklärung beifügen? Werden sich die wegen fahrlässiger und doloser Verschuldung des Vorgesandten der Kanalrebellen zum Tode verurteilten Mandarinen noch einmal vor der Hinrichtung dem Volke zeigen? Wird insbesondere der Obermandarin Miquel zum letztenmal die Ministerbank zieren?

Allgemeines Mißgefühl herrscht mit den eigentlichen Opfern des unermuteten Abbruchs der Verhandlungen. Manche Abgeordnete sind auf die Diäten stark angewiesen, und nun wird ihnen plötzlich dieser Unterhalt entzogen. Es heißt, daß einige liberale Kanalreueben den Bund der Landwirte wegen des durch seine Agitation verursachten Diätenverlustes auf Schadenersatz verklagen wollen. Sehr beliebt ist auch das Spiel, neue Minister zu kandidieren. Die Börse, auf der die Mittelung von dem erblichen Minister Miquels mit einem patriotischen langanhaltenden Hurra-Jubel begrüßt worden sein soll, war mit gutem Beispiel vorangegangen und hatte zum Nachfolger des antisemitischen Justizministers Schönstedt den reißigen Vorkämpfer jüdischer Rotare, den Abg. Pellosohn ernannt.

Auf der rechten Seite des Hauses unterhält man sich angelegentlich. Den Siegern ist der Triumph so überaus schnell gekommen, daß sie sich in das große Glück noch nicht zu finden vermögen. Sie scheuen ob so viel Segens offenbar den Reich der Götter. Sie sehen recht besonnen aus und selbst Herr v. Jeditz, der Organisator des strahlenden Siegs der Kanalrebellen, ist anscheinend von dem Uebermaß des Erfolgs bedrückt. Es graut ihnen vor der unerwartet schnellen Erfüllung ihrer kühnsten Wünsche.

An der Ministerbank, die in bisher völliger Leere stand, wird es auf einmal lebendig. Die Minister rücken an, alle, auch Herr v. Miquel — ein Zeichen, daß das Entlassungsgeheiß formell noch nicht genehmigt war. Die Minister präsentieren sich, mit Ausnahme des ordensgeschmückten uniformierten Kriegsministers, in Grad und weißer Blinde. Graf Wilow tritt dicht an die Bank heran, während die anderen Kollegen hinter den Stühlen stehen bleiben — sämtlich sehr ernst, innerlich erregt, nicht unwahrscheinlich Kandidaten, die zur Schlachtkampfbank des Empires schreiten. Als Miquel den Saal betritt, grüßt er mit einem flinken Lächeln, das einem Grinsen der Verlegenheit gleicht, zum Präsidenten empor. Kein Zweifel, das war eine furchtbare schwere Entbindung von seinem Amt gewesen. Er hat sich offenbar nur dem Zwang gefügt, als er von der Stelle wich. Nur mit Mühe meistert er seine tiefe Erregung, in der sich trotziger Horn und milde Gebrochenehelt seltsam mischt. Es wird dem ehrgeizigen Mann nicht leicht, einer höheren Gewalt sich beugend, in sein jämmerlich ruhmsloses Ende einzuwilligen; er wirft an der seitlichen Schür, die er um den Hals legen mußte. Man wird unwillkürlich an die ergrimmten Mienen des gesägten Bismarck erinnert, als er gezwungen wurde, Berlin und das Reichskanzler-Palais zu verlassen.

Jetzt übernimmt Herr v. Kröcher das Präsidium und erteilt dem sich mit gewohnter Eleganz vorbeugenden Grafen Wilow das Wort. Der Ministerpräsident verliest die Botschaft, in der die Schließung der Session verkündet wird. Dann setzt er sich in Politik, versucht ein wenig die Art des starken Mannes anzunehmen, und erklärt, die Regierung könne nicht fürderhin die Hand zu den zwecklosen Kanalberatungen bieten.

Das Haus hört laullos zu. Der Präsident läßt den König hoch leben, und die Rebellen rufen dreimal hintereinander sehr eilig und nicht sehr wohlwillingend Hoch — die Arme zur Dede schwingend.

Aus ih's! Herr v. Miquel versucht sich noch ein Weichen im Abschiednehmen, die Journalisten beilen sich, die Scene in alle Welt zu berichten, bald ist das hohe Haus verödet. . .

Drei Jahre Kanal.

In der Session 1899 bringt das Ministerium Hohenlohe die Kanalvorlage ein. Der Kaiser selbst verbürgt sich dafür, daß der Kanal gebaut wird, er erklärt, daß er und seine Regierung den Mittelkanal zu bauen und zur Durchführung zu bringen fest und unerschütterlich entschlossen sind, er spricht die Hoffnung aus, die Volksvertretung werde ihn noch im Jahre 1899 in die Lage versetzen, dem Lande den Segen des Kanals zu tragen und zu teil werden zu lassen. Die Junker sind fest entschlossen, den Kanal nicht zu bauen, durch allerhand Verschleppungskunststücke ziehen sie die Session in die Länge, um schließlich der Regierung die Vorlage vor die Füße zu werfen.

Darob großes Entsetzen unter den Ministern. Der alte Hohenlohe läßt sich aus seiner Ruhe aufschrecken, er erscheint persönlich im Abgeordnetenhaus, er droht sogar den Junkern:

„Wenn der Mittelkanal, wie es ja den Anschein hat, heute verworfen wird,“ so äußerte er sich bei der dritten Lesung im Abgeordnetenhaus am 19. August 1899, „so wird er doch nicht von der Tagesordnung verschwinden, er wird wiederkommen und die Regierung wird dann dafür sorgen, daß er zur Annahme gelangt. Die Frage kann übrigens nicht allein an und für sich betrachtet werden, denn sie wird weittragende Folgen haben in Beziehung auf das bisherige Verhältnis der Konservativen zur Regierung und kann nur unheilvoll auf das Zusammengehen der staatsrechtlichen Elemente des Landes wirken, namentlich auf das Zusammengehen auf dem Gebiet der Handelspolitik. Das mögen die Herren von der Rechten bedenken.“

Und wenige Tage später, bei Schluß der Session am 29. August 1899 spricht Hohenlohe von neuem das Bedauern der Regierung über das Scheitern der Vorlage aus und betont, daß die Regierung im allgemeinen Interesse der Landeswohlfahrt an diesem großen Werke unverrücklich festhalte und sich der sicheren Erwartung hingabe, daß die Ueberzeugung von dessen Notwendigkeit und Bedeutung im

Volke immer mehr Boden fassen und daß es bereits in der nächsten Session gelingen werde, eine Verständigung darüber mit dem Landtage herbeizuführen.

Und nun greift die Regierung zu dem denkbar verfehltesten Mittel: sie mahregelt — angeblich auf Anraten Miquels, dessen Rolle bei der Kanalkomödie kaum mehr zweifelhaft ist — die politischen Beamten, die gegen den Kanal gestimmt haben und sucht diesen offensibaren Verfassungsverstoß noch zu beschönigen. Sie bezeichnet es als „einen unhaltbaren Zustand, daß die Regierung bestimmte Ziele verfolgt, während die pflichtgemäß zu ihrer Unterstützung berufenen politischen Beamten diese Ziele bekämpfen. . . Die Rücksicht auf diese Beamten kann nicht so weit gehen, um die politische Autorität der Regierung seiner Majestät des Königs zu gefährden.“

Wenn irgend etwas, so war die Beamtenmahregelung geeignet, die Kanalrebellen nur noch trotziger zu machen und sie in ihrem Widerstande zu stärken. Und auch die nachträgliche Beförderung der Gemahregelungen war nicht gerade geeignet, das Ansehen der Regierung zu stärken.

In der nächsten Session wird die Vorlage in erweiterter Form in der Thronrede angekündigt, aber sie bleibt aus. Die Kanalrebellen gewinnen Zeit, ihren neuen Schlachtplan auszuheden.

Hohenlohe geht. Sein Nachfolger, der geschmeidige Bülow, bringt die Vorlage mit allen den Kompensationen ein, die die Agrarier gefordert haben, er sucht das gute Einvernehmen zwischen Regierung und Konservativen wieder herzustellen, er redet den Junkern gut zu, verpflichtet ihnen einen gesicherten Zollschutz, er verleugnet seinen Vorgänger, der der Kanalvorlage eine politische Bedeutung beigelegt hat, indem er ausdrücklich die neue Vorlage als einen Entwurf bezeichnet, der nach Inhalt und Bedeutung wirtschaftlicher Natur ist. Aber auch ihm glückt es nicht, das Werk zu stande zu bringen.

Die Junker unter Führung des Freiherrn v. Jeditz lassen sich im Verein mit den Centrumsleuten wohl gnädigst herbei, die Vorlage einer Kommissionsberatung zu würdigen, aber sie lassen von vornherein keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es ihre Absicht ist, die Vorlage nicht eher ans Plenum zu bringen, als bis ihnen höhere Kornzölle garantiert sind. Wieder beginnt die Komödie in der Kommission; mit einer Geschicklichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, werden die Verhandlungen in die Länge gezogen. Zwar kommt es noch nicht zur Abstimmung, aber über das Resultat derselben kann kein Zweifel sein. Um der sicheren Niederlage zu entgehen, schlägt die Regierung die Session, ohne das Schicksal des Entwurfs im Plenum abzuwarten.

Drei Jahre Kanalkampf — drei Jahre Abtragung der Regierungsautorität durch die eigentliche Partei für Loyalität und Autorität!

Der Reichstag

verhandelte heute bei schlecht besetzten Bänken über das Gesetz, das die Versorgung der Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen neu regelt. Ein Verbesserungsantrag des wild-liberalen Abg. Schwarz, wonach die Kriegsinvaliden, die ohne 12jährige aktive Dienstzeit für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins bisher Gehaltsstrafe bezogen haben, auch für die Folge im Genuß derselben bleiben sollen, wurde abgelehnt, um die Harmonie der Neuregelung nicht zu stören. Für diesen Antrag war Genosse Singer in einer pointenreichen Rede eingetreten, die die preussischen Vorgänge geschickt berührte.

Dagegen wurde ein Antrag Riff zu Gunsten der früheren Angehörigen der französischen Armee, der Elsäßer, die jetzt Deutsche geworden sind, angenommen, nachdem ihn der Centrumsabgeordnete Dr. Vachem unter Hinweis auf zwei Elsäßerinnen, die in Nationaltracht auf der Tribüne saßen, begründet hatte.

Die vielen Petitionen, die noch auf der Tagesordnung standen, hielten länger auf, als erwartet werden konnte. Eine besonders ausgedehnte Debatte entpann sich um die Petition einer Imkerzeitung und eines agrarischen Vereins in Rheinpreußen, die in echt agrarischem Geist den Deklarationszwang und die Färbung des Kunsthonigs verlangten. Der alte agrarische Wunsch, die Margarine himmelblau zu färben und sie den Konsumenten zu bereiten, findet hier ein Seitenstück. Bei gegenwärtigem Stand der Chemie ist es aber, wie auch der Regierungsdirektor hervorhob, ganz unmöglich, künstlichen Honig vom Naturhonig zu unterscheiden, und der Deklarationszwang würde rein auf dem Papier stehen. Genosse Wurm trat lebhaft gegen die agrarischen Wünsche in die Schranken; er geißelte die Sucht der Nahrungsmittelbranche, fortwährend nach Specialgesetzen zu schreiben, um den Gebrauch von Surrogaten zu verhindern, der doch nur auf das engste mit der schlechten Bezahlung und der schlechten Lebenslage der breiten Volksmasse verknüpft ist. Schließlich fand sich eine agrarische Mehrheit für einen nationalliberalen Antrag Dr. Sander zusammen, der die agrarischen Wünsche auf die Forderung erhöhten Schutzes für den Naturhonig beschränkte und dies Verlangen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwies.

Die Beratung der weiteren Petitionen wurde auf morgen vertagt. Außerdem steht die dritte Lesung der Kriegsinvaliden-Versorgung und der Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstands auf der Tagesordnung. Der Präsident kündigte noch den Eingang dreier Interpellationen an, die in der nächsten Woche verhandelt werden sollen. Der Welse Nobenberg erkundigt sich nach dem Schicksal der in englischer Gefangenschaft gefallenen deutschen Missionare in Südafrika, der Centrums-agrarier will die Audimierung der Militärpferde nicht länger in die Saatzeit verlegt haben und unsere Fraktion schließlich fragt an, ob die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften für die chemische Fabrik in Griesheim außer Kraft gesetzt worden sind. Unsere Interpellation dürfte im Hinblick auf das furchtbare Unglück in Griesheim allseitig Interesse erregen.

Das Abgeordnetenhaus

hatte zu Freitagmittag eine geschäftliche Sitzung anberaumt, setzte aber auf Vorschlag des Präsidenten mit Rücksicht auf den bevorstehenden Sessionsschluß sämtliche Beratungsgegenstände von der Tagesordnung ab. Auch die Sitzung der Kanalkommission wurde in letzter Stunde abgesetzt. —

Deutsches Reich.

Die Krankheit. Als vor ein paar Wochen gemeldet wurde, Miquel beabsichtige im Frühjahr aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied zu nehmen, verfiel seine Berliner politischen Nachrichten* gar lebhaft, der Finanzminister sei äußerst gesund und denke nicht an Abschiednehmen.

Jetzt hat der zähe Kleber doch gehen müssen und nun haben das die Berliner Politischen Nachrichten* längst gewußt. Sie schreiben nämlich:

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Finanzminister Dr. v. Miquel, hat schon vor Monaten ihm näher stehenden Persönlichkeiten seine feststehende Absicht mitgeteilt, in Rücksicht auf sein Alter wie auf seinen in letzter Zeit immer schwächer werdenden Gesundheitszustand mit Schluß der Landtagssession von seinem Amte zurückzutreten. Der Minister hat diese Absicht jetzt ausgeführt und Se. Majestät um Enthebung von seinen Posten gebeten. Wer in letzter Zeit Gelegenheit gehabt hat, Herrn v. Miquel des Öfteren zu sehen, hat bemerken können, daß sein Gesundheitszustand in der That ihm nicht erlaubt, auf seinem Posten länger zu verbleiben. Herr v. Miquel wird noch einige Zeit in Berlin bleiben und dann nach Frankfurt a. M. übersiedeln, wo er beabsichtigt schon vor Monaten ein Haus, wenn auch nicht gekauft, so doch gemietet hat.

Spaß muß sein — denkt der tieftrauernde Hinterbliebene, Schweinburg. —

Behandlung der gelben Kanäle.

Die Ursache der Empörung der Chinesen und des Festher in China ganz unbekannt Fremdenhasses ist vielfach auf die skandalöse Behandlung zurückgeführt worden, die sich die europäischen Kulturträger in China gegenüber den Chinesen herausgenommen haben. Wie berechtigt diese Anklagen waren, beweist ein Artikel des China-Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, der sich ausführlich über die Behandlung der Chinesen durch die Ausländer verbreitet. In dem Artikel heißt es:

Während der europäischen Kaufmann, falls er eine oder zwei europäische Nationen gründlich kennen gelernt hat, sich in den meisten Fällen auf den Verkehr mit diesen Nationen beschränken wird, ohne sich einzulassen zu lassen, persönlich launmännliche Beziehungen mit anderen Nationen anzuknüpfen, von deren Sprache und Gebräuchen er nicht die geringste Ahnung hat, reist der europäische Kaufmann in China von Tientsin nach Canton, von Canton nach Shanghai, von dort nach Peking und die Mandchurien und nach Korea, überall sich bestensfalls auf sein von den Chinesen Kaufleuten ja allerdings verstandenes „Pidgin-Englisch“ verlassen und im übrigen auf sein allenthalben gleich anmahendes Benehmen den Landesbewohnern gegenüber vertrauend. Wir sagten ein Kaufmann, daß er oft halbe Stunden lang den Chinesen gegenüber saße, ohne nur einen Ton von dem Gesprochenen zu verstehen, weil die Chinesen überzeugt davon, daß der Fremde ihre Sprache nicht versteht, während der geschäftlichen Verhandlungen vor dem dumpfen fremden Tausel in aller Gemütsruhe überlegen, wie sie ihn nach ihrer Ansicht am besten übers Ohr hauen können. Nur kam der Fremde aber mit diesen Leuten wenigstens in „Pidgin“ fertig werden. Triff er aber einen Aischu-Kuli oder irgend einen anderen dienbaren Geist, dessen Hilfe er in Anspruch zu nehmen wünscht, so hilft in diesen Fällen auch sein „Pidgin“ nicht mehr und er sucht dann seine Wünsche durch Pässe und Inkretits Karzungen und schilt den Chinesen gar unerschämmt, wenn dieser eine derartige Ueberzeugung der Wünsche des Fremden nicht geduldig himmelt. Man denke sich nur, wie es einem Engländer in Berlin oder einem Deutschen in London ergehen würde, wenn er den Droschkentuschern oder Dienstmännern durch Stöße mit dem Fuße oder Stöße sein Begehren erklären wollte! Das ist ganz etwas Anderes, wird man einwerfen. Nein, es ist nichts Anderes, sondern ganz genau dasselbe. Unsere eigene Ueberzeugung über den Chinesen wird dadurch nicht rechtlich, daß sie sich bei uns als etwas Selbstverständliches eingebürgert hat. Auch den Japanern gegenüber galt sie vor nicht so langer Zeit noch als selbstverständlich, und heute hält es doch jeder Europäer für ebenso selbstverständlich, daß er sich in Japan genau so anständig und bescheiden zu betragen hat, wie in irgend einem andern Lande. . .

Der Ausdruck räpelhafter Benehmen mag manchem hart erscheinen, aber ich kann versichern, daß er, was das Verhalten vieler Ausländer in China betrifft, fast noch zu milde ist. Ist es etwa nicht räpelhaft, wenn im Hotel in Peking Europäer, sobald ein anständig gekleideter Chinese das Gastzimmer betritt, in „Pidgin“ fragen, was das Schau. . . wolle? Diese Frage habe ich oft gehört, einmal beispielsweise einem mir als früheren Mandchu-Offizier bekannten höchst ehrenwerten Chinesen gegenüber. Solchen Beleidigungen steht der Chinese fast allorts völlig wehrlos gegenüber. Jedes Wort dagegen würde ihm in Tientsin und Peking sicher, in Shanghai höchst wahrscheinlich eine Tracht Prügel zuziehen. In körperlicher Gegenwart darf er nicht denken, denn selbst einem betrunkenen Matrosen gegenüber wäre Gegenwart ein unerhörtes Verbrechen. Unter solchen Umständen ist es natürlich nur Feigheit zu nennen, wenn zum Beispiel ein hochadeliger Herr einen alten Chinesen, das Phototum des Astor Houses in Tientsin am Tische durch den Speisesaal zerrte, unter dem Vorwand, der Chinese benehme sich anmahend. In Shanghai sah ich, wie ein junger Europäer einem alten Aischu-Kuli mit dem Stock ins Auge schlug, nur weil dieser während der Fahrt eine Cigarette rauchte und damit nach Ansicht des Jünglings eine Achtungsvorlegung beging. Bei anderer Gelegenheit griffen englische Beibeholten einen vollständig harmlosen bar boy an, warfen mit Schlägen und Flossen nach ihm und schlugen ihn schließlich fast ein Auge aus. Das sind einige Beispiele von dem Auftreten der Fremden in China. Man könnte eine ganze Sammlung ähnlicher Vorkommnisse aufstellen.

Man wird sich bei einem so unerhörten provokatorischen und rohen Betragen nicht mehr wundern, daß endlich selbst einer so langmütigen Nation die Geduld ausging, ja man wird auch müde über die chinesischen Schaul urteilen, in denen sie ihre Rache an ihren Feindern austoben. In Deutschland würde ein Ausländer, der an deutschen Droschkentuschern oder Kellnern ein Mißgehen in so bestialischer Weise hätte wollen, wie die europäischen Kulturträger in China, auf der Stelle gelchnt werden! —

Um eines Raufes willen hatte sich der Referent Franz Zelasowski vor dem Kriegsgericht der II. Garde-Infanterie-Division wegen ständlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, wegen beharrlicher Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und Widerlegung am gestrigen Freitag zu verantworten. J., der in Stuhm in Verbrechen ein Klempnergeschäft betreibt, hatte vom 12. bis zum 26. April d. J. eine Ferien-Urlaub bei der 8. Kompanie des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments in Charlottenburg abgesehen. Am Sonntag, 14. April, erhielt der Referent Urlaub bis 12 Uhr nachts und er rügte mit andern Kameraden diesen Urlaub dadurch aus, daß sie mehrere Anzeigen beauftragten und eine Menge Bier und Schnaps konsumierten. Gegen 11 Uhr nachts sah J., der stark angeunken war, noch in einem Lokal in der Nähe des Bahnhofs Westend und ein Civilist brachte ihn schließlich in die Nähe der Kaserne. Am Kasermenthor fand der wachhabende Unteroffizier Weder, der den zurückkehrenden Mannschaften die Urlaubskarten abzunehmen hatte. Wie Weder mit in der gestrigen Hauptverhandlung des Kriegsgerichts zugegenlich aufsaß, sei der Angeklagte kurz vor 12 Uhr an ihm vorübergerannt, ohne die Urlaubskarte abzugeben. Er habe ihn darauf angehalten und dreimal aufgefodert, ihm die Legitimation zu geben. Dann hätte J. mit der geballten Faust, in welcher sich die Karte befand, unter dem Ruf: „Da hast Du sie“, nach ihm geschlagen und er

Habe einen brennenden Schmerz auf der rechten Wange gefühlt. Der Unteroffizier will aber auch dann noch nicht gegen den Angeklagten eingeschritten sein. Er habe die Urlaubskarte von der Erde aufgehoben und erst dann, als der Referent noch immer dagestanden, habe er ihm befohlen, sich wegzulernen. Darauf hätte der Angeklagte geantwortet: „Ach was, Du hast ja meine Urlaubskarte!“ Nun sei ihm die Gebuld gerissen und er habe daraufhin den Mann arretiert. Auf dem Wege zur Wache habe er sich der Referent widergesetzt und ihm einen Stoß mit dem Ellenbogen gegen den Magen verleiht. Als sich jedoch der Arrestant im Wachtlokal selbst befunden, habe derselbe „gutes Wetter“ gegeben und den Zeugen gebeten, ihn doch laufen zu lassen, weil sonst Frau und Kind unglücklich würden. Mit Rücksicht darauf, daß durch eine harte Bestrafung des J. auch dessen Familie schwer geschädigt werde, hat der Verteidiger um eine milde Strafe für seinen Klienten. Der Gerichtshof schied nach längerer Beratung das schwerste Delikt, den tätlichen Angriff gegen den Vorgesetzten, aus und erkannte wegen der übrigen Vergehen gegen J. auf neun Monate Gefängnis.

Das sächsische Bürgerrecht und die Gesetzesauslegung. Im Dresdener Stadtverordneten-Kollegium hatte der antisemitische Buchdruckerbesitzer Götz den Antrag gestellt, den Rat zu ersuchen, die Erteilung von Konzessionen zum Wirtschaftsbetrieb von geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen der Nachsuchenden abhängig zu machen. Mehrere Redner bezweifelten, ob der § 88 der Gewerbe-Ordnung eine solche Einschränkung der Wirtschaftsbetriebs-Erlaubnis überhaupt zulasse. Diese Bedenken beschwichtigte aber der Vorsitzende der deutschen Hausbesitzervereine Baumeister Hartwig etwa mit folgenden Ausführungen: Ein geschickter Jurist versteht schon aus dem Gesetz herauszulesen, was er herauslesen will. Lesen Sie doch einmal die juristischen Fachblätter. Einem steht bei der Lektüre der arme Laienverstand still, wenn man sieht, was da alles bewiesen wird. Das mühten ganz schlechte und ungeschickte Juristen sein, die nicht verstanden, was in diesem Fall zu helfen und aus dem § 88 der Gewerbe-Ordnung...

Der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Stöckel hielt es für nötig, hier dem Redner ziemlich erregt die Worte zuzurufen: Die Gesetzesauslegung hängt nicht von der Geschicklichkeit, sondern von dem Willkürgefühl der Juristen ab. Baumeister Hartwig: Ich bleibe bei meiner Behauptung stehen, daß Gesetzesauslegungen vorkommen, die von hundert nicht einer für möglich hält, obgleich sie juristisch unanfechtbar sind. Wenn die Gesetzesauslegung hier verlagert, was ich bestreite, müssen wir die Gewerbe-Ordnung nach unserem Wunsch weiter ausbauen. Für die Theaterkonzessionen ist ja auch der Vermögensnachweis nachträglich eingeführt worden. Und nun noch einmal: daß ein Jurist anders urteilt als nach Recht und Gewissen, kommt nicht vor. Aber ich lasse mich in Stücke hauen, wenn ein geschickter Jurist nicht trotz alledem alles, was er wünscht, in das Gesetz interpretieren kann. Man muß es Herrn Hartwig lassen, daß er unbewußt mit inkonsequenter Sicherheit das innerste Wesen der Juristerei erkannt hat.

Kirchliche Streitfragen in Eich-Lothringen. Aus Straßburg wird uns geschrieben: Wenn die offiziöse „Straßburger Post“ gut unterrichtet ist, so werden demnächst zwei bedeutungsvolle Streitfragen zwischen der kaiserlichen Regierung und der reichsländischen Geistlichkeit zu Gunsten der ersteren ihre Erledigung finden. Nach dem vor nunmehr zwei Jahren erfolgten Tode des Bischofs von Metz hatte der Kaiser den Prälaten Jörn von Wulach, einen nahen Verwandten des eifass-Lothringischen Landwirtschafts-Ministers, als Kandidaten für den erledigten Sitz vorgeschlagen, damit aber weder beim einheimischen Klerus noch beim päpstlichen Stuhle Gegenliebe gefunden. In die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der kaiserlichen Regierung und der römischen Kurie spielte nun seit einigen Monaten die Frage der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Straßburg hinein, die seitens der Regierung eifrig gefördert wurde, während der reichsländische Klerus dem Plane mit allem Nachdruck entgegenarbeitete. Man sträubte sich mit Händen und Füßen dagegen, daß der geistliche Nachwuchs des Landes in Zukunft an der „Hochburg des Protestantismus im Reichslande“ seine Vorbildung erhalten solle, und hielt demgegenüber mit Jähzorn auf dem aus französischer Zeit übernommenen Großen bischöflichen Seminar in Straßburg fest. In den Kreisen des altdeutschen Klerus scheint man der Idee der Straßburger katholisch-theologischen Fakultät allerdings weit wohlwollender gegenüberzustehen, was schon daraus hervorgeht, daß ein Professor der katholischen Theologie an der Universität Freiburg in Baden mit einer Schrift zu Gunsten der Straßburger Schwester-Fakultät hervorgetreten ist, und daß auch der Führer der bayrischen Centrumspartei, Febr. v. Hertling, es war, der im Auftrag der kaiserlichen Regierung in dieser Frage mit der römischen Kurie verhandelte.

Neuerdings tauchte nun in den führenden Organen des deutschen Centrums die Nachricht auf, die beiden Streitfragen sollten zum Gegenstand eines regelrechten Kuhhandels zwischen Rom und der kaiserlichen Regierung gemacht werden, indem der Papst in die Errichtung der Straßburger Fakultät einwillige, während die Regierung die Präsentation des Prälaten Jörn v. Wulach für den Metz-Bischöflich-zuständige. Dieser u. a. auch von der Berliner „Germania“ gebrachten Nachricht gegenüber stellt nun der Moniteur der reichsländischen Regierung, die „Straßburger Post“, fest, die Meldung sei, soweit sie die Metz-Bischöflichfrage betreffe, „höllig aus der Luft gegriffen“, da die Angelegenheit noch auf demselben Stande sich befinde, wie vor zwei Jahren; der Kaiser habe den Prälaten Jörn v. Wulach zwar noch nicht als Bischof von Metz präkonisiert, die Präkonisierung aber auch nicht verweigert, so daß diese wohl demnächst erfolgen werde. Ueber den Stand der Fakultätsfrage schweigt sich das offiziöse Blatt völlig aus. Es kann also angenommen werden, daß dieselbe ebenfalls im Sinne der Regierung erledigt worden ist. In den Reihen des reichsländischen Klerus dürfte ob dieses Ausgangs der beiden Angelegenheiten wenig Freude empfunden werden.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Angesichts der jüngsten Unruhen in Algier ist die Regierung entschlossen, energische Mittel in Anwendung zu bringen, um die antisemitischen Aufwüthler zur Ruhe zu bringen. Eine Reihe strenger Maßregeln ist geplant und soll der Kammer zur Genehmigung unterbreitet werden.

Rußland.

Ein heftiger Angriff richtet die „Kowojewremja“ in einem Leitartikel über die Chinawirren gegen die deutsche Regierung. Derselbe erscheint um so aufsehenerregender, da in derselben Ausgabe der bereits drucklich bekannt gegebene Abschiedsartikel für Delcassé zum Abdruck gelangt. Die Schuld am Kriege, heißt es, sei ausschließlich dem Baron v. Retter zugewiesen, der durch sein unangebrachtes gewagtes Verhalten das Wasser zum Ueberlaufen gebracht und hierdurch bei den Chinesen den Glauben an die Unantastbarkeit der Geländten gerührt habe. Die letzten schwer erkämpften „Pyrrhus-Siege“ der Deutschen hätten nun auch dem Glauben an die Unüberwindlichkeit der europäischen Seere ein Ende gemacht. Die höchst überflüssigen Expeditionen der deutschen Truppen seien nur von dem Wunsche eingegeben, um jeden Preis zweifelhafte Lorbeeren zu pflücken, und andre Staaten und Völker würden durch das Vorgehen der Deutschen nur unnütz in Mitleidenschaft gezogen.

Kien.

Ministerkrise in Japan. Die aus Tokio depešiert wird, hat das Ministerium Jia demissioniert, nachdem eine Tagesordnung der fortschrittlichen Liberalen angenommen war. Die Finanzkrise ist unverändert.

Preussischer Landtag.

Schluß-Sitzung der vereinigten Häuser.
Sitzung vom 8. Mai, 6 Uhr.

Das Haus ist fast besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerisch: Graf Bälou, Dr. v. Riquel, v. Thielens, Febr. v. Hammerstein, Schönstedt, Graf v. Böhler, Graf v. Posadowsky, v. Zirpitz, Studt, Febr. v. Rheinbaben.

Präsident des Abgeordnetenhauses v. Krüger:
Auf Grund des Art. 2 der Geschäftsordnung für die vereinigten Sitzungen beider Häuser des Landtags vom 20. Oktober 1858 übernehme ich, da der Herr Präsident des Herrenhauses verhindert ist, hiermit den Vorsitz und verweise zu Schriftführern die Mitglieder des Herrenhauses Dr. Wiese und v. Kluging, und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses v. Vodelberg und Wehndusch.

Ministerpräsident Graf v. Bülou:
Ich habe den beiden Häusern des Landtags eine allerhöchste Wotschaft zu verlesen. (Die Mitglieder erheben sich.) Die Wotschaft lautet:

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen usw., haben auf Grund des Art. 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Präsidenten unseres Staatsministeriums, Graf v. Bülou, beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtags unserer Monarchie am 8. Mai d. J. in unserem Namen zu schließen.
Gegeben Berlin, am 2. Mai 1901.

Gegengezeichnet vom gesamten Staatsministerium.
Meine Herren! In der Thronrede, mit welcher ich im Auftrage Sr. Majestät des Königs am 8. Januar den Landtag der Monarchie eröffnet habe, nahm unter den angelegentlichsten Gesetzentwürfen die wasserwirtschaftliche Gesetzesvorlage eine hervorragende Stelle ein. Beim Beginn der Etatsdebatten habe ich darauf hingewiesen, daß dieser Gesetzentwurf neben dem Etat der Hauptgegenstand Ihrer diesjährigen Beratungen bilden würde. Ich habe gleichzeitig betont, daß die geplanten Bauten dem Osten wie dem Westen, der Industrie wie der Landwirtschaft zu gute kommen sollten, daß dieselben bestimmt seien, den gesamten Gütertransport nach allen Richtungen zu fördern, daß diese Vorlage im Zeichen wirtschaftlicher, ausgleichender Gerechtigkeit stünde. Aus diesem Grunde muß die königliche Staatsregierung die eingebrachte erweiterte Kanalvorlage als ein Ganzes betrachten, aus welchem wesentliche Bestandteile ohne Gefährdung wichtiger wirtschaftlicher Interessen nicht ausgegliedert werden können. Nach dem Gange, welchen die Beratungen in der Kommission des Hauses der Abgeordneten genommen haben, hat die königliche Staatsregierung zu ihrem Bedauern die Überzeugung erlangen müssen, daß die erweiterte Verändingung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschlossen ist. Von der Fortsetzung einer zwecklosen Beratung tom sich die königliche Staatsregierung keinen Erfolg versprechen und daher zu einer solchen die Hand nicht bieten. Auf Grund des mir erteilten allerhöchsten Auftrags erkläre ich die Sitzungen des Landtags für geschlossen.

Präsident v. Krüger:
Se. Majestät der Kaiser, unser allergnädigster König und Herr lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dreimal in den Ruf ein.)
Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Boeren-Krieg.

Die Lage in der Kapkolonie.
Über die Nachrichten auffallenderweise nur sehr spärlich einlaufen, scheint noch eine viel schlimmere zu sein, als die vielen Siegesnachrichten Kitcheners aus Transvaal annehmen lassen. So wird der „Daily Mail“ aus Brüssel mitgeteilt, daß Präsident Krüger aus Lorenzo Marques erfahren habe, daß der Zustand in Norden der Kapkolonie an Ausdehnung zuzunehmen und daß 1000 Holländer sich den Boeren angeschlossen hätten. Bekanntlich ist auch im Osten der Kapkolonie Kommandant Krüger noch immer Herr der Situation.

Transvaal
Liegen diesmal einige Meldungen vor, die von dem ungeborenen Widerstand der Boeren zeugen. So wird gemeldet, daß die Boeren das im Westen Transvaals gelegene Zeerust noch immer belagern.

Ferner liegt über Gesechte etwas weiter südlich von Zeerust folgende Nachricht vor:

Letzte Woche vereinigten sich Boeren in großer Zahl unter hervorragenden ihrer Führer bei Hartbeesfontein. General Dabington beschloß die stark verhängten Stellungen der Boeren einen ganzen Tag lang und zwang sie, diese am 27. April zu räumen. Tags darauf hatte Dabington bei Popfontein einen harten Kampf zu bestehen.

Jedenfalls ist in diesem letzten „harten Kampf“ der englische General nicht Sieger geblieben.

Die Tagesverluste
umfaßt für den 2. Mai 5 Tote, 23 Verwundete, 10 an Krankheiten Verlorene. Ferner wurden 51 invalide Offiziere nach der Heimat zurückgeschickt.

Die Pest
scheint man auch unter den im Felde stehenden englischen Truppen auszubrechen. Wenigstens liegt eine Meldung aus Arival North vor, daß ein kürzlich dort eingetroffener Soldat von Weabants Reitern als pestverdächtig isoliert worden sei. Außerdem veröffentlicht das Kolonialamt ein Telegramm des Kap-Gouverneurs über den Stand der Pest bis zum 27. April. Danach erkrankten 29 Europäer, 85 Schwarze, 5 Malaien und 1 Eingeborener an der Pest. Die Zahl der Todesfälle betrug: neun Europäer, 18 Farbige und 5 Malaien. Die Gesamtzahl der an der Pest Erkrankten betrug bis zum 27. April 519, die der Todesfälle 217.

Maßregelungen wegen der Maiseier.

Im allgemeinen dürften in diesem Jahr in Berlin die Maßregelungen wegen der Maiseier größer sein als in den Vorjahren. Ausschlaggebend war hierfür die schlechte Geschäftslage, die es den Unternehmern gestattete, mit größerer Rücksichtslosigkeit ihre Pläne durchzuführen. Es bedeutete für sie keinen großen Verlust, den Betrieb anstatt einen Tag vier Tage still stehen zu lassen. Wenn die Leiter des Verbands der Berliner Arbeitgeber-Organisationen, die diese Aktien einheitlich bei allen hiesigen Unternehmerverbänden einleiteten, glauben, sie könnten damit ihre Macht gegen die Arbeiterorganisation steigern, ihre Autorität gegenüber den Lohnslaven voll zur Geltung bringen, so irren sie sich sehr, die Maiseier verschwindet nicht mehr aus der Arbeiterbewegung. Die Opfer werden die Arbeiter nicht zurückweichen lassen, sondern sie werden um so zäher die Forderung vertreten und zur Durchführung bringen. Mit der weiteren Erstarrung der Gewerkschaften werden sich die Unternehmer von dem Gewandtag loslagern müssen, daß sie aber die gekaufte Arbeitskraft allein nach Belieben zu verfügen haben. Der Arbeiter ist keine Maschine, die man in Betrieb setzt und stillstellen läßt, wie es dem Leiter gefällt. Man wird die Arbeiter als Menschen und nicht als Betriebsmaterial behandeln müssen; als Menschen, die über ihre Arbeitskraft auch ein Verfügungsrecht haben, und wo es ihnen streitig gemacht wird, es erklämpfen.

Bezeichnend für die sozialpolitische Auffassung der Regierung ist es, daß sie den Arbeiterausperrungen seitens der Unternehmer ihre volle Sympathie entgegenbringt.

In der Vereinsführung des „Verbands der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ konnte der Vorsitzende folgendes mitteilen:

Der Vorstand habe schon Anfang März die Behörden von seinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt, mit der Anfrage, ob den Mitgliedern aus einer derartigen Abwehrmaßnahme Entschädigungsantworten auferlegt werden könnten. Die 26 eingegangenen Antworten gelangten zur Verlesung. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, der Staatssekretär des Reichs-Postamts und die königl. Eisenbahndirektion nahmen Bezug auf den Ministerialelaß vom 8. Dezember in Sachen der Streiklausel, wonach bei den Arbeitskämpfen zur Beurteilung der vertraglichen Verpflichtungen den Verhältnissen in wohlwollender Weise ausreichend Rechnung getragen werden soll.

Die königl. Ministerial-, Militär- und Baukommission glaubt nicht, daß infolge der Maßnahmen gegen die debauerliche Provokation den Mitgliedern Schäden erwachsen könnten, die Intendanturen vertreten auf den kriegsministeriellen Erlaß; die Schloßbaukommission wird Entschädigungen nicht auferlegen; 10 Gemeindebehörden erklären sich rundweg mit dem Vorhaben einverstanden, und die übrigen behalten sich die Entscheidung vor.

Die preussischen Minister haben also nichts dagegen einzuwenden, daß Tausende von Arbeitern aus ihrem Arbeitsverhältnis hinausgeworfen werden, sie stellen sich auf Seiten der Unternehmer zu Gunsten einer Maßnahme, die große Arbeiterkreise aufs schwerste schädigt. Das ist eine Politik, die sich der 12 000 Mark-Affaire würdig anreicht.

Ueber die Aussperrungen ist heute nur nachzutragen, daß die Payer 305 Aussperrte zu verzeichnen haben und die lokalorganisierten Tischler von 400 Feiern den 48 Aussperrte angeben.

Von den lokalorganisierten Maurern sind — wie in einer am Freitagabend abgehaltenen Mitgliederversammlung berichtet wurde — 727 auf 198 Arbeitsstellen aus Anlaß der Maiseier ausgesperrt worden. Der Vorstand der Organisation beantragte, gestützt auf die Beschlüsse der durch Vertrauensmänner centralisierten Maurer Deutschlands, diejenigen Kollegen, welche aus Anlaß der Maiseier auf der Strecke bleiben, vom dritten Tage der Arbeitslosigkeit an mit 2 M. pro Tag zu unterstützen. Dieser Antrag wurde nach lebhafter Diskussion mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen.

In der Provinz sind gleichfalls größere Maßregelungen zu verzeichnen. In Halle schritt die Maiseier bei den Formern noch zu einem Nachspiel zu führen. Während die nicht zum Industriellen-Verband gehörigen Firmen den feiernden Metallarbeitern nichts in den Weg legten, haben die Mitglieder des Industriellen-Verbands die Formern bis zum nächsten Montag ausgesperrt. Die Industriellen sollen nun beschuldigen, so viel sie Formern bekommen, diese bis zum Montag einzustellen, und geizig sein, davon die Zahl der wieder einzustellenden Formern abhängig zu machen. Dieses wird sich die Organisation nicht gefallen lassen und soll am Sonnabend dazu Stellung genommen werden.

In Dresden sind in einer Anzahl Verufe Aussperrungen erfolgt. Darunter 190 Metallarbeiter, 70 Sattler und 60 Schuhmacher.

Von den Steinseignern wurden in Leipzig 120, in Rostock 12 Steinseigner gemahregelt. In Leipzig sprechen außerdem verschiedene Anzeigen dafür, daß die Unternehmer den im vorigen Jahre angenommenen Schlichtespruch in diesem Jahre brechen wollen. Dieselben überbieten sich trotz gegenteiliger Abmachung förmlich in Maßregelungen niederiger Arbeiter.

In Hamburg sollen 160 Schiffszimmerer 10 Tage ausgesperrt werden. In Bremen sind 160 Arbeiter von der Maßregel betroffen.

Wenden kann die ganze Aktion an dem glänzenden Verlauf der Maiseier nicht das geringste.

Die Frage der Kriegsentchädigung.

Ist noch ebenso problematisch, wie vor Monaten. Wie lange Zeit noch verstreichen wird, bis man sich über diese schwierige Frage geeinigt haben wird, ist nicht abzusehen. Dabei haben die Ruffinische kürzlich erst wieder erklärt, daß sie erst dann ihre Truppen teilweise aus der Provinz Tschill zurückziehen werden, wenn die Frage der Kriegsentchädigung zur völligen Zufriedenheit gelöst sei. Wie schwierig diese Lösung ist und welche Zeit sie noch erfordern kann, beweist folgende Meldung der „Times“ aus Peking:

Nachstehendes ist eine gedrängte Darstellung des Berichtes des Ausschusses, bestehend aus dem deutschen, dem englischen, dem französischen und dem japanischen Gesandten, betreffend die Entschädigungsfrage, welcher heute den übrigen Gesandten überreicht wurde:

Da es höchst unwahrscheinlich ist, daß China aus eignen Mitteln die verlangte Entschädigung von 65 000 000 Pfd. Sterling aufbringen kann, so bieten sich folgende vier Möglichkeiten zur Erlegung der Entschädigungssumme:

1. Eine chinesische Anleihe ohne Garantie der Mächte. Diese Anleihe würde für China den Ruin bedeuten.
2. Eine Anleihe, garantiert von allen Mächten.
3. Die Ausgabe von chinesischen Bonds an jede Macht in der Höhe ihrer Entschädigungsforderung, zahlbar an bestimmten Terminen. Da die Bonds verzinst werden, so könnten sie als Sicherheit für eine inländische Anleihe dienen.
4. Jährliche Zahlungsleistungen, welche aber den Nachteil haben würden, die Zahlungsfrist in unangemessener Weise zu verlängern.

Der erwähnte Ausschuss hat beschlossen, den heimischen Regierungen die Entscheidung über die obengenannten vier Möglichkeiten zu überlassen.

Der Ausschuss tritt einstimmig dafür ein, zu empfehlen, daß folgende vier Einnahmequellen für die Zahlung der Entschädigungsforderungen nutzbar gemacht werden:

1. Die Seezölle, welche bereits unter ausländischer Verwaltung stehen.
2. Eine Erhöhung des Zolltarifs auf 5 Proz. vom Werte; diese würde, wenn Opium außer Betracht bleibt, den Betrag von 2 1/2 bis 3 1/2 Millionen Taels ergeben.
3. Unterstellung der Zulandzölle unter die Seezoll-Verwaltung; daraus könnten 3 bis 10 Millionen Dollars jährlich gewonnen werden.
4. die Erhebungen von Zöllen von bisher zollfreien Waren, wie Mehl, Butter, Käse, ausländische Kleidungsstücke, Alkohol.

Aus diesen vier Quellen nach Ansicht des Ausschusses eine jährliche Gesamteinnahme von mindestens 1 1/2 Millionen Taels und höchstens 15 Millionen Taels zu erzielen. Außerdem werden von dem Ausschuss, aber nicht auf Grund einstimmigen Beschlusses, noch 6 Vorschläge zur Erhöhung der Einkünfte oder Erzielung von Ersparnissen gemacht. Die Mitglieder des Ausschusses sind der Ansicht, daß weder an der Grundsteuer noch an den Einkommensteuern gerührt werden kann. Die Gesandten sind mit Ausnahme der englischen, amerikanischen und japanischen sämtlich der Ansicht, daß der Seezoll-Tarif sofort auf 10 Proz. erhöht werden soll. Die Gesandten haben den Bericht des Ausschusses der Entscheidung ihrer Regierungen unterbreitet.

Aus dieser Darstellung erhellt, daß man ernstlich gar nicht damit rechnen, daß China aus eignen Kräften die verlangte Summe von 1300 Millionen Mark aufbringen könnte. Oder man traut man keiner einzelnen Macht den guten Willen zu, China die kleine Summe zu leisten, was bei der Unberechenbarkeit der Zukunft Chinas nur zu erklärlich ist. Gewünscht soll China die 1300 Millionen nur dann erhalten, wenn sämtliche Mächte die Garantie übernehmen. Werden sich die Mächte dazu bereit erklären? Bei der Ausgabe von chinesischen Bonds würde sich das Risiko nach der Höhe der Forderungen auf die einzelnen Mächte verteilen.

Für welchen dieser Wege man sich auch entscheiden mag, jedenfalls werden die Gläubiger, die Mächte, die Entschädigungssumme zunächst selbst aufbringen und sich mit der Vergütung des vorgeschossenen Kapitals begnügen müssen.

Diese Finsen aber können nur dadurch aufgebracht werden, daß man die chinesische Grenze schließt, die der europäischen Industrie die goldenen Eier legen soll, sinnbildlich gesprochen, daß man teils durch Erhöhung der Zölle direkt die Einfuhr schädigt, teils durch Steuererhöhung anderer Art China in seiner Konsumtionsfähigkeit importierter Artikel beeinträchtigt. Dabei fasselt man zu Beginn des China-Abenteuers davon, durch den Handelskrieg der Industrie in China neue Absatzgebiete erschließen zu wollen!

Charakteristisch ist übrigens, daß man von einer Erhöhung des Opiumzolls — die Opiumeinfuhr stand 1899 bei einem Wert von ca. 80 Millionen Taelen an dritter Stelle der Einfuhrartikel — absehen will, alle nützlichen Objekte will man verteuern, nur das gesundheitsschädliche Gift nicht!

Das Beste an dem vorgeschlagenen Zoll- und Steuerbouquet ist aber, daß es die Finsen nicht im entferntesten decken würde. Die Veranschlagung der zu erzielenden Einnahmen spricht von 5 1/2 — 15 Millionen Taelen. Der Durchschnitt von 10 Millionen Taelen = 80 Millionen Mark würde aber zur Vergütung der 1800 Millionen Schuld nicht ausreichen.

Die Entschädigungs-Schwierigkeiten werden also schwerlich sobald beseitigt werden. Bis dahin aber soll unser Kreuzheer in China verbleiben. Außerst erbauliche Aussichten!

London, 3. Mai. Die Abendblätter melden aus Peking: Generalmajor v. Kettler verläßt Peking am 5. d. M. und begibt sich nach Japan. Er sagt, die deutschen Truppen dürften binnen drei Wochen zurückgezogen werden. Man glaubt, die Chinesen seien bereits in die Berge zurückgeflohen, aus denen sie soeben vertrieben worden waren. Die französischen Truppen dürften demnächst aus Peking zurückgezogen werden und es dürften nur einige Compagnien zum Schutze der Eisenbahn zurückgelassen werden. Die Ermordung von deutschen Soldaten längs der Eisenbahnlinie machte die Bestrafung der Einwohner eines Dorfs bei Tingsho notwendig; das Dorf wurde niedergebrannt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Infolge von Lohnreduktionen sind 180 Arbeiter und Arbeiterinnen der Nähmaschinenfabrik Gebr. Rothmann in den Ausstand getreten. Zugug ist fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

In dem Kupferwerke „Deutschland“ in Ober-Schöne-weide-Berlin sind die Drahtzieher seit dem 1. Mai in den Ausstand getreten. Zugug ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Der 1. Mai und die kaiserliche Werk. Die Verwaltung der kaiserlichen Werk in Wilhelmshaven hat zum 1. Mai folgenden Tagesbefehl erlassen:

Im Interesse der Arbeiterschaft der kaiserlichen Werk weise ich ausdrücklich darauf hin, daß das Fernbleiben von der Arbeit am 1. Mai nicht gestattet ist, um an öffentlichen Aufzügen teilzunehmen. Zuwiderhandelnde haben zu gewärtigen, daß sie entlassen werden.

Der Ober-Werk-Direktor,
gez. Bodrich.

So, nun wissen die Werftarbeiter, woran sie sind, sie wissen, daß im Reichs-Marine-Amt immer noch der sozialpolitische Tiefstand herrscht, der Arbeiterschaft einen eignen freien Tag zu verwehren zur Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit und gegen den kulturverwüstenden und mörderischen Militarismus.

In Nauen befinden sich, wie uns durch Privat-Telegramm mitgeteilt wird, die Cigarrensortierer und Cigarren-Ristenmacher in Differenzen mit dem Unternehmern. Zugug ist streng fernzuhalten.

Gefangene als Ersatz für Streikende. In Schneidemühl befinden sich die Maurer seit dem 22. April im Streik. Die Arbeitgeber haben vor dem Streik und auch jetzt sämtliche Verhandlungen mit den Arbeitern abgelehnt. Als die Meister keine Arbeitswillige für die niedrigen Löhne finden konnten, hat die Gefängnisverwaltung aus Schneidemühl sechs Gefangene zur Verfügung gestellt, um bei dem Maurermeister Holz auf einem Streikbau zu arbeiten. Auf ein Gesuch der Streikkommission beim Bürgermeister, er möchte dafür eintreten, daß die Gefangenen vom Bau zurückgezogen werden, weil es eine Parteinahme der Behörde für die Arbeitgeber sei und damit das Koalitionsrecht der Arbeiter geschmälert werde, erklärte der Herr: Da am Bau gearbeitet werde, sei es Notarbeit, und könnte er nichts in der Sache thun. Auch ist dem Innungsmeister Meher am Schulbau bis auf weiteres Aufschub für die Arbeiten gewährt worden. Auf die Vermittlung, welche der Bürgermeister den Arbeitgebern angeboten hat, ist denn auch die Antwort erfolgt, daß die Unternehmer sich bereit erklären, den Maurergefellen, welche brauchbare Arbeit liefern, während der Sommerzeit per Arbeitsstunde 87 Pfennig Lohn für eine Tagesarbeit von 11 Stunden und während der übrigen Jahreszeit denselben Satz, so lange die Arbeit bei Tage geleistet werden kann, zu gewähren, wenn sämtliche Gefellen nächsten Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Auf weitere Vorschriften lasse man sich nicht ein. Die Forderung der Gefellen sind: 10 stündige Arbeitszeit und 40 Pfennig Lohn. Da der Streik fortgesetzt wird, werden die Maurer gebeten, den Zugug fernzuhalten.

Der Weberstreik in Guncwalde ist in ein neues Stadium getreten. Am Dienstagvormittag legten bei J. G. Große die Meister und Werkführer die Arbeit nieder. Ihnen schlossen sich gegen 20 noch in Arbeit stehende, bisher nicht direkt am Streik beteiligte Arbeiter und Arbeiterinnen an. Wahrscheinlich werden am Montag die Meister der andren Fabriken gleichfalls die Arbeit niederlegen. Die Meister wollen sich nicht mehr als Streikbrecher benutzen lassen.

Der Streik der Schneider in Kiel ist nach abemaligen Verhandlungen vor dem Innungsamt beigelegt. Ueber den strittigen Punkt, daß von den Heimarbeitern keine Gehilfen beschäftigt werden dürfen, einigte man sich dahin, daß eine Ueberwachungskommission von fünf zu fünf prüfen soll, wie weit diese Beschäftigung zulässig ist. Die Unternehmer versprachen, möglichst für Ausdehnung der Betriebswerkstätten zu sorgen.

In Striegau sind die Maurer in einen Streik eingetreten, sie fordern 85 Pf. Stundenlohn, während die Meister nur einen Stundenlohn von 82 Pf. zahlen wollen. Außerdem fordern die Streikenden die zehnstündige Arbeitszeit. Am Streik sind 80 bis 90 Maurer beteiligt.

Der Steinereistreik in Halle a. S. ist beendet. Materieil hat derselbe den kämpfenden Arbeitern eine kleine Lohnreduktion (2 Pfennige pro Stunde) gebracht. Das ist nach einem Kampf von 34 Wochen nicht viel. Der Haupterfolg ist denn auch ein moralischer. Er besteht darin, daß die Unternehmer trotz Streikauflauf und fortgesetzter Beschäftigung seitens der kommunalen Behörden gezwungen worden sind, den Streikenden überhaupt Konzessionen zu machen. Vor allen Dingen hat die Streikauflauf nicht verhindern können, daß die Unternehmer enorme materielle Verluste zu verzeichnen hatten. Die Erinnerung daran wird jedenfalls dazu beitragen, den Unternehmern in künftigen Fällen die Lust zur Wiederholung eines derartigen Kampfs zu verheben. Der Streik wurde am 1. Mai für beendet erklärt.

Der Rechenschaftsbericht des Verbands Deutscher Buchdrucker giebt wieder ein imponierendes Bild von der Stärke dieser Organisation. Aber auch in den Messenzahlen, die dieser Bericht giebt, sieht man schon die Schatten der hereinbrechenden Krise. Der Ver-

band zählt Unterfaltungen an Arbeitslose und an Arbeits-unfähige (Kranke), und der Kassenbericht ist so zu gleicher Zeit eine Art Statistik, die an Zuverlässigkeit alle Erhebungen durch Umfragen und Feststellungen anderer Art weit übertrifft. Die Arbeitslosigkeit hat sich nun im Buchdruckgewerbe nach dieser Statistik vom 1. bis 4. Quartal 1900 mehr als verdoppelt. Im ersten Quartal des Berichts betrug die Zahl der arbeitslosen Tage 42 942; sie erreichte im dritten Quartal ihr Maximum (nämlich 104 715 Tage), um dann im vierten Quartal wieder um ein geringes (auf 100 939 Tage) zu sinken. In Berlin und Leipzig, an welchen Orten die Druck-Industrie ihre Hauptstätt hat, und wo man naturgemäß den Pulsschlag der Konjunktur am ersten fühlt, ist das Verhältnis noch viel schlimmer. In diesen beiden Orten hielt die rückläufige Konjunktur auch noch beim Uebergang aus dem dritten ins vierte Quartal an, und das, obgleich im Buchdruckgewerbe die Hauptsaison in den Winter (die Parlamentszeit) fällt, während der Hochsommer die tote Saison bildet. Diese Zahlen eröffnen eine erschreckende Perspektive für die nächste Zukunft der Buchdruckerei und zeigen zugleich, wie weit die Krise im allgemeinen schon vorgeschritten ist, da mit der Konjunktur auch der Verbrauch an Druckschriften zu sinken und zu fallen pflegt.

Obige Zahlen betreffen nur die ansässigen Arbeitslosen, unter Hingurechnung der auf der Reise befindlichen erhält man für das ganze Jahr 432 838 Tage Arbeitslosigkeit, sodas im Jahre 1900 für 1239 Mitglieder oder 4 1/2 Prozent der Gesamtmitglieder, Arbeitsgelegenheit fehlt. Zeitweise zählte der Verband bei einem Mitgliederbestand von 28 838 über 8000 Arbeitslose. Auch die Zahl der Kranken hat gegen das Vorjahr zugenommen. Auf die Gesamt-Mitgliederzahl berechnet, kommen auf jedes Mitglied 16 Tage Arbeitslosigkeit und 13 Tage Krankheit.

Die Gesamt-Einnahmen des Verbands im Berichtsjahr betragen 1 648 069,32 M. (gegen 1 586 525,54 M. im Vorjahr), die Gesamtausgaben 1 244 195,44 (1 006 097,26) M., so daß ein Ueberschuß von 403 703,88 M. (gegen 581 428,28 M. im Vorjahr) verbleibt. Der Vermögensbestand beträgt jetzt 8 092 155,02 M.

Abgesehen von der augenblicklich durch die Krise unglücklich beeinflussten Konjunktur hat der Verband auch mit einem andren Umstande, der Einführung der Sechsmaschine, zu rechnen. Der Vorstand hat Maßnahmen beschlossen, welche den Mitgliedern das Erlernen des Maschinenspiels ohne zu große persönliche Opfer ermöglichen.

Wegen der herrschenden wirtschaftlichen Depression beabsichtigt der Verband bei der bevorstehenden Tarifrevision lediglich Anträge auf Erhöhung der Grundposition respektive des Gewinngeldes zu stellen und von einer Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit abzusehen.

Das Verbandsorgan, der „Correspondent“, hat circa 22 000 Abonnenten und erforderte im vergangenen Jahr einen Zuschuß von 8791,91 M.

Hoffentlich gelingt es den Buchdruckern, ihren Verband ohne Fährnisse über die etwas klippenreiche nächste Zukunft hinweg zu helfen, an Kräften fehlt es nicht, um der Aufgabe gewachsen zu sein.

Ausland.

Die französischen Bergleute und der Generallstreik.

Der Bergarbeiter-Kongreß zu Lens hatte den Beschluß gefaßt, eine Urabstimmung über den Generallstreik vorzunehmen. Der all-gemeine Ausstand sämtlicher Bergleute sollte eventuell zu Gunsten der Streikenden von Montceau-les-Mines erfolgen, wenn bis zu einem bestimmten Termin die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt sein würden. Die Abstimmung hat nun am Sonntag, den 28. April, stattgefunden und folgendes Resultat ergeben:

Zahl der Bergleute in Frankreich	162 000
Zahl der Organisierten	61 724
Abgestimmt haben	54 548
Davon haben gestimmt:	
Für den Generallstreik	38 012
Gegen	18 401
Un gültige Zettel	135

107 452 Bergleute haben also an der Abstimmung nicht teilgenommen. Dieses Resultat kann natürlich selbst von den Freunden des Generallstreiks nicht als ein besonders ermutigendes angesehen werden. Nun hatte zwar der Lenser Kongreß beschlossen, daß alle Stimmenthaltungen der Majorität zugestimmt werden sollten. Bei dieser Methode würde allerdings für den Streik eine ganz ansehnliche Mehrheit herauskommen, nämlich 143 000. Diese Rechnungsmethode schließt aber doch die harte Thatsache nicht aus der Welt, daß die überwiegende Mehrheit der französischen Bergleute der Frage ganz indifferent gegenübersteht. Diese Gleichgültigkeit gegen das endgültige Resultat der Abstimmung kann aber nicht anders gedeutet werden, als daß die große Menge auch dem Ausste zum Ausstand nicht Folge leisten wird. In einer ganzen Anzahl von Revieren ist eine Abstimmung gar nicht in die Wege geleitet worden, weil dort keine Organisation vorhanden ist.

Diese Umstände haben das Exekutivkomitee der Organisationen des Pas de Calais, deren Gros gegen die Generallstreiksidee überhaupt ist, veranlaßt, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. In einem Manifest an die Bergarbeiter zählt das Komitee die Resultate des Referendums auf und kommt zu folgenden Schlüssen:

„In Erwägung, daß nach den bekannt gegebenen Ziffern nur 47 000 Stimmen von 162 000 Bergleuten abgegeben worden sind, und daß sich nur 25 920 für den Ausstand erklärt haben; in fernerer Erwägung, daß im Auslande bei den Vorverhandlungen für das Referendum die Frage der Bergarbeiter-Unterverordnung entgegen den Beschlüssen des Kongresses von Lens hinzugefügt wurde; in weiterer Erwägung, daß die Bergleute von Montceau als direkt bei dieser Ausstandsidee Interessierte ihre 6000 Stimmen nicht in die Waagschale für diesen Ausstand hätten werfen dürfen, daß es unter diesen Verhältnissen unmöglich ist, 120 000 Arbeiter, die nicht votiert haben, in den allgemeinen Ausstand hineinzuziehen; beschließen die unterzeichneten Mitglieder des Verwaltungsrats, daß sie trotz der drüberlichen Sympathie, die sie an ihre Kameraden von Montceau knüpfen und die sie durch weitere Geldsendungen bekunden werden, nicht die schwere Verantwortung eines Aufrufs zum Ausstande, der ungehört verhallen würde, auf sich nehmen können.“

Die Bedenken der Bergarbeiterorganisationen des Nordens sind durchaus berechtigt. Selbst diejenigen, welche den Generallstreik als eine Waffe im politischen Kampf erachten und anwenden möchten, müssen anerkennen, daß bei solchem Abstimmungsergebnis auf einen Erfolg nicht zu rechnen ist; die Führer müssen sich demütigt werden, daß sie eine ungeheure Verantwortung auf sich laden, wenn sie den Kampf dennoch wagen. — Die Entscheidung über die Beendigung oder Fortführung des Streiks in Montceau les Mines ist durch das Referendum noch um einige Tage hinausgeschoben worden.

Ueber die Streiks und Aussperrungen in Oesterreich in den Jahren 1894 bis 1899 veröffentlicht das österrische arbeitsstatistische Amt eine interessante Zusammenstellung. Es wurden gezählt:

im Jahre	Arbeits-einstellungen	beteiligte Betriebe	streikende Arbeiter im ganzen	verräumte Arbeitstage
1894	172	2 542	67 061	785 416
1895	209	874	28 652	300 848
1896	305	1 499	66 234	899 939
1897	246	851	38 467	368 098
1898	255	885	39 658	323 619
1899	311	1 330	54 763	1 029 937

Die Streikfälle sind hiernach in der Zunahme begriffen, während ihr Umfang in den einzelnen Jahren ein sehr verschiedener war. Auffallend hoch war 1894 die Zahl der beteiligten Betriebe. In demselben Jahre war auch die durchschnittliche Ausdehnung der

*) Die Erklärung ist vor der vollständigen Auszählung erlassen, daher die Differenz in den Zahlen.

Arbeitseinstellungen sowohl hinsichtlich der Zahl der betroffenen Unternehmungen wie der streikenden Arbeiter am größten; denn nach den amtlichen Rechnungen kamen auf einen Ausstand 14,60, dagegen 1895 nur 4,18, 1896 4,74, 1897 3,44, 1898 3,47 und 1899 4,28 Betriebe, während an jedem Streik 1894 durchschnittlich 390, 1895 nur 137, 1896 217, 1897 und 1898 je 156 und 1899 176 Arbeiter beteiligt waren.

Was die Aussperrungen anlangt, Maßnahmen, die von den Unternehmern getroffen wurden, so kamen solche in den Jahren 1894 und 1898 nicht vor. Im übrigen betragen

im Jahre	die Aussperrungen	die betroffenen Betriebe	die aus-gesperrten Arbeiter im ganzen
1895	8	17	2317
1896	10	211	5445
1897	11	12	1712
1899	5	88	8457

Dänemark. Der „Gesamtverband der Gewerkschaften“ hielt am 28. April seine Generalversammlung in Kopenhagen ab. Es war eine ansehnliche Versammlung von etwa 800 Männern und Frauen, die als Delegierte der verschiedenen Gewerkschaften erschienen waren. Diese „Generalversammlung“, die an die Stelle der früheren „Kongresse“ getreten ist, besteht aus den Hauptvorständen der 42 Centralorganisationen, je einem Vertreter für jeden der 19 lokalen Fachvereine und je einem Vertreter für jedes der verschiedenen lokalen Gewerkschaftskartelle.

Große Resultate konnten, wie der Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht ausführte, im verfloffenen Jahre infolge des wirtschaftlichen Niedergangs nicht erzielt werden. Doch ist es gelungen, den Lohn der Erd- und Betonarbeiter um 2 Oere, den der Holzplagarbeiter um 3 Oere zu erhöhen und auch für die Lohnarbeiter Kopenhagens und der Umgegend wurde eine Lohnaufbesserung erzielt, die sicher auch zu einer Aufbesserung ihrer Kollegen im Lande führen wird. Nach einer von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistik haben die Lohnbewegungen im Jahre 1900 im ganzen eine Lohnreduktion eingebracht, die einer Vermehrung des Jahresverdienstes der sämtlichen Arbeiter um etwa 1 600 000 Kr. entspricht.

Die Arbeitslosigkeit war im verfloffenen Jahre recht bedeutend und in verschiedenen Fächern sind große Summen zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder verausgabt worden. So haben z. B. die Schmiede durchschnittlich pro Mitglied 14,27 Kr., die Typographen 11,29 Kr., die Bäcker 9 Kr. im letzten Jahr dafür bezahlet. Die Arbeitslosenunterstützung ist bis jetzt in 49 Organisationen mit ca. 50 000 Mitgliedern eingeführt. Der Vorstand empfiehlt die weitere Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Für Lohnämpfe wurden im letzten Jahre 217 588 Kr. verausgabt; außerdem 10 000 zur Unterstützung der Aussperrten nach Stockholm geschickt und für Schulden von der großen Aussperrung 53 500 Kr. bezahlet.

Beiträge wurden von 42 Centralverbänden und 24 Lokalvereinen für 75 847 Mitglieder bezahlet. Wegen der schlechten Konjunktur mußte die Centralleitung in mehreren Fällen ihre Zustimmung zu geplanten Lohnbewegungen verweigern. Das führte dazu, daß die Klempner aus dem „Gesamtverband“ ausgeschieden sind und die Zimmerer ihren Austritt angemeldet haben.

Der bisherige Vorsitzende, Moler J. Jensen, wurde einstimmig wiedergewählt.

Schweden. Anfang voriger Woche war begründete Hoffnung vorhanden, daß der große Ausstand der Steinhauer in der Provinz Västing endlich zum Abschluß gelangen würde, denn die Arbeiter hatten die Forderungen der Unternehmer betreffend die Festsetzung des Stundenlohns für Verladungsarbeiten auf 35 Oere und die Lösung aller übrigen Fragen durch ein Schiedsgericht gutgeheißen. Umsomehr überraschte die Nachricht, daß die Arbeitgeberorganisation plötzlich die gemachten Zugeständnisse zurückgezogen hat und nun verlangt, daß gewisse Bedingungen anerkannt werden, die für die Arbeiter eine Herabsetzung der Löhne von durchschnittlich 2 1/2 Proz. bedeuten. Die Unternehmer haben den Vertretern der Arbeiter erklärt, sie würden lieber sehen, wenn der Streik noch einige Zeit andauere. Dazu kommt, daß auch die „Listaf-Abteilung“ des Schwedischen Steinindustrie-Verbands, der auch Stockholm angehört, die Arbeiter zum Kampf herausgefordert hat, indem sie die bis Ende April und Mai geltenden Lohnsätze kündigte.

In Voroas, im westlichen Schweden, haben 20 Fabrikanten der Textilindustrie ihren Arbeitern ein Circular zugestellt, durch das sie ihnen verbieten, Mitglieder der Fachvereine zu sein, wenn sie noch weiterhin in den Fabriken arbeiten wollten. Der Textilarbeiter-Verband hat nun an den Schwedischen Fabrikantenverband, der die Arbeiterorganisationen anerkannt hat, die Anfrage gerichtet, was er gegen die Fabrikanten in Voroas zu thun gedenke, deren Vorgehen nicht allein einen Bruch der Verträge bedeute, sondern auch mit Gesetz und Recht in Widerspruch stünde. Das Vorgehen der Fabrikanten wird auch von einigen bürgerlichen Blättern sehr scharf verurteilt. Es wird als ein Verbrechen gegen die persönliche Freiheit bezeichnet, das vom schwedischen Strafgesetz mit Strafarbeit bis zu zwei Jahren bedroht wird.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 3. Mai. (B. L. Z.) Dem Vernehmen nach hat Se. Majestät der Kaiser und König die Entlassungsgesuche der Minister Dr. v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein und Breseld angenommen.

Sagan, 3. Mai. (B. L. Z.) In Dellerdorf, Kreis Sorau, tötete der Arbeiter Weide den Arbeiter Böhl mit einer Hade, schoß auf eine zu Hilfe kommende Frau, die von mehreren Augen in die Schalter getroffen wurde, und verletzte eine andre Frau schwer mit der Hade.

Frankfurt a. M., 3. Mai. (B. L. Z.) Die Direktion der Chemischen Fabrik Friedheim-Elektron veröffentlicht folgende Erklärung: Nach dem Umsange der Feststellungen auf Grund unserer Lohnlisten und auf Grund aller sonstigen Untersuchungen werden Arbeiter und Beamte nicht mehr vernimmt. Die Gesamtzahl der Toten wird von der Direktion am 24. angegeben.

Mons, 3. Mai. (B. L. Z.) Im Kohlenbergwerk „Fleuu“ stürzte heute ein großer Stein auf einen Förderkorb, in welchem sich 12 Arbeiter befanden; 9 Arbeiter wurden getödet, die übrigen schwer verletzt.

Rom, 3. Mai. (B. L. Z.) Deputiertenkammer. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Marine-Etats und die Vorlage über die Schiffsbauanteile. Der Marineminister Morin erklärt, die italienische Flotte sei, wenn sie auch ihrer Größe nach nicht das gewesen sei, was sie hätte sein sollen, doch stets in der Lage gewesen, ihrer Bestimmung gemäß die Integrität des Landes zu sichern. (Beifall.) Sein Programm gebe dahin, eine Flotte zu besitzen, welche den wirtschaftlichen Kräften Italiens entspreche. Er erkläre im Namen der Regierung, daß er den Antrag Sonnino annehme, welcher den Marine-Etat bis 1906 auf 121 Millionen Lire festlegte, einschließlich der Pensionen und der Ausgaben für die Handelsflotte.

Konstantinopel, 3. Mai. (B. L. Z.) Infolge der von Bulgarien angeordneten eifrigsten Quarantäne bei der Station Selibschewo ist der Verkehr der Konventionen zwischen Konstantinopel und Debischewo eingestellt; sie werden durch gemischte Züge ersetzt. Der Orient-Expressezug wird den Dienst fortsetzen und Bulgarien ohne Quarantäne passieren.

London, 3. Mai. (B. L. Z.) Im Laufe der heutigen Beratung erklärte der Staatssekretär des Kriegs- und Marine-Ministeriums, im Monat April seien 1048 Boeren gefangen genommen, 160 hätten sich ergeben.

London, 3. Mai. (B. L. Z.) Der Schatzsekretär Hicks Beach empfing heute eine Arbeiter-Abordnung. In Erwiderung auf die Ansprache derselben sagte er, es sei unmöglich, den Inkerzoll zurückzugeben, welcher für das Budget dieses Jahres von der größten Bedeutung sei.

Reichstag.

87. Sitzung vom Freitag, den 3. Mai 1901; nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Gohler, Frh. v. Thielmann. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes über die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Kriegshinterbliebenen.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (nall.) begrüßt es, daß in dem Gesetzentwurf von der Kommission wesentliche Verbesserungen vorgenommen sind und empfiehlt die Annahme des Entwurfs.

Die §§ 1 bis 8 werden darauf angenommen. Nach § 9 steht neben den erhöhten Pensionen die Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins sowie die Anstellungsentschädigung nur denjenigen Unteroffizieren zu, welche den Anspruch auf den Civilversorgungsschein durch zwölfjährigen aktiven Dienst erworben haben.

Abg. Schwarz-München (b. l. F.) beantragt einen Zusatz, wonach die Kriegsinvaliden, die ohne zwölfjährigen aktiven Dienst für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins und Anstellungsentschädigung bisher Gehältnisse bezogen haben, auch für die Folge im Genusse derselben bleiben sollen.

Abg. Richter (fr. Bg.) beantragt zu § 9 einen Zusatz, wonach in Anrechnung dieses Paragraphen die Kriegsjahre doppelt in Anrechnung zu bringen sind.

Abg. Schwarz-München (b. l. F.): Ich habe meinen Antrag gestellt, weil es eine Unbilligkeit wäre, wenn man den Leuten, die bisher die betreffenden Bezüge gehabt haben, diese plötzlich nehmen wollte. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Generalleutnant v. Viebahn: Die Mitglieder der Kommission sowohl wie die Mehrheit dieses Hauses wird zugeben, daß die verbündeten Regierungen die Pensionen angemessen und ausreichend erhöht haben. Das sich einzelne Ungleichheiten ergeben, ist unvermeidlich. Der Antrag Schwarz würde das Prinzip des ganzen Gesetzes durchbrechen und zu großen Schwierigkeiten führen. Ich bitte den Antrag abzulehnen; für die verbündeten Regierungen ist er unannehmbar.

Abg. Richter (fr. Bg.) macht zur Begründung seines Antrags darauf aufmerksam, daß es unbillig sein würde, die Zulage nur deshalb nicht zu gewähren, weil der Inhaber des Civilversorgungsscheins durch eine Verwundung am 12. Jahre verhindert sei. Im diesem Verhältnis zu begegnen, wäre es am besten, die Kriegsjahre doppelt zu rechnen.

Generalleutnant v. Viebahn bittet auch den Antrag Richter aus demselben Grunde wie den Antrag Schwarz abzulehnen. Im übrigen würde die Militärverwaltung gern bereit sein, auf dem Wege der Unterstützung Unbilligkeiten abzustellen, die sich etwa ergeben würden.

Abg. Singer (Soc.):

Ich habe die Ueberzeugung, daß wenn der Reichstag den Antrag Schwarz annimmt, die Regierung diesen Paragraphen schlucken wird. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Je fester ein Parlament auf der Ausführung dessen, was es für richtig hält, besteht, desto mehr Ansehen gewinnt es. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Regierung nachsteht. Davon haben uns die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhause den besten Beweis gegeben. Bei der ersten Beratung im Plenum habe ich bereits den Standpunkt vertreten, daß ich es für ungerecht halte, daß Leuten, denen ein gesetzlicher Anspruch auf die Zulage für die Benutzung des Civilversorgungsscheins zusteht, dieser Anspruch hier genommen wird. Die Thatsache, daß diese Leute durch dieses Gesetz etwas mehr bekommen als bisher, berechtigt doch nicht dazu, ihnen das, was man ihnen mit der einen Hand giebt, mit der andern wieder zu nehmen. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Man kann mit der Militärverwaltung der Meinung sein, daß es überhaupt nicht richtig ist, für die Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins Gebühren zu geben, und daß dieser Mißstand bei einer Neuordnung der Pensionsverhältnisse beseitigt werden sollte, aber mit diesem Gesetz hat das nichts zu thun. Ich habe den dringenden Wunsch, daß das Haus die Probe auf das Exempel macht, ob die Regierung die Verantwortung übernehmen wird, an dieser Forderung ein Gesetz scheitern zu lassen, welches seit Jahren der Reichstag einmütig verlangt und dessen Notwendigkeit die Regierung ebenso seit Jahren anerkannt hat.

Ich muß aber die Gelegenheit benutzen, um noch eine andere Frage hier zur Sprache zu bringen. Es wurde in der Kommission über eine Begleiterscheinung bei der Erteilung des Civilversorgungsscheins gesprochen. Zwei Sorten Civilversorgungsscheine werden ausgegeben. Die eine Sorte erhalten diejenigen Leute, die 8 Jahre gedient haben. Die Praxis wird nun derartig geübt, daß ein Mann, der im Besitze des Civilversorgungsscheins zweiter Klasse ist, der also nach achtjähriger Dienstzeit gewährt wird, nicht eher angestellt wird, als bis diejenige Anstellung gefunden haben, die im Besitze des andern Civil-Versorgungsscheins sind. In der That bedeutet das, daß die Leute, die acht Jahre gedient haben, überhaupt keine Anstellung bekommen, daß also für sie der Civil-Versorgungsschein illusorisch wird. In der Kommission ist seitens der Militärverwaltung in dankenswerter Weise die Befreiung dieses Nebelstands bei der einheitlichen Regelung des Militär-Pensionswesens zugestanden worden. Meine Ausführungen beabsichtigen nur, eine Wiederholung dieser Erklärung im Reichstage zur Berichtigung der betreffenden Kreise herbeizuführen.

Generalleutnant v. Viebahn:

Daß und weshalb der Antrag Schwarz für die Regierung unannehmbar ist, habe ich soeben auseinandergesetzt. In Bezug auf die letzte Anfrage des Herrn Singer kann ich nur bestätigen, daß die Ansicht besteht, die von ihm erwähnte Härte für die jüngeren Aspiranten bei der allgemeinen Regelung des Militärpensionswesens zu beseitigen.

Die Anträge Schwarz und Richter werden hierauf abgelehnt, § 9 in der Kommissionsfassung angenommen. Ebenso § 10-19. § 20 bestimmt, daß die nach diesem Gesetz gewährten Zuschüsse bei Anstellung im Civildienst nicht der Kürzung unterworfen sind und auf eine Civilpension nicht in Anrechnung zu bringen sind. Bei der Veranlagung zu Steuern bleiben sie außer Ansatz; der Pfändung sind sie nicht unterworfen.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath bedauert, daß es in der Kommission nicht gelungen ist, die Aufrechnung auf die Civilgehälter und Pensionen überhaupt zu beseitigen. Hoffentlich wird auch diese Forderung bei der Revision der Militärpensions-Gesetze erfüllt.

§ 20 wird hierauf angenommen; ebenso §§ 21 und 22.

Abg. Riff (E.) beantragt, einen § 22a in das Gesetz einzuschalten, wonach die Teilnehmer an dem Feldzuge 1870/71, die im französischen Heer Kriegsinvalide und später Deutsche geworden sind, sowie deren Hinterbliebenen vom 1. April 1901 ab aus dem Reichs-Invalidenfonds Beihilfen bis zum Betrage der durch das vorliegende Gesetz gewährten Beihilfen erhalten können. Beihilfen gleicher Art können auch später Deutsche gewordene Hinterbliebenen von elsaß-lothringischen Landesangehörigen erhalten, die den Feldzug 1870/71 im französischen Heer mitgemacht haben und in diesem Feldzuge gefallen oder infolge desselben gestorben sind.

Reichssekretär Frh. v. Thielmann: Ich kann nur erklären, daß der vorliegende Antrag den verbündeten Regierungen annehmbar erscheint, wenn die Durchführung auch wohl große praktische Schwierigkeiten machen wird. Nur muß ich den Vorhalt machen, daß aus dem Antrag die Bestimmung beseitigt werde, wonach

die Mittel aus dem Reichs-Invalidenfonds genommen werden sollen.

Abg. Wassermann (nall.):

Mit dem Antrag Riff können wir uns durchaus einverstanden erklären. Um den Bedenken des Herrn Staatssekretärs entgegenzukommen, beantrage ich, die Worte „aus dem Reichs-Invalidenfonds“ in dem Antrag Riff zu streichen.

Abg. Riff (E.) erklärt sich mit dieser Aenderung einverstanden.

Abg. Dr. Bachem (E.): Es ist nur ein Versehen, daß diese Leute bisher nicht in diesem Gesetz berücksichtigt wurden. Wir sind vollkommen einverstanden mit dem Antrag Riff. Das Haus hat heute gerade das seltene Vergnügen, zwei elsässische Vertreterinnen des schönen Geschlechts in ihrer Nationaltracht auf der Tribüne begrüßen zu können. Ich hoffe, daß diese ein gutes Bild von dem Reichstage mit in ihre Heimat nehmen werden und mit der Liebe zum Reichstage wird auch die Liebe zum deutschen Volk überhaupt im Elsaß einziehen. (Große Heiterkeit und Bravo! im Centrum.)

Die Abgg. Dr. Höfel (Rp.) und Schrempf (L.) sprechen gleichfalls im Rahmen ihrer Partei ihr Einverständnis mit dem Antrag Riff aus.

Hierauf wird § 22a mit großer Majorität angenommen, ebenso debattelos der Rest des Gesetzes.

Die Kommission beantragt die Annahme folgender Resolutionen: „Der Reichstanzler möge für so frühzeitige Vorlegung der in Aussicht genommenen, durchaus erforderlichen Revisionsgesetze bezüglich der Militärpensionen und des Militärrentenwesens sorgen, damit dieselben noch während der nächsten Session zur Verabschiedung gelangen können.“

Abg. Richter (fr. Bp.): Ich will nur erklären, daß mit der Zustimmung zu dieser Resolution kein Engagement für irgend eine neue Steuer übernommen wird.

Die Resolution wird hierauf angenommen.

Ebenso die folgende Resolution:

„Der Reichstanzler möge dem Reichstage jährlich eine Uebersicht vorlegen über die Zahl der vorhandenen Kriegsinvaliden, unterschieden nach ihren Dienstgraden und ihrem Lebensalter, sowie nach dem Grade der Invalidität bei Unteroffizieren und Gemeinen.“

Damit ist das Gesetz erledigt.

Es folgen Petitionen. Die Mehrzahl dieser Petitionen hat kein öffentliches Interesse.

Die Redaktion der „Bienenzeitung“ und der Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen bitten um Erlass eines Honiggesezes, um die Produktion reinen Honigs rentabel zu machen und die Bienenzucht zu fördern. Es wird analog wie bei der Margarine die Färbung des Kunsthonigs vorgeschlagen.

Die Petitionskommission beantragt Ueberweisung der Petition an den Reichstanzler zur Erwägung.

Abg. Dr. Semler (nall.) tritt für die Forderungen der Petenten ein, — nur mit der Färbung des Kunsthonigs ist er nicht einverstanden — und verlangt zum mindesten Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. Wattendorf (E.): Der Wortredner hat bewiesen, daß er mit den Gespinntheiten der Petitionskommission nicht vertraut ist. Eine Petition wird nur dann zur Berücksichtigung überwiesen, wenn man mit allen Punkten der Petition einverstanden ist. Das ist bei dieser Petition nicht der Fall. Würde man sich darauf beschränken, zu fordern, daß dem Naturhonig ein erhöhter gesetzlicher Schutz zu teil wird, so wäre ich der erste, der für Ueberweisung einer solchen Petition zur Berücksichtigung stimme.

Abg. Dr. Köstler-Kaiserlautern (Wund der Landwirte) tritt für den Antrag Semler ein.

Ein Regierungskommissar macht darauf aufmerksam, daß die Chemie noch nicht im Stande sei, zuverlässig festzustellen, ob der Honig verfälscht sei. Der scharfe Deklarationszwang würde also nur auf dem Papier stehen. Es empfehle sich zur Zeit also nicht, mit einem Gesetz, wie die Petenten verlangten, hervorzutreten. Auch die Färbung des Kunsthonigs sei bedenklich. Viel wirksamer würde es sein, wenn mit einer scharfen Kontrolle im Honighandel vorgegangen würde.

Abg. Semler (nall.) ändert seinen Antrag der Anregung des Abg. Wattendorf entsprechend ab.

Abg. Letocha (E.) scheint sich für den Deklarationszwang auszusprechen. Seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne im Zusammenhang verständlich.

Abg. Wurm (Soc.):

Es ist ja sehr bezeichnend für unser ganzes Wirtschaftsleben, daß immer von neuem Petitionen um Specialgesetze gegen Verfälschung von Lebensmitteln oberhalb von Surrogaten an den Reichstag kommen. Das Mittel aber, was allein gegen solche Verfälschungen nützlich könnte, eine genügende Kontrolle, verlangt, da sie undurchführbar ist. Daher haben solche Gesetze, wenn sie nun auch die Junker verlangen, nur den Nachteil, daß sie beim Publikum den irrthümlichen Glauben erwecken, es sei nun thatsächlich geschützt. Der Kunsthonig wird erzeugt erstens durch Zuderzuzug zum sogenannten Honig oder durch Ueberfärbung der Bienen mit Zuder. Es ist klar, daß dagegen keine Kontrolle etwas ausrichten kann. Also das Publikum kann auf jeden Fall betrogen werden. Vor allem muß man aber bei allen Surrogaten die Bedürfnisfrage berücksichtigen. Kein Surrogat könnte sich halten, wenn nicht das Bedürfnis nach billigeren Produkten als dem Naturprodukt vorhanden wäre. Die schlechten Einkommensverhältnisse zwingen die Arbeiter Surrogate zu kaufen. Und in der That kann der Kunsthonig fast um die Hälfte billiger abgegeben werden, als der reine Blütenhonig. — Uebrigens haben die Junker sogar ein großes Interesse an der Kunsthonig-Produktion, denn diese bringt doch auch das Naturprodukt, um es mit Zuder zu versehen. Eine Fabrik hat in einem Jahre 8000 Centner deutschen Honig verarbeitet. — Wir sind also der Ansicht, daß auch in der Honigproduktion das bestehende Gesetz zum Schutze gegen Nahrungsmittelverfälschung ausreicht und darum werden wir nicht dafür stimmen, daß die Petition dem Reichstanzler zur Erwägung überwiesen werde, ob ein noch weiterer Schutz gegen die Honigverfälschung möglich ist. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Schrempf (L.):

Wenn auch die Chemie noch nicht so weit ist, ganz sicher reinen Honig festzustellen, so ist es doch leicht zu erkennen, ob direkter Betrug mit sogenanntem Honig verübt wird. Diesem Betrug kann durch den Deklarationszwang gesteuert werden. Herr Wurm hat zuerst die Mißstände zugegeben, dann aber wieder alles zurückgezogen. Wir sind ja das von seiner Partei schon gewöhnt. Er hat auch das Vied der Organisation gefungen. Wo sich aber eine landwirtschaftliche Organisation bildet, wird sie gerade von der ärmsten Klasse bekämpft. Wir sind gegen die Pauscherei und Mantierei, deshalb hat der Reichstag alle Veranlassung, die Petition dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Seh. Ober-Regierungsrat Wurm:

Die heutige Gesetzgebung reicht aus, um den zu bestrafen, der Kunsthonig als Naturhonig verkauft. Deshalb ist ein besonderes Gesetz entbehrlich.

Abg. Wurm (Soc.)

stellt gegenüber dem Abg. Schrempf fest, daß er nur gesagt habe, die schlechten Einkommensverhältnisse zwingen den Arbeiter, Surrogate zu kaufen. Wenn Herr Schrempf gegen Surrogate ist, mag er gegen seine Freunde vorgehen, die Elchoren bauen. Das Surrogat an sich ist kein Unflug. Erst wenn das Surrogat zu hohem Preise als Naturprodukt verkauft wird, wird der Betrug vollendet. Dagegen sind wir immer eingetreten. Es ist unnah, wenn

Herr Schrempf sagt, wir schätzen den reellen Produzenten nicht. Wir haben ihn beim Margarine geschützt, schätzen ihn jetzt wieder beim Weingesez. Das hier verlangte Gesetz ist aber ein Unflug, denn die Wissenschaft sagt uns, daß es nicht ausführbar ist. Solche Gesetze machen wir nicht. Fegen Sie doch vor Ihrer eignen Thür, geben Sie den Kühen nicht ein so wässriges Futter, daß die Kühe eine ganz wässrige Milch geben. Fegen Sie also vor Ihren Kuhställen, da ist genug Mist aufgehäuft. (Heiterkeit links.)

Abg. Ledebour (Soc.):

Wir sind selbstverständlich gegen Nahrungsmittel-Verfälschung, aber für die Färbung können wir uns nicht erklären, weil noch nicht festgestellt ist, ob die Färbung durch Erregung von Gärung den Honig nicht verdirbt. Die Frage ist also nicht spruchreif. Macht die Regierung Mittel ausfindig, der Verfälschung entgegen zu treten, so werden wir unsere Zustimmung dazu nicht verweigern.

Abg. Schrempf (L.):

Die Elchorie wird nicht nur als Surrogat, sondern auch der Farbe wegen benutzt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr Wurm mag sich von seiner Frau belehren lassen, wenn er eine solche hat. (Große Heiterkeit.) (Abg. Ledebour: Die Elchorie verdirbt nur den Geschmack des Kaffees!) Das ist Gefaschade. — Ich freue mich, daß Herr Ledebour erklärte, seine Freunde seien nicht gegen jede Verfälschung der Lebensmittel. Ich hoffe, er wird dann nicht wieder, wie gewöhnlich mit einem „aber“ kommen. Principiell sind die Herren ja immer für alles zu haben, aber im praktischen Falle kommen sie mit einem „aber“. Ich bitte Sie dringend um Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Berichterstatter Abg. Gabel (Ant.) [als Abgeordneter]:

Wir verlangen nicht, daß die Regierung unsere Vorschläge Wort für Wort unterschreibt, wir wollen nur Anregung geben zum Schutze des Naturhonigs. Ich bitte Sie dem Antrage Semler zustimmen zu wollen.

Präs. Graf Ballekrem:

Der Herr Abg. Gabel hat zwar nicht als Berichterstatter, sondern als Abgeordneter gesprochen. Er hat aber das Haus gebeten, den Antrag Semler anzunehmen; ich wollte ihn nur darauf aufmerksam machen, daß er nachher in seinem Schlusswort die Verpflichtung hat, das Haus um Ablehnung des Antrags Semler zu ersuchen. (Stürmische Heiterkeit und Bravorufe.)

R. 2. Nach weiterer Debatte, an der sich die Abgg. Dr. Köstler (W. d. L.) und Wurm (Soc.) beteiligten, wird der Antrag Semler (nall.) gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten angenommen.

Eine fernere Petition verlangt Verbot des Handelns mit Gaiskneinen.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Tünnes) beantragt Ueberweisung zur Tagesordnung.

Abg. Wolfstein (E.):

Der Beschluß der Kommission ist zu stande gekommen aus Anlaß eines Reichsgerichtsurteils, das die Strafbarkeit des Handels mit Gaiskneinen feststellt. Wir werden dem Antrag der Kommission zustimmen, behalten uns aber vor, für den Fall, daß das Reichsgericht einmal anders entscheidet, unsere Zustimmung zu ändern.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf Ballekrem:

Es sind drei Interpellationen eingegangen, die auf den Wunsch der Interpellanten nächste Woche zur Verhandlung kommen sollen. Erstens eine Interpellation Herold. Ist es dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß die Vormusterung der Pferde für militärische Zwecke auch in diesem Jahre wieder während der Saat- und Erntezeit stattgefunden hat. Zweitens eine Interpellation Singer. Ist es dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß die für die Errichtung und den Betrieb chemischer Fabriken geltenden Vorschriften der chemischen Fabrik in Griesheim gegenüber außer acht gelassen worden sind. Und was gedenkt der Herr Reichstanzler zu thun, um derartige Ungeheuerlichkeiten für die Zukunft zu verhindern? Drittens eine Interpellation Hohenberg. Welche Schritte hat der Herr Reichstanzler zur Beseitigung der in Südafrika in englischer Gefangenschaft befindlichen deutschen Missionäre unternommen, und welche Erfolge hat er in dieser Richtung erzielt?

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Dritte Lesung der Invalidenversorgung, dritte Lesung des Unfallfürsorge-Gesetzes für Beamte und Personen des Soldatenstands und Petitionen.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Toleranz-Kommission wurde heute die Diskussion über den Antrag Kunert (Soc.) fortgesetzt. Die Redner des Centrums gaben sich die erdenkliche Mühe, um zwischen den verschiedenen Vertretern der socialdemokratischen Partei eine Meinungsverschiedenheit zu konstruieren und die Sache so darzustellen, als ob die Socialdemokraten Verfolger der Religion und die größten Meinungs tyrannen seien. Die Abgg. Kunert (Soc.) und v. Bolkmar (Soc.) schoben diesem Bestreben einen energischen Riegel vor. Der Antrag wurde sodann mit allen gegen die socialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde der § 3, welcher von der Austrittserklärung aus der Kirche handelt, mit allen gegen die konservativen Stimmen angenommen. Weiter fand der Antrag Bolkmar, wonach für die Austrittserklärungen keinerlei Gebühren und Stempel erhoben werden dürfen, gleichfalls mit allen gegen die konservativen Stimmen Annahme.

Süßstoff-Kommission. In der Freitag-Sitzung drehte sich die Diskussion lediglich um den § 5 und um den Antrag des Centrums-Abgeordneten Sped., der in der Hauptfrage darauf hinausging, daß die Erlaubnis zum Verkauf von Süßstoff dem nicht verweigert werden darf, der wegen Zuwiderhandlung gegen Verbrauchssteuer-gesetze noch nicht bestraft worden ist. Von Seiten der Konservativen wurde erklärt, daß, wenn dieser Antrag angenommen würde, das Gesetz nur eine Farce sein würde, und sie ihre Zustimmung dann nicht mehr geben könnten. Ebenfalls erklärte die Regierung, daß das Gesetz dann den Zweck verfehlt habe. Abg. Jehnter (E.) beantragte dann, daß die Regierung die Erlaubnis nur verweigern dürfe, wenn Gründe vorliegen, daß jemand keine Garantie zu einer richtigen Kontrolle biete und daß die Regierung die Gründe anzugeben habe. Dieser Antrag fand Annahme in Verbindung mit einem Antrag Schmidt-Banzleben (nall.), daß die zugelassenen Personen zu einer genauen Durchführung über Bezug und Absatz verpflichtet sind und sich jeder weiteren von der Behörde für nötig erachteten Aufsichtsmäßnahme zu unterwerfen haben. Abg. Sped. (E.) zog den hauptsächlichsten Teil seines Antrags zurück, so daß der § 5 nun lautet, wie folgt:

„Der gewerbmäßige Handel mit Süßstoffen und süßstoffhaltigen Zubereitungen ist nur solchen Personen gestattet, welche die Erlaubnis der Steuerbehörde besitzen. Diese Erlaubnis darf von der Steuerbehörde nur den Personen verweigert werden, welche keine genügende Garantie dafür bieten, daß die Kontrolle möglich ist. Die Regierung hat die Gründe anzugeben. Die von der Steuerbehörde zugelassenen Personen sind zu einer genauen Durchführung über Bezug und Absatz von Süßstoff verpflichtet und haben sich weiteren, von der Behörde für nötig erachteten Maßnahmen zu unterwerfen. Den Inhabern von Süßstoff-Fabriken ist die Abgabe von Süßstoff nur an die bezeichneten Personen gestattet. Die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat. Auf die Inhaber von Apotheken finden diese Vorschriften gegen schriftliche ärztliche Anweisungen keine Anwendung.“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 4. Mai.
Opernhaus. Samson und Dalila Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wohlthät. Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Stoll). Fledermaus. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Faust. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisinger. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Dr. Herr Raitz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisinger. Continens Gemann. Vorher: Terentete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reise. Gastspiel des Schiller-Theaters. Der Amerikaner. Anfang 8 Uhr.
Westen. Das Mädchen des Cemiten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisebühne. Bunte Theater: Ueberdreit. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Boccaccio. Anf. 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Süden. Durchgegangene Weiber. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Madame Mophisto. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Torquato Tasso. Anfang 8 Uhr.
Wette. Alliance. Gastspiel der Schwarzwälder. Die Wähe im Schwarzwald. Anfang 8 Uhr.
Rossmittags. 1/2 Uhr: Dorf und Stadt.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Palast. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Kings. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachm. 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung.“ Um 4 Uhr zu kleinen Preisen: „Unser Rhein.“
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Thalia-Theater

Ensemble-Gastspiel des Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.

Die Fledermaus.

Joseph-Emil Thomas a. G. Eisenstein-Karl Greittmann. Frank-Hermann-Utt. Rosalinde-Gaust. Fuchsberg. Adele-Gusti Zimmermann. Orloffsky-Jenny Dorr.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen

Stettiner Sänger.

Bestehendes urkom. Programm.
 Anfang: Montag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.



W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung.
Ihre Familie.
 Volkstümlich mit Gesang in 4 Akten von Stinde u. Engel. Musik v. Michaelis.
 Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
 In den 5 Riesenbögen:
 Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.
 4 ausländische Kapellen.
 Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété).

URANIA

Taubenstr. 48/49.
 Im Theater
 Sonnabend 8 Uhr:
Unser Rhein
 von der Quelle bis zur Mündung.
 Um 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Unser Rhein.
 Um 8 Uhr im Hörsaal: Fr. Goerke: Charakterbilder aus der Mark.

Metropol-Theater

W., Behrenstraße 55/57.
 Das anerkannt beste Mai-Spec.-Programm Berlins.
 16 neue Nummern.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Friedrich-Strasse 165

Caslan's Panopticum

Entree 50 Pf.
 Kinder die Hälfte.

Köpenick, Grünauerstr. 70.
 H. Königs Restaurant hält sich bestens empfohlen. 12540*

Wer Stoff hat,
 dem fertige ich Anzüge nach Maß mit Futter für 12 Btl., 18 Btl., 24 Btl., 30 Btl.

Wer keinen Stoff hat,
 für 21 Btl., 27 Btl., 34 Btl., 42 Btl., 48 Btl. bis 120 Btl.

Wer zu Fingern fertig haben will, muss jetzt bestellen. Es ist höchste Zeit!

Zuschneider zum Maßnehmen kommt auf Wunsch mit Proben ins Haus.

Herrmann Schlesinger
 Turmstraße 85.
 Großes Lager in fertigen Anzügen.

Riesen-Walfisch

21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.
 Vollständig geräuchert!
 Von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.
Alexanderstraße, Ecke der Magazinstr.
 Schluss der Ausstellung in Berlin Anfang nächster Woche.

Welt-Restaurant Hirsegarten,

anerkannt größtes und schönstes Stabliement, über 2000 Personen fassend, den geübten Vereinen und Gewerkschaften zur gefälligen Benutzung am gelegentlich empfohlen.
 Jeden Sonntag und Mittwoch: **Großer Ball.**
 Richard Walter.



Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben kostet mit Satinfutter 1,75 M. mit Atlasfutter 2 M.

Dieser küsserlei leichte Hirsenströhnhut kostet 1,50 M. mit Ventilation 1,75 M.

Oscar Arnold

Engros Hüte und Mützen Export
nur Dresdenstr. 116 (kein Laden)
 Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen Formen und Qualitäten.
 Sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Restaurant Pferdebusch bei Köpenick.

Gemüthlich mein alldemerktes, in herrlichem Parkwalde gelegenes Lokal den geübten Vereinen und Gewerkschaften.
 Sommer-wohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze.
 5000 Sitzplätze. Ausspannung für 80 Pferde. Gute und berühmte Küche.
 Es lobet zum Besuch freundlich ein
Wilhelm Brüsewitz, Besitzer.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Montag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenericht und Bericht der Revisoren. 2. Antrag auf Anstellung eines weiteren Beamten.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
 Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.

Achtung! Dekateure. Achtung!

Sonntag, 5. Mai, mittags 11 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Maßregelungen wegen der Waffener bei der Firma Rudolph Tack. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht eines jeden Berufsstelligen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Einberufer.

Achtung! Rabszpanner u. Träger.

Sonntag, 5. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei Herrn G. Jannasch, Inselstr. 10:
Mitglieder-Versammlung mit Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Besondere Angelegenheiten und Beschlüssen.
 Nach der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich mit ihren Frauen zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
 in Rixdorf, Hermannstraße 197:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Großer Demonstrations-Vortrag über: „Augenkrankheiten im Beruf und Familie.“ Referent Herr Dr. Warm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.
 Mittwoch, den 8. Mai, abends 7 Uhr, Friedrichsbergerstraße 11:
Sitzung der Vertrauensmänner. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
 Der Vorstand.

Charlottenburg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonnabendabend 8 1/2 Uhr, bei Wernicke, Börsenstr. 34:
Versammlung.
 Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.
 Die Ortsverwaltung.

Fr. Domnings Restaurant „Neuer Krug“

Bahnhof Neu Rahnödorf,
 an der Oberspree, zwischen Müggel- und Dämeritzsee.
 Edleren Vereinen und Gesellschaften halte mein Lokal bestens empfohlen.
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens geforgt. 8400*

Grosse Fänge, Preise billig!

Von heute, Sonnabend, eintreffender Sendung empfehlen wir in lebendfrischer Ware diese Woche:
 Schellfische in allen Grössen pro Pfund 18, 20, 22-25 Pf.
 Cabliau, ohne Kopf 17 Pf. im Ausschnitt pro 20 Pf.
 Seelachs 18 Pf., im Ausschnitt 25 Pf.
 Knurrhahn (Seeforelle) 25 Pf.
 Schollen, grosse (Goldbatten) 25-35 Pf.
 Bratschollen (Flander) 3 Pfd. = 65 Pf.
 Austernfisch 25 Pf., im Ausschnitt 35-40 Pf.
 Rotzungen (Ersatz für Seezungen) pro Pfd. 30-35 Pf.
 Steinbutten in allen Grössen . . pro Pfd. 110-120 Pf.
 Seezungen, kleine 95 Pf., grosse pro Pfund . 130 Pf.
 Heilbutt, Tarbutt, Seehecht etc. ebenfalls billig.
 Ferner
 täglich frisch geräucherte Seefische.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Grösste Hochsee-Fischerei Deutschlands mit 31 eignen Fischdampfern in Berlin 5 Verkaufsstellen:
Haupt-Filiale: Berlin C. 22
 Bahnhof Börse, Bogen 9-10.

No. II. Berlin NW., Lüneburgerstr., Ecke Paulstrasse, Stadtb.-Bogen 388/89, Central-Lager.
 No. III. Berlin S., Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstr.
 No. IV. Berlin O., im Schlesischen Bahnhof, Madalstr. 23.
 No. V. Berlin N., (Wedding) geschlossen, wird demnächst anderweitig eröffnet.

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.
 Für 10 Mark hohelegante Beinkleider nach Mass. [14611*
 guter Stoff, tadelloser Sitz!
14 Krausen-Strasse 14,
 1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkaules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Riemenlöcher u. Knöpfe. Feste Leder-Pilots-Taschen, Große Hüften umsonst. Die Hose bei Annahme von 4 M. 50
 6 Stück 20 Btl.

4 M. 50
 1 M. 90
 1 M. 50
 2 M. 50
 2 M. 10
 5,50, 4,25
 13,- 9,-
 4,00-3 M. 40
 2,50, 2 M.
 2 M. 40
 7 M. 50
 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chauffeurstr. 24/25. Brückenstr. 11.
 Gr. Frantfurterstr. 20.
 Die 17. Jubiläum-Preisliste 1901 über gesamte Herren u. Knaben-Bekleidungen (Auslage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.
 Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust u. Bundweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 12099*

Nachdruck verboten!
 Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Josef Gogowitsch, Posen:
Fort mit den Getreidezöllen!
 Eine Erörterung von Adolf Wendt. 113u beziehen durch alle Buchhandlungen. Preis 20 Pf. 10798

Versuche Dein Glück!

i. d. bekannt. Glücks-Kollekte
J. Rosenberg,
 51. Kommandanten-Strasse 51.
 Sofortige Auszahlung von Gewinnlössen.
 Wohlfahrts-Geldlose a 3,30 M.
 Berlin S.

Strand-Restaurant Wäggelsee

am Wäggelsee, u. Küstenturm.
 Gemüthliche Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommererzügen u. Ausflüge mein geräumig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Bestellungen aller Art. Coulaute Preise. 12632*
H. Degebrodt,
 „Strandhölzer“, Köpenick.

Ober-Schöneweide!

Gemüthliche Genossen bei Ausflügen mein Restaurant und Garten mit Eingang vom Walde. Spielplatz, Segelbahn, Raststätte. Raum für 250 Personen. 12462*
Otto John, Wilhelmshofstr. 18.

Eigene Fabrikation.

fertige Kleider

Enorm billig
 Homespuckleid 15 Mk.
 Jacketkleider
 elegante Façons
 1. Oberlein. Homespuck 18 Btl., 20 Btl., in feiner Ausführung 30 Btl. [14762*

Schwarze Kleider

in neuesten Fantasieformen
 20 Btl., 25 Btl., 30 Btl.

Jackets

neue moderne Façons.
 8 Btl., 10 Btl., 12 Btl., 15 Btl.
Sackpaletots
 12 Btl., 15 Btl., 20 Btl.

Kostüm-Röcke

in den neuesten Façons.
 schwarz u. farb. auf Futter 6 Btl., 7 Btl., 10 Btl., 12 Btl., 15 Btl.
Tailor made-Kragen
 aus feinem Tuch, model. u. schm. 12 Btl., 15 Btl., 20 Btl.
 Schwarze, glatte u. bestickte
Gapes und Kragen in reinwollern Sammgarn 10 Btl., 15 Btl., 20 Btl.
Regenmäntel in neuesten Façons 15 Btl., 20 Btl.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.

Schiller-Theater

(Walner-Theater).
 Sonnabendabend 8 Uhr:
 Gastspiel: Ferdinand Bonn.
 Der Kaufmann von Venedig.
 Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
 Sonntagabend mittags 3 Uhr:
Romeo und Julia.
 Sonntagabend 8 Uhr:
 Gastspiel Ferdinand Bonn.
 Der Kaufmann von Venedig.
 Montagabend 8 Uhr:
Faust von Goethe, der Tragödie II. Teil
 (2. Abend: Faust's Tod u. Erlösung).

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr.
 Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten.
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten v. Sydney Jones.
 Morgen und folgende Tage: Die Geisha.
 Sonntag, den 5. Mai, 3. 626. Male: Die Geisha.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Wohlthätigkeits-Vorstellung unter gef. Mitwirkung der Mitglieder vom lgl. Schauspielhaus.
 Nur einmalige Aufführung:
Torquato Tasso
 Schauspiel in 5 Akten von Wolfgang v. Goethe.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen zum ersten Male:
Robioli!
 Novität!

Der Bräutigam vom Himmel.

Gefangnisse in 5 Bildern von Willa-Wiisch. Bearbeitet von Carl Weiss.
 Musik von H. Wälder.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Eröffnung

der Sommer-Saison und des Konzertgartens.
Sommerpreise!
 Geschw. Gasch Paul Petras
 Krepis und Tochter
 Egger-Rieser • Excelsior
Kosmograph
 neue sensationelle Bilder.
 Um 9 1/4 Uhr:
Frau Luna
 und das berühmte Luftballett
Grigolatis.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

92 Leipziger Straße 92.

Infolge vielseitig geäußelter Wünsche findet der Schluß unserer
Anstellung moderner Kunststickereien

angefertigt mit der

Original Singer Nähmaschine

erst

Mittwoch, den 8. Mai abends statt.

Geöffnet von 10 bis 8 Uhr. — Eintritt unentgeltlich.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

1469L*

Frühere Firma: G. Reiblinger.

Hüte für Herren und Knaben

billiger wie überall, bekannt große Auswahl.

Weicher Herrenhut, moderne Form, 1 W., bessere Qualität 1,50, 2,00 und 2,50 W., feister Herrenhut, modern, 1,75 W., 2,00 W., 11339*

nur wie bekannt in guter Ware.

Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Kaiserstr. 25a, Ecke Alexanderstrasse,
früher Barnimstr. 4/5.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidemeister en detail 12339*

Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Thor.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots . . . von 13,50 W. an
Jackett-Anzüge von 15,— W. an
Rock-Anzüge von 23,— W. an
Radfahrer-Anzüge von 11,— W. an
Jünglings-Anzüge von 12,— W. an

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng feste Preise.

Telephon Amt IV 447.

Telephon Amt IV 447.



Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Mützen, Krawatten. 9349*

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Staligerstraße.

J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu!

Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstraße.

Täglich Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatshosen,
in den feinsten Werkstätten gearbeitet, auch für corpulente Figuren passend,
zu konstant billigen Preisen. 1392L*

für Hüte auszugeben, man
erhält auch zu billigen
Preisen gute Sachen, wenn
man die richtige Bezugs-
quelle kennt.
Knabenfilzhüte 1-3 W.
Herrenfilzhüte
weich 1,75-5,25
steif 2,00-5,25
Cylinderhüte
4,00-12,00
Chapeaux claque
8,00-10,00
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Eul.-Engros-Geschäft
Waldemarstr. 14, part.,
Kein Laden.



Ganz umsonst und portofrei

28 verschiedene Nummern in Rasiermessern sowie große Auswahl in Rasierentzfernern, Taschen, Taschenuhren und Wädeln, Scheren, Bros., Schlüsseln, Gemäßen, Faust- und Wiegenmessern, Uhren- und Goldketten, Broschen, Ringe, Portemonnaies, Cigarrentaschen, Wädeln, Spazierstöcke, Regensternen, Fernrohre, Feldstecher, Schuß- und Stilmessern, Wägen und sonstigen Schmuck und Haushaltungszubehör etc.
Gleichzeitig offerieren wir, damit sich jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren (ohne Risiko) über-
zeugen kann.

Mit beliebi-
gem Namen
in Gold-
schrift be-
zahlt
10 Pfennig
mehr



Rasiermesser No. 64

für nur Mk. 2,00, 14 Tage zur Probe
mit 5 Jahren Garantie, aus Silberstahl genau wie
Zeichnung, fein höhl geschliffen, fertig zum
Gebrauch, edel Hornstiel, mit halt-
barer unirteter Gold-
einlage, mit hoch-
feinem Feil.

Besteller verpflich-
tet sich, obigen Be-
trag einzuschicken
oder das
Messers zu retourn.

Mehr wie ein Bild nur gegen Nachn. **Gebrüder Bell, Stahlwarenfabrik, Gräfrath Nr. 714**
Bitte genau auf unsere Firma zu achten. **Gebrüder Bell, Gräfrath Nr. 714**
Begründet 1876. bei Zolingen.

Sommer-Paletots b. 18 W. an, Herren-Anzüge b. 18 W. an, Knaben-Anzüge v. 3 W. an. Specialität: **M. Schulmeister, Hauptstr. 143.** Schneberg,

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Ueberladung des Magens, durch Genus mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:

Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte

Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig be-
fundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und
belebt den Verdauungsorganismus des Menschen, ohne ein
Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt Störungen in
den Blutgefäßen, reinigt das Blut von verdorbenen krank-
machenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung
gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenübel meist schon im
Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung anderen scharfen, ägenden, We-
sundheit gefährdenden Mitteln vorzuziehen. Symptome, wie: Kopfschmerzen, Husten,
Zobrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen, die bei chronischen (veralteten) Magen-
leiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie Beklemmung,
Kopfschmerzen, Herzlopfen, Schlaflosigkeit, sowie
Blutansammlungen in Leber, Milz und Fortaderstamm (Hämorrhoidalgeleiden) werden durch
Kräuter-Wein rasch und gelind beseitigt. Kräuter-Wein befreit Unverdaulichkeit, verleiht
dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl unangenehme
Stoffe aus dem Magen und den Gedärmen.

**Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Ent-
kräftung** und weiß die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und
eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher Appetitlosigkeit unter
nervöser Abspannung und Gemüthsverfinnung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaf-
losen Nächten, stehen oft solche Kranke langsam da. Kräuter-Wein giebt der ge-
schwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert
Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, befeuchtet und verbessert die Blut-
bildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken Lebenslust. Zahlreiche An-
erkenntnisse und Dankschreiben beweisen dies.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 W. in sämtlichen Apotheken
von Berlin und Berlin Vororten, sowie in Preußen, ganz Deutschland und im Auslande in
den Apotheken.

Auch versendet die Firma „Hubert Ulrich, Leipzig, Weitzstraße 82“, 3 und mehr
Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und külfrei.

Vor Nachahmungen wird gewarnt!

Man verlange ausdrücklich

Hubert Ulrich'schen Kräuter-Wein.

Wein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandteile sind: Malagawein 440,0,
Weinspirit 100,0, Glycerin 100,0, Rotwein 240,0, Gerbäckerzucker 150,0, Stärke 320,0, Manna 30,0,
Fenchel, Koriander, Feigenwurzel, amerik. Kraftwurzel, Enzianwurzel, Kalmswurzel aa 10,0. Diese
Bestandteile mischt man.

Allen Freunden und Bekannten
empfehle mein Weiß- und Bayerisch-
Bierkatal, sowie meine beiden
Bierkellner mit Kaviar für 20
und 50 Personen. 12529*

August Bieberstein,
Haldertstr. 61.

Sommerpreise.
Prima Zentenerberger Bräuerei
16 Str. 7. ca. 135 St. nur 95 Pf.
115
Obersteifische Steinöfen Ruh II
Str. 1, 1b, Scheffel nur 95 Pf. verkauft
ab Plag Fischer, Brauergasse 14.

SULIMA CIGARETTEN

Feinste Marken!

Jährliche Production: 159 Millionen.

Sabit 6 Pfg.	Mousseux 4 Pfg.
Jancha 5	Ideal des Kenners 3
Chasse Café 4	Pimi 3

Seiden-Hut-Fabrik

von 14499*

Carl Renz,

3. Oranien-Strasse 3.
Grosses Strohhutlager. — Reelle Bedienung.

Ziehung 31. Mai u. folg. Tage.

Wohlfahrts-Loose à Mk. 3,30

Porto und Liste 30 Pf. extra
zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.

16870 Geld-
gewinn
ohne Abzug: **575.000 Mk.**

Die 3 ersten Hauptgewinne sind Mark:

100000, 50000

Loose bei hiesigen Verkaufsstellen oder General-Debit
in Berlin, Breitestr. 5,
Münchberg, gr. Johannisstr. 21.
Bankgeschäft, Kauf und Verkauf von Staats- und Werthpapieren.

Telegr.-Adr.: Glückwünscher.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

11619*

D. Wurzel & Co.

jetzt: Köpnickstrasse 160, Manteuffelstrasse.
Ecke

Löwenkopf - Seifenpulver - Fabrik

Otto Meier, Heilbronn, 13959*

ist ein ebenso vorzügliches wie bequemes Waschmittel, käuflich
überall. Vertreter für Berlin Eduard Neumann, Danzigerstr. 68.

Heile unt. Garantieschein mit m. Pflanzen-Heilverfahren J. Krankheit.
Sogen. Unheilbar s. mir die Liebsten. Nach Heilung freiw.
Honorar. Tägl. Danks. Kein Geheimmittel. Rückporto. Prosp.
gratis. Fritz Westphal, Berlin NW, Pritzwalkenstr. 16. Sprechst.
wochentl. 10-12 im Natur-Heilanstalt Lehnitz 5-6.
Fritz Westphals Kräuter-Thee, Liqueur, Balsam etc.
in grösseren Apotheken, Drogerien etc. käuflich.

Billige Hosen, Kinder-Anzüge

jeder Art nur Pallisadenstr. 7.

Specialität: **M. Schulmeister, Hauptstr. 143.** Schneberg,

Feinste Mass-Anfertigung.

Gehrock-Anzüge

Berlin, Oranienstr. 166.

zweireihig, hochelegante Façon in einfarbig schwarz 30, 36, 42, 48, 54, auf Seide

verarbeitet 60 Mk., grau oder marengo meliert in ganz neuen Mustern 36, 42, 48 Mk.

Smoking-Anzüge, chic und sauber ver- Eleg. Frack-Anzüge.

Carl Stier.

[1298L]

Potsdam, Brandenburgerstr. 23.

Tadelloser Sitz. - Beste Verarbeitung.

12. Ziehung 4. Klasse 204. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1901, nachmittags.

Nach der Gewinna-Liste 236 Bl. sind die betreffenden

Klassen in folgender Weise gezogen:

(Ohne Gewähr.)

Table with 10 columns of lottery numbers for the 4th class of the 204th Prussian Lottery.

131 203 500 27 10000 564 601 779 972 117143 69

Ziehung vom 8. Mai 1901, nachmittags.

Nach der Gewinna-Liste 236 Bl. sind die betreffenden

Klassen in folgender Weise gezogen:

(Ohne Gewähr.)

Table with 10 columns of lottery numbers for the 4th class of the 204th Prussian Lottery.

12. Ziehung 4. Klasse 204. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Mai 1901, nachmittags.

Nach der Gewinna-Liste 236 Bl. sind die betreffenden

Klassen in folgender Weise gezogen:

(Ohne Gewähr.)

Table with 10 columns of lottery numbers for the 4th class of the 204th Prussian Lottery.

444 535 44 [3000] 87 [1000] 836 917 46 114270 [500]

Ziehung vom 8. Mai 1901, nachmittags.

Nach der Gewinna-Liste 236 Bl. sind die betreffenden

Klassen in folgender Weise gezogen:

(Ohne Gewähr.)

Table with 10 columns of lottery numbers for the 4th class of the 204th Prussian Lottery.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben ziehen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Restauration Krankeitschäfer, Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 8, Elegante vorjährige Herrenhosen, Kleiderstoffe, Kinderbettstellen, Herren- und Mädchen-Bettstellen, Herren- und Mädchen-Bettstellen, Herren- und Mädchen-Bettstellen.

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzählung, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Verleumdungen, Vermietungen, Schlafstellen, Arbeitsmarkt, Stellenangebote, Vermischte Anzeigen.

Arbeitsmarkt, Stellenangebote, Vermischte Anzeigen.

Ueber die Maifeier

gingen und noch zahlreiche Berichte aus den entlegensten Gegenden zu, denen wir jedoch des dringenden politischen Stoffes wegen nicht mehr in vollem Umfang Aufnahme gewähren können. Wir geben deshalb nur noch einige bemerkenswertere Nachrichten.

Königreich Preußen. Frankfurt a. O. Vormittags-Versammlung 350 Teilnehmer, Abend-Versammlung über 1000 Personen. Glänzender Verlauf. — Lauenburg. Die Versammlungen waren gut besucht, Konzert und Ball wurden verboten. — In Helfert (Rheinprovinz) waren für den Abend drei öffentliche Versammlungen in einem Lokal angemeldet, weil die Frauen, Schüler und Lehrlinge an den Versammlungen nicht teilnehmen sollten. Als sich der Vorsitzende der ersten Versammlung weigerte, auf Erfordern des Kommissars die Frauen, Lehrlinge und Schüler hinauszuweisen, wurde die Versammlung aufgelöst. Die zweite Versammlung verlief demselben Schicksal und die dritte wurde verboten. Der Ort wurde verhaftet und erst nach etwa einer Stunde wieder freigelassen. Diese Vorkommnisse verursachten natürlich große Aufregung. — In Wöfen wurde das Lokal, in dem bereits 20 Versammlungen undebestanden stattgefunden haben, von der Polizei am 1. Mai als ungeeignet erklärt.

Bayern. In München war die Beteiligung wesentlich stärker als im Vorjahr. Die Vormittagsversammlung war überfüllt und von mehr als 5000 Personen besucht. Ferner hatten die Schneider eine eigene Versammlung von 800 Personen. Abends waren die acht Parteiversammlungen sämtlich stark besucht. — In Pirasens besuchten die Abendversammlungen 1000 Personen, in Hof 500 Personen.

Aus Baden liegen nur Berichte vor von Heidelberg, Freiburg und Konstanz.

Elzsaß-Lothringen. In Colmar ankerte sich in der Versammlung auch der volksparteiliche Redacteur Schmidt anerkennend über die Einigkeit der Arbeiter.

Ausland.

Maifeier in Ungarn. Budapest, 2. Mai. (Fig. Ver.) Die Arbeitsruhe wurde allgemein. Alle Fabriken, selbst die Staatswerkstätten haben ihren Betrieb eingestellt. Kein Tagesblatt erscheint am heutigen Tage, denn alle Druckereien feiern. Am Vormittag hielten sämtliche Branchen Versammlungen ab, die durchweg gut besucht waren. Ueberall stand die „Bedeutung des ersten Mai“ auf der Tagesordnung. Am Nachmittag versammelten sich die Arbeiter auf dem Neuen Marktplatz, von wo aus ein riesiger Zug seinen Weg durch die Straßen der Hauptstadt nahm. Weit über 20 000 Arbeiter zogen in Reich und Glied durch die Straßen. Eine imposante Demonstration, wie sie diese an Demonstrationen so reiche Stadt noch nie gesehen. Eine mächtige Kundgebung des Proletariats, das inmitten unserer zersahrenen Zustände wieder einmal bezeugte, daß es die einzige Schicht der Bevölkerung ist, welche sich ein festes Ziel gesteckt und auf dies Ziel ohne Wanken lossteuert. Ohne jede Störung bewegte sich die große Menschenmasse vorwärts und kam nach zweistündigem Marsch an Ziele, in einem großen Gartenlokal an, wo Genosse Solanyi eine äußerst eindrucksvolle Rede hielt. Dann wurden Besungs- und Deklamationsvorträge angeführt und bis in die späte Nacht hinein vergnügten sich die Versammelten.

Hier ist am Rande zu bemerken, daß eine unter dem Namen „neuroorganisierte Partei“ entstandene nationalistische Partei auch einen Umzug hielt, in welchem, trotz des eifrigen Klammern der bürgerlichen Blätter, wohlgehabte 484 Mann unter dem stolztänzelnden rot-weiß-grünen Nationalbanner einmarmchierten. Die Finte, am 1. Mai zu feiern, um unter den Arbeitern Verwirrung anzurichten, hat also an der Aufgellährtheit der Arbeiter lägllich Schiffbruch erlitten.

Aber nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in der ganzen Provinz war die Maifeier eine wahrhaft gewaltige. In allen größeren Städten Ungarns wurde die Feier durch allgemeine Arbeitsruhe, durch Versammlungen, wo dies nicht möglich war, durch kleinere Zusammenkünfte begangen. Auch die Feldarbeiter feierten überall in der Weise, wie es durch die hochloblichen Behörden ermöglicht wurde. Denn was in der einen Stadt Ungarns möglich ist, ist in der andern oft gänzlich unmöglich, — so einseitlich wird dies „tausendjährige Reich“ heutzutage verwaltet. An manchen Orten veranstalteten sie Versammlungen oder Vergnügungsabende, an andern mußten sie aber froh sein, wenn sie vor den Argusaugen der heiligen Hermandad sich in ein Privathaus flüchten konnten, um dort ein Hoch auf die internationale Socialdemokratie auszubringen.

Die Maifeier in der Schweiz verlief nach den bisher vorliegenden Berichten durchaus, wenigstens relativ, befriedigend. Ganztagige Feier, wenn auch nicht überall von der ganzen Arbeiterschaft, gab es an zahlreichen Orten. In Zürich fanden am Vormittag vier Versammlungen statt, in deren einer es zu großer Erregung kam, da die Anwesenheit von Geheimpolizisten entdeckt wurde, die sodann verhaften mußten. Am Nachmittag umgibt beteiligten sich ca. 10 000 Personen, worunter etwa 800 festlich gekleidete und geschmückte Kinder, die als besondere Gruppe an der Spitze des Zuges marschierten. Redner waren Greulich, Lang, Professor Crismann und ein italienischer Genosse. Italienische Redner traten übrigens an den meisten größeren Orten, wo auch die Beteiligung italienischer Arbeiter eine erhebliche ist, auf. In Winterthur sprach vor 1000 Personen Bullislegger, am Abend redete derselbe Genosse in Glarus, in Basel vor 2000 Personen Seidel und Serati, in Bern Bräunlein, Moor und Plechanow, in Genf Fühholz und Bergnanini, in Thalweil: Jainer, Altstätten: Dr. Brühbacher usw. Ueberall wurde gegen die sociale und politische Reaktion protestiert und die Arbeiterschaft zur Sammlung und zum Kampfe aufgefordert.

Vogau (Südtirol). Die vormittags abgehaltene Volksversammlung war nicht in dem Maße wie früher zahlreich besucht. Es ist dieses der Nachwirkung der Maßregelung der im vergangenen Jahre im Streik gewesen Bauarbeiter zuzuschreiben, die durch Richterorganisierte ersetzt wurden. Der Besuch war jedoch immer noch ein ansehnlicher. Die Rederate über die Bedeutung des 1. Mai wurden in deutscher und italienischer Sprache gehalten. Wegen Ungunst der Witterung konnte der für vormittags geplante öffentliche Umzug nicht abgehalten werden. Nachmittags heiterte sich das Wetter auf und konnte bei hellem Sonnenschein das Maifest im großen Garten des Bogner Hofes von statten gehen.

Die Maifeier in Frankreich. Paris, 2. Mai. (Fig. Ver.) Diesmal wurde die Maifeier unter zahlreicherer Beteiligung begangen als gewöhnlich. Auch die Arbeitsruhe scheint, von Paris abgesehen, etwas ausgebehnter gewesen zu sein als sonst. Arbeitsruhe wird gemeldet aus mehreren Kohlenrevieren, namentlich aus Pas-de-Calais und Loire; ferner feierten durch Arbeitsruhe die Gasenarbeiter von Dänkirchen, die Arbeiter von Saint-Quentin, wo die neue Arbeitsbörse eingeweiht wurde, die Kohlenarbeiter und Bauarbeiter von Carmaux, einige Tausend Arbeiter in Lyon, sämtliche Arbeiter (am Nachmittag) in Roumies.

Streikenszüge fanden statt in Dinikirchen, St. Quentin, Lyon, Montceau-les-Mines (streikende Kohlenarbeiter), Grenoble (streikende Maurer und Antreiber), Roumies (jährliche Wallfahrt zu den Gräbern der Mai-Martyrer von 1891), Rochefort. Es kam dabei zu Zusammenstößen mit der provokatorisch auftretenden Polizei in Grenoble, wo der socialistische Abgeordnete Zéwadd an der Spitze des Zugs marschierte, und in Rochefort.

In mehreren Städten wurden noch Gewerkschafts-Abordnungen von den socialistischen Bürgermeistern und den Präfekten empfangen. In den Versammlungen wurde auch gegen den zarischen Despotismus protestiert und Sympathie-Resolutionen für die russischen revolutionären Kämpfer votiert.

In Paris wurden drei große Versammlungen abgehalten, darunter eine am Nachmittag in der Arbeitsbörse und eine vom Generalkomitee der socialistischen Partei einberufene am Abend. Die ausländischen Socialisten aller Nationen haben auf Initiative des Deutschen Vorklubs einen Ausflug mit einer Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet. Auch fanden Maiverfammlungen russischer und polnischer Genossen statt.

Die Begräbnisfeier der Genossin Paula Mint, die auf den 1. Mai anberaumt wurde, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Straßenkundgebung, trotz der üblichen ordnungretterischen Maßnahmen der Polizei. Nur nach Beendigung der Feier, in der Nähe der „Baderien-Rauer“ Lauf dem Père-Lachaise-Friedhof gelang es der brutal dreifachenden Polizei, die Ordnung zu stören. Es kam dort zu einem ziemlich heftigen Handgemenge zwischen der Polizei und einem Teile der Manifestanten, von denen fünf oder sechs Mann verhaftet, aber am Abend wieder freigelassen wurden.

In Holland war die Beteiligung an der Maifeier eine sehr starke. In Amsterdam am nahmen über 10 000 an dem Umzug teil; die Abend-Versammlungen waren überfüllt.

Aus russisch-Polen erhalten wir vom Vorstande der Socialdemokratischen Partei Polens und Litauens den folgenden Bericht: Die Vorbereitungen zur Maifeier waren vom 21. April an im vollen Gange. Von der Socialdemokratischen Partei Polens und Litauens sind Räumlichkeiten der Revue: „Przeglyd Robotniczy“, Flugblätter und Einladungen zu einer Straßenversammlung am Sonntag, den 28. April, in der Marschalkowskistraße massenhaft unter den Arbeitern verteilt worden. Am 28. April versammelten sich um 5 Uhr abends in Warschau die Arbeiter in der Nähe des Wiener Bahnhofs auf der Marschalkowskistraße und unter Abführung des revolutionären Arbeiterlieds „Czerwony Szandar“ zogen nahezu 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum „Sächsischen Garten“, wo sie ruhig auseinandergingen. Während dieser Demonstration hat die Polizei 20 bis 25 Mann verhaftet, dabei kam es an einzelnen Orten zu einem Handgemenge zwischen Arbeitern und Schutzeinheiten.

Am 8. Uhr abends sammelten sich auf der Korolewskistraße Tausende von Arbeitern an, die Arbeiterlieder sangen und einmütig mit lauter Stimme riefen: „Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Verfassung!“ Ansammlungen von Arbeitern fanden an verschiedenen Orten statt, jedoch wurden einzelne Gruppen durch Kosaken verhindert, zu einander zu stoßen. In verschiedenen Teilen der Stadt haben Verhaftungen von Arbeitern stattgefunden. Bis 9 Uhr abends ertönten fast in der ganzen Stadt von Arbeitergruppen ausgestoßene Rufe: „Nieder mit dem Zarismus!“ „Es lebe die Konstitution!“

Wider den Arzneiwucher!

An die werthätige Bevölkerung Berlins und insbesondere an die der reichsgeliebten Krankenversicherung unterstehenden Schichten wenden sich durch uns die Berliner Krankenkassen und ersuchen um nachdrückliche Unterstützung in dem unvermeidbar gewordenen Kampfe gegen die Ausbeutung durch die Berliner Apotheker.

Seit langem schon sind die Kassenvorstände davon überzeugt, daß die Krankenkassen und in ihnen die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung für ihren Arzneibedarf höhere Preise bezahlen müssen, als dies selbst die bestsituierten Privatkunden der Apotheker thun.

Diese Ueberzeugung ist zur Gewißheit geworden durch Untersuchungen, die in einer Reihe von Städten — u. a. auch in Berlin — angestellt wurden. Es wurden dieselben Apothekerverfahren sowohl privatim als auf Kassenrezept entnommen, und dabei ergab sich, daß durchweg den Kassen höhere Preise angerechnet wurden. In Berlin z. B. kosteten 80 verschiedene Mittel, auf Kassenrezept bezogen, 40,57 M., dagegen, privatim entnommen, nur 24,20 M., also wenig mehr, als die Hälfte. Diese schon dem einfachen Willkürgefühls hochsprühende Ueberteuerung durch die Apotheker findet statt, obwohl an sich schon durch die Krankenversicherung den Apothekern geradezu Millionenangebote in den Schoß geworfen werden.

Die höchsten Arzneikosten hatten dabei von Anfang an die Berliner Krankenkassen. Denn es entfielen auf den Kopf des Versicherten an Kosten für „Arznei und sonstige Heilmittel“ im Jahre 1885 im Reich 1,64 M., in Berlin 2,16 M.

1888 2,51 3,43

Im Jahre 1899 — dem letzten Berichtsjahr — haben sich die Arzneikosten in Berlin weiter auf 3,77 M. erhöht. Daß dieses Verhältnis ein unhaltbares sei, und daß unter allen Umständen auch die Berliner Krankenkassen einen Rezeptur-Rabatt fordern und im Nothfalle sich erkämpfen müßten, darüber herrschte in den vielen Kassenvorstand-Versammlungen, die von der unterzeichneten Central-Kommission einberufen wurden, nur eine Stimme. Man konnte sich dabei noch auf zwei sehr gewichtige Zeugnisse stützen:

Der königlich preussische Regierungspräsident des Regierungsbezirks Arnberg hatte in einer Verfügung vom November 1900 einen Rezeptur-Rabatt von 10 bis 15 Proz. „mit Rücksicht auf die erheblichen Gewinne, welche die Apotheken aus dem Massenverbrauch der Krankenkassen erzielen“, für angemessen bezeichnet, und der Apothekenbesitzer Steinmetz hatte auf dem Hannoverischen Krankenkassen-Tage sogar erklärt, daß er einen Rezeptur-Rabatt von 20 Proz. für angemessen erachte!

Diese Forderung des Rezeptur-Rabatts wurde dann auch von der unterzeichneten „Central-Kommission der Krankenkassen Berlins“ bei den Verhandlungen mit den Apothekern in den Vordergrund gestellt. Mit wichtigen Gründen und zuletzt mit offenem Hohn wurde diese unsere Forderung abgewiesen, und der ganze Verkauf der Verhandlungen ließ keinen Zweifel darüber, daß auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Apotheker, auf die Gewährung greifbarer Vorteile die Kassen nicht zu rechnen haben würden. Unter diesen Umständen beschloß am 28. März eine zahlreiche besuchte Versammlung von Kassenvorständen und Verwaltungsbeamten, die Verhandlungen abzubrechen und zu versuchen, ob durch Kampf das zu erreichen sei, was gutwillig die Apotheker nicht gewähren wollten.

Zu diesem Zwecke soll die Lieferung aller derjenigen Drogen, Verbandstoffe, Weine usw., deren Verkauf freigegeben ist, künftig ausschließlich den Drogengeschäften übertragen werden. Mit diesem ist bereits eine Preisliste vereinbart, deren Preise sehr erheblich hinter denen der Apotheker zurückbleiben. Dabei verpflichten sich die Drogisten, die Waren in gleicher Güte zu liefern, wie die Apotheker, und sie unterstützen sich deshalb — neben der amtlichen Kontrolle, der sie ebenso, wie die Apotheker, unterliegen — noch einer besonderen Kontrolle durch eine Kommission, welche zu gleichen Teilen von den Kassenvorständen und vom Vorstand der Drogisten-Jumung gewählt wird.

Zur Lieferung der eigentlichen „Apothekerverfahren“ — derjenigen Mittel, deren Verkauf den Apothekern gesetzlich vorbehalten ist — sollen künftig nicht mehr alle Apotheken, sondern nur 50—60 über Berlin verteilte zugelassen werden. So hoffen wir, den Widerstand der Ausgeschlossenen zu brechen, und damit den Ring zu sprengen, den die Apotheker geschlossen haben, um die berechtigten Forderungen der Krankenkassen abzuweisen zu können.

Zu der oft bewiesenen Opferfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung Berlins, zu den Arbeitern, Handwerkern, Kaufleuten usw., haben wir das Vertrauen, daß sie die Krankenkassen in dem ihnen

aufgedrängten Kampfe werthätig unterstützen und darum die geringen Unbequemlichkeiten bereitwillig ertragen werden, die der Kampf notwendigerweise im Gefolge haben muß. Namentlich wird jedes Krankenkassen-Mitglied sich sagen: „Deine Sache steht auf dem Spiel, Dir fällt der Siegespreis ebenso zu, wie im Fall der Niederlage Du die Kriegskosten zu tragen hast.“ Jeder Flehentlich, den im Fall ihrer Niederlage die Apotheker gewähren, kommt den Kassennmitgliedern durch Herabsetzung der Beiträge oder durch Erhöhung der Leistungen zu gute. Gelingt es, den unverhältnismäßig hohen Arznei-Aufwand zu beschränken, dann wird es eher möglich sein, das bisher völlig unzureichende Krankengeld — zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel! — aufzuheben; Milch, Wäcker, Nährmittel, Landaufenthalt, bei vielen Kassen bisher unerreichbare Leistungen, werden in viel weiterem Umfange als bisher gewährt werden können! Darum lasse sich niemand die kleine Unbequemlichkeit verdrängen, die er durch den weiteren Weg zur Apotheke oder die gleichzeitige Quantitätsnahme von Apotheke und Drogengeschäften hat. Niemand lasse sich auch durch die Ausstreunungen der Apotheken betören, daß in den Drogengeschäften minderwertige Ware feilgehalten werde, oder daß die freigegebenen Drogen weniger wirksame Heilmittel seien, als die dem Apotheker vorbehaltenen. Nicht der Preis der Ware entscheidet über die Heilwirkung, nicht der Ort, wo sie verkauft wird, und dem pflichtgemäßen Ermessen des Arztes wird auch künftig die Auswahl der Medicamente, die er im betreffenden Fall für geeignet hält, überlassen bleiben.

Darum glauben wir also auf eine eifrige Unterstützung der Kassennmitglieder rechnen zu können. Wir hoffen weiter, daß diese Unterstützung uns auch insofern gewährt wird, als die Kassennmitglieder auch den Arzneibedarf ihrer Familie thunlichst in der Weise decken werden, wie es vom 1. Mai ab für die Mitglieder fast aller größeren Kassen Vorschrift sein wird. Auch für ihre Familien werden hoffentlich die Kassennmitglieder die freigegebenen Drogen aus Drogengeschäften und nur die unbedingt den Apothekern vorbehaltenen aus diesen beziehen. Jeder Arzt in Berlin und Umgegend erhält von uns ein Verzeichnis, aus welchem die freigegebenen Mittel zu ersehen sind; bei der Erteilung der Verordnung kann daher gleichzeitig die Frage beantwortet werden, ob das betreffende Mittel in Drogengeschäften erhältlich ist oder nicht. Weiter aber bitten wir, auch für den Familienbedarf die Apotheken in Anspruch zu nehmen, die zur Kassenlieferung zugelassen sind.

Werden die Krankenkassen in ihrem Vorgehen von der Bevölkerung kraftvoll und einseitig unterstützt, dann ist ein schneller Sieg nicht zweifelhaft. Schon jetzt haben wir sichere Zeichen dafür, daß die Reihen der Apotheker wanken. Darum, je einheitlicher und energischer von uns vorgegangen wird, je eifriger die Bevölkerung unterstützt, um so kürzer der Kampf, um so schneller der Sieg!

Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Ein Verzeichnis der zur Kassenlieferung zugelassenen Apotheken und der Drogengeschäfte erhalten die Kassennmitglieder im Bureau ihrer Kasse oder bei ihren Arbeitgebern.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal. Heute abend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein bei Frau, Poststraße 16, seine Mitgliederversammlung ab. Rechtsanwalt Frankl spricht über das Bürgerliche Gesetzbuch. Gäste sind willkommen.

Weißensee. Montag, den 6. Mai, päpstlich abends 8 Uhr: Recitation-Abend im Schloß Weißensee. Vortragender: Schauspieler Emil Wallotte, über: „Vaterl. Lurker“. Billets sind an den bekannten Stellen zu haben.

Zehlendorf. Sonntagnachmittag päpstlich 4 Uhr findet die Versammlung des Wahlvereins bei Hellenbrandt statt. Vortrag des Genossen Dr. Borcharth über: „Die Ziele der Socialdemokratie“. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Tokales.

In Baden.

Wasum werden socialdemokratische Pressblätter niemals zu Festungsstrafe verurteilt? Bei bürgerlichen Majestätsbeleidigungen ist es fast die Regel, daß sie nach Magdeburg, Graudenz oder Weichselmünde kommen, während dem Socialdemokraten mit tödlicher Sicherheit Wlöhenssee befohlen ist. Die Lösung der gestellten Frage ist sozusagen ahnungslos einem bürgerlichen Schriftsteller gelungen, der über seine Erlebnisse auf Festung vor einigen Tagen ein recht interessantes Büchlein herausgegeben hat.

Unsere Leser wird es noch im Gedächtnis sein, daß der Redacteur des „Ull“, Herr Siegmund Wehring, am 3. Januar 1900 einer infamen Demagogation der „Germania“ zufolge zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Diese Strafe ist im Gnadwege in drei Monate Festung umgewandelt worden, deren Verbüßung der Pressverbrecher zwar launig, aber doch in der Meinung, ein nennenswerthes Märtyrertum durchgemacht zu haben, in seinem bei Rosenbaum u. Hart erschienenen Büchlein „Der Herbst auf Festung“ schildert.

Ihr schlagt den Leib in Bande, Doch nimmermehr den Geist!

Das sind die ersten Worte des Tagebuchs. Untersuchen wir die „Bande“ aus Grund der Aufzeichnungen, die Herr Wehring gewissenhaft niedergeschrieben hat.

Wenn Eintritt der Strafe zeigt ein Sergeant „mit angenehmem beruhrender Höflichkeit“ dem Gefangenen zwei Zimmer zur Auswahl, die unter andren Möbeln Waschtisch, Kommode, Kleiderschrank und Schreibtisch bergen.

Der Gefangene ist begeistert von dem prächtigen Ferublid auf das offene Meer und die Weichsel. Selbstbefriedigung ist Voraussetzung, es giebt bei dem ersten Mittagessen, das gemeinsam von den Gefangenen eingenommen wird, Reisküchle, Gänsebraten und Pfäumen für billiges Geld. Weiter schreibt Herr Wehring: Die Lebensweise ist durchaus zwanglos. Die Hausordnung wird milde gehandhabt. Ich spaziere und arbeite nach meinem Belieben. Urlaub — als gefangener Presshändler! — bekommenlich wöchentlich nur einmal auf fünf Stunden.

Der Gefangene teilt, um launig zu zeigen, daß das Festungsleben auch Schattenseiten habe, einiges aus den Anweisungen mit: Unmäßiger Genuß geistiger Getränke, hohes Kartenspiel, sowie jedes Hazardspiel sind untersagt. . . Der Besuch von Damen wird nur in Begleitung von Herren gestattet. . .

Noch einiges über die Leiblichen Entbehrungen auf Festung: Am 30. September erhält Herr Wehring von der Schwiegermutter ein Paket mit Kepseln, Wurst, Rebhühnern, Thee und Zucker. Am 2. Oktober trifft ein Teppich ein, den er sich hat nachsehen lassen. Am 6. Oktober haben die Gefangenen einen Bierabend. Es werden 19 Liter Münchener vertilgt. Am 6. Oktober treffen von einer Verwandten Pomeranzen und Kauden ein. Am 8. kommen Frau und Schwägerin zu Besuch. Gemeinshafter Spoziergang in Danzig. Herrliche Dampferfahrt. Am 11. Oktober wiederholte Klage, daß es Sonntags immer Gänsebraten gebe. Vom 13. Oktober heißt es im Tagebuch: Gestern abend ging's wieder mal hoch her. Der Kaufmann von Neufahrwasser hatte ein paar Köstel echten Münchener Biers aufgelegt und uns, seine Mitgefingenen, und einen ganzen Verein aus Neufahrwassers Bürgerchaft eingeladen. . . Als die Köstel leer waren, folgte „biefiges“, dann Schnaps, dann Rotwein und wer weiß, was sonst noch für unkontrollierbare Getränke. Am 15. Oktober Strochabummel in

Danzig. An einem späteren Tage Champagnerbowls zum Abschluß. So geht's weiter in dem neuesten Tagebuch eines Gefangenen.

Solchem Marterium kalte man das Leben eines socialdemokratischen Strafgefangenen gegenüber. Feste, ungenügende Verpflegung. Die eine der sieben christlichen Kardinaltugenden, Befangenheit zu speien, ist in preussischen Gefängnissen schlimmste Sünde; mit peinlicher Gewissenhaftigkeit wird darauf geachtet, daß dem Verbrecher nur ja kein Stücken Brot oder sonst ein Nahrungsmittel, das seine Kräfte heben könnte, von seinen Lieben zugeführt werde. Der Versuch von Angehörigen ist bei guter Führung monatlich einmal gestattet; die Unterhaltung wird genau von den Aufsehern kontrolliert. Spaziergang täglich eine Stunde im Wärendwinger. Ueberhaupt, während strenger Disziplin. Beschäftigung in vielen Fällen: Holzleihen, Dütenleben und andre geiststärkende Arbeiten.

Deutscher Mann, preise die preussische Staatsraison und die höhere Einsicht der Gerichte. Sie wissen, warum sie Socialdemokraten ins Gefängnis stecken. Denn würde ein solcher Preßsünder einmal auf Festung geschickt worden sein, er majestätisch beleidigte so viel, daß er überhaupt nicht wieder herunter käme.

Die Berliner Ferienkolonien

bestanden sich wieder einmal in einer Kollage. Es fehlt am Unbedachtlichen — am Geld! Daran laboriert das Unternehmen zwar dauernd — die Mittel müssen größtenteils durch milde Beiträge aufgebracht werden, was immer nur mit vieler Mühe gelingt — aber diesmal ist der Geldmangel besonders groß. Noch sind die Ausgaben des vorigen Jahres bei weitem nicht gedeckt, und doch muß bereits wieder mit den Vorbereitungen zu den neuen Arbeiten und neuen Ausgaben begonnen werden, die der diesjährige Sommer bringen wird. An den Anschlagplätzen hängt wieder der bekannte Aufruf, der das wohlthätige Berlin um Beiträge bittet. Eine den Zeitungen zugeordnete Rotiz weißt noch besonders darauf hin, daß der Vorstand des Vereins der Berliner Ferienkolonien, wenn die Mittel nicht reichlicher eingeht, sich wird entschließen müssen, noch mehr der dringenden Fälle abzuweisen. „Auch wir wünschen, daß das nicht notwendig wird. Wir halten es aber für unsere Pflicht, bei dieser Gelegenheit wiederum darauf hinzuweisen, daß das ganze Unternehmen gegenüber dem fortgesetzt wachsenden Bedürfnis nicht mehr bedeutet als ein Tropfen, der auf einen heißen Stein fällt, und daß selbst diese geringfügige Hilfe auf die Dauer nicht wird geleistet werden können, wenn nicht endlich die Gemeinde nachdrücklich eingreift. Der Vorstand des Vereins klagt, daß in diesem Jahre die Zahl der ausgesendeten Kinder „zum erstenmal nach 21jähriger Wirksamkeit“ wahrscheinlich nicht zu, sondern abnehmen werde. Er überlegt dabei, daß die Zahl schon einmal, nämlich von 1898 zu 1897, zurückgegangen ist (von 8251 auf 8229), und daß im Verhältnis zur Zahl der im Betracht kommenden Kinder schon viel früher wenn nicht von einem Rückschritt, so doch von einem Stillstand gesprochen werden mußte. Schon nachdem im Jahre 1898 die Zahl der ausgesendeten Kinder nur noch von 3000 auf 3051. Es geht der Ferienkolonie eben nicht anders als den meisten andern Veranstaltungen der Wohltätigkeit. Ueber eine gewisse Höhe kommen sie mit ihren Leistungen nicht hinaus. Ist diese erreicht, dann hilft keine noch so rege Propaganda mehr, kein Hinweis auf die Größe des inzwischen immer weiter wachsenden Bedürfnisses. Das wissen die Leiter der wohltätigen Vereine natürlich ebenso gut wie wir. Aber dafür, daß die Aufgaben, zu deren Erfüllung ihre Kräfte nicht ausreichen, von der Gemeinde übernommen und ausgedehnt werden — für diese Forderung sind sie trotzdem nicht zu haben. Das wäre ja der „Anfang vom socialistischen Zukunftsstaat!“

In der gestrigen Magistratsitzung wurde beschlossen, mit der Gemeinde Niederschönhausen einen ähnlichen Vertrag wegen der Erlaubnis zur Leitung von Druckrohren für die Wasserleitung und Kanalisation durch ihr Gelände zu schließen, wie solcher mit der Gemeinde Tempelhof abgeschlossen ist. Es wird dadurch ermöglicht, namentlich mit dem Bau des Radialsystems XI baldigst vorzugehen und dadurch die Bebauung eines großen Teils des Nordens erstlich in Angriff zu nehmen. Die Stadt Berlin verpflichtet sich nach dem Vertrage, die Abwässer der Gemeinde Niederschönhausen auf 10 Jahre kostenlos in die Entwässerungsanlagen der Berliner Kanalisation aufzunehmen. Nach Ablauf dieser Zeit soll aber an die Gemeinde Berlin ein Beitrag in Höhe der Selbstkosten der Stadt gezahlt werden.

Zu der geheimen Sitzung der Stadiberordneten-Versammlung wurde über die Beratung des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtschulrats für das höhere städtische Schulwesen an Stelle des ausgeschiedenen Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Fürstena u berichtet und beschlossen, die Stelle mit einer 14tägigen Weisung auszuscheiden und das Gehalt auf 12 000 M. nach dem Beschluß des Ausschusses festzusetzen. Ferner beschloß die Versammlung mit der späteren Pensionierung und Reliquienversorgung des Stadtschulrats Dr. Gerstenberg sowie mit der Festsetzung von Grundbesitz für die Pensionierung und Reliquienversorgung von besoldeten Magistratsmitgliedern. Die Versammlung war damit einverstanden, daß dem Stadtschulrat Gerstenberg für den Fall seiner Versetzung in den Ruhestand die Pension, die er als Realgymnasial-Direktor erdient hat, so lange gewährt wird, bis er als Stadtschulrat den Anspruch auf ein gleich hohes oder höheres Ruhegehalt erworben hat und daß die ihm hiernach zustehende Pension auch der Berechnung der Reliquienansprüche zu Grunde gelegt wird, und erklärt ihren Beschluß vom 14. März er. durch die gegenwärtige Beschlußfassung für erledigt. Bei der Beratung dieser Angelegenheit ist es wünschenswert erschienen, die Pensionsverhältnisse der besoldeten Magistratsmitglieder grundsätzlich zu regeln. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, mit dem Magistrat in gemischter Deputation darüber zu beraten, ob es sich empfiehlt, die Grundzüge für die Pensionierung und Reliquienversorgung der besoldeten Magistratsmitglieder für die Zukunft allgemein festzustellen und bei der Ausschreibung solcher Stellen bekannt zu machen.

Die Frequenz im städtischen Familien-Oddach betrug am 3. Mai 129 Familien, 29 Männer, 106 Frauen und 237 Kinder, zusammen 371 Personen, sowie 26 Einzelpersonen. Der Besuch hat hiernach wesentlich abgenommen und man hofft, daß er in der nächsten Zeit noch weiter sinken wird. Auch im nächsten Oddach ist der Besuch in der Admähne begriffen. Am Freitag früh wurden nur noch 880 Männer und 108 Frauen, zusammen 988 Personen beobachtet, zu denen noch 14 Familien, aus ebenso viel Frauen mit 31 Kindern bestehend, kommen, die vorübergehend die Erlaubnis zum Aufenthalt ohne Verpflegung erhalten haben. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die 148 oddachlosen Familien in der Mehrzahl (114) keine Familienoberhäupter haben, die für sie sorgen, und daß 24 ohne Mutter sind. Von den im nächsten Oddach beobachteten Personen wurden heute 82 der Polizei vorgeführt und 7 Krankenhäusern überwiesen. In der Krankenstation des Oddachs waren 69 geschlechtsstarke Männer und 108 Frauen untergebracht.

Schon ist ein Cylinderhut, wenn man ihn befeigen thut. — Der Versuch einer solchen „Angststrobe“ scheint den Stadtbehörden schon aber doch mit etwas so großem Stolz erfüllt zu haben, denn als er gestern einen etwas schäbigen Cylinderhut als Corpus delicti auf den Tisch des Hauses im Schöffengericht niedersetzte, trug er große Verehrtheit und Aufregung zur Schau. Herr Böhm ist Stadtreisender für Tabak und besuchte als solcher ein hiesiges großes Geschäft. Eines Tags hatte er seinen Cylinderhut, der verregnet und verstaubt gewesen sein soll, auf den Ladentisch gestellt, dort erblickte ihn ein Angestellter und machte sich den Scherz, ihm einen Tranerrand zu geben, indem er mit der Hand gegen den

Strich darüberfuhr. Herr Böhm war empört, als er diese Metamorphose sah, und da er den Missethäter nicht gleich entdecken konnte, verlangte er ein förmliches hochpotenilläches Strafverfahren, welches den Missethäter, der sich so an seiner Kopfbedeckung verläßt, hatte, gestern wegen Sachbeschädigung vor das Schöffengericht führte. Und so hat denn dieses kleine Intermezzo, welches durch Aufhängeln des Hutes völlig aus der Welt geschafft wäre, zu einer regelrechten Gerichtsverhandlung mit Verhör des Missethäter und Regenervernehmung geführt. Herr Böhm erreichte aber sein Ziel nicht: der Gerichtshof sah den Scherz des Angeklagten nicht für eine strafbare Handlung an, um so weniger, als gar nicht feststehe, in welchem Zustand sich der Hut seiner Zeit befunden habe. Im übrigen bedauerte der Gerichtshof, daß er keine Zeit an eine solche Rappalie verschwenden mußte.

Jugendliche Deserteure. Einen sonderbaren Anblick boten gestern nachmittag drei Jünglinge des großen Militärwaisenhanjes in Potsdam, Wärschen im Alter von 10 bis 12 Jahren, welche ohne Kopfbedeckung von einem Gendarm von Vornim nach Potsdam transportiert wurden. Sie waren am Dienstagabend gegen 9 Uhr durch Ueberseigen des Thors in der Lindenstraße ansgelockt und hatten sich die Nacht über in den neuen Anlagen ausgehalten. Morgens um 8 Uhr kauften sie sich in Vornim für 5 Pf. Semmeln, die sie unter sich verteilten. Einer stieß während dessen seine Hose, welche er sich beim Ueberklettern zerissen hatte. Dann wanderten sie durch Vornim nach Redlig; der kleinste Ausreißer fiel dabei in einen Wassergraben und blühte einen Stiefel ein, welcher im Vorstiefel stecken blieb und mußte nun in einem Stiefel und in einem Strumpfe weiter wandern. Gegen Mittag langten sie wieder in Vornim an, beschmutzt, zerrissen, halb verhungert. Mitleidige Menschen gaben ihnen Speise und Trank und ließen sie ausruhen, worauf sie der Gendarm wieder dem Waisenhanse zuführte.

Arbeiterkrise. Im Betrieb der Maschinenfabrik von E. Schwarzkopff in der Scheringstraße ist gestern nachmittag 4 1/2 Uhr durch Arbeiter Knobbe schwer verunglückt. Als ein Rollwagen mit Rohreisen in den Hof geschoben werden sollte, fiel infolge einer Erschütterung ein Teil des Eisens dem am Wagen beschäftigten Arbeiter auf den Rücken, so daß Knobbe schwere Querschnitten davontrug. Er wurde in einem Tragkorb nach dem Krankenhaus gebracht. Der Verunglückte ist Vater von vier Kindern.

Bedenklicher Auszug. Ueber einen Selbstmordversuch am Hochzeitsstage meldet der Polizeibericht: Weil er sich am Hochzeitsstage mit seiner Frau ergrüht hatte, sprang ein junger Beamter von der Kurfürstendäule in die Spree, rief aber um Hilfe und wurde von einem Schuttmann mit dem Rettungsball wieder herausgezogen.

Selbstmord eines Zweihundachtzigjährigen. Am Rande des Grabes der „Idelle Gottfried“, der 82 Jahre alte Hausverwalter und Förderer Gottfried Wende vom Michaelkirchplatz 9 Hand an sich gelegt. Wende hatte früher in der Drauisstraße ein Grüntrampgeschäft. Vor zwölf Jahren gab er es auf und wurde Dienstmann und zog nach dem Michaelkirchplatz 9, wo er die Hausverwaltung übernahm. In der ganzen Nachbarschaft war der Alte bekannt und wegen seines Humors beliebt; seine Kollegen von der roten Wäge nannten ihn nur den Idelen Gottfried. Erst mit 82 Jahren, am 1. Oktober v. J., gab er seinen Dienstantritt auf und beschäftigte sich zu Hause im Verein mit seiner 70jährigen Frau mit Stubelflechten. Vor vierzehn Tagen beschloß ein Mitleidmarcken, nur war seine Lebenslust dahin. Vorgesertm erhängte er sich, nachdem seine Frau zum Einlaufen weggegangen war.

Die Berliner Rettungsgesellschaft wird auf der Internationalen Ausstellung für Feuerung- und Feuerrettungswesen Berlin 1901 ihre Centrale sowie eine Musterwache mit Nebenräumen in einer transportablen Dockerschen Baracke zur Ansicht bringen. — Bei dieser Gelegenheit macht die Gesellschaft weiter darauf aufmerksam, daß sie in ihren Stationen Unbediensteten jederzeit unentgeltlich Hilfe leistet.

Unfall zweier Monteur. Auf dem Neubau der Elektrizitätsgesellschaft an der Ecke der Behren- und Charlottenstraße waren zwei aus Magdeburg eigens berufene Monteur Paul W. und Wilhelm W. tätig. Sie hatten heute ihre Arbeiten vollendet und waren eben im Begriff, mit ihrem Verlassen das Gerüst zu verlassen, als dieses zusammenbrach und beide Männer aus einer Höhe von fünf Meter in den Kellerraum stürzten. Der eine Monteur erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte nach der Unfallstation in der Kronenstraße geschafft werden, während der andre Verunglückte mit nicht erheblichen Contusionen davon kam.

Ein Zusammenstoß der elektrischen Bahn Ostschöne-Weidenstraße mit einem Müllwagen der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer fand am Donnerstagmorgen an der scharfen Kurve an der Ecke Köpenickerstraße und Engelplatz statt. Die Weichen des Müllwagens durchbohrte den Strohdachwagen und drang in das Innere desselben ein. Der Insassen benutzte sich eine wahre Panik. Mehrere Personen wurden ohnmächtig. Eines der Pferde des Müllwagens erlitt schwere Verletzungen am Kopfe, namentlich an den Augen.

Die Ausstellung moderner Kunstwerke, angefertigt mit der einfachen Singer-Nähmaschine, welche die Firma Singer u. Co., Nähmaschinen-Fabrikgesellschaft, in ihrem neu angekauften Geschäftshaus, Leipzigerstr. 92, gegenwärtig veranstaltet, hat in allen Bevölkerungskreisen so außerordentlichen Beifall gefunden, daß sich die Firma entschlossen hat, die aus Hunderten von Gegenständen bestehende Ausstellung der allgemeinen Besichtigung noch einige Tage länger zugänglich zu halten, und findet der Schluß definitiv am 8. Mai abends statt.

Im Theater der Krania in der Taubenstraße findet heute, Sonnabend, noch einmal eine Nachmittags-Vorstellung des dekorativen Ausstattungs-Vortrags „Unter Rhein, eine Wanderung von der Quelle bis zur Mündung“ zu seinen Vorlesern statt. Abends wird derselbe Vortrag im Theater wiederholt, während im Hofsaal Herr Franz Göhrle seinen mit zahlreichen der schönsten Projektionsbildern angelegenen Vortrag „Charakterbilder aus der Welt“ wiederholen wird.

Im Metropol-Theater ist das Operetten-Ensemble auf Reisen gegangen und gibt zur Zeit in Hannover eine Gastrolle. Das Ensemble wird daher jetzt völlig von Künstlern bedeckt, welche in letzterer Vielfältigkeit auftreten. Unter diesen Künstlern ragt eine montenegrinische Truppe hervor, die heimatliche Gesänge und Tänze zum besten gibt; wie der nähere, so ist auch der fernste Orient durch eine japanische Akrobatengesellschaft vertreten. Zu nennen wäre gleichfalls die Armenierin Boronskaja, die sich durch ihre Tanzkunst verdienten Beifall erwirbt. Eine seltene Darbietung ist die Pantomime „Die Sioux“, ein echt amerikanisches Spektakelstück, in der der Leiter der Truppe, Herr Charles Lours, sich mit schauerlich-schönem Realismus als Bär produziert.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nixdorf. In den Nollbergen verunglückt sind gestern nachmittag drei Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren. An der Reuterstraße hatten sich die drei Knaben eine anderthalb Meter tiefe Erdhöhle gebaut, in welche sie hineintraten. Kommen waren sie darin, so brach das Erdreich über ihnen zusammen und begrub sie. Straßenpassanten, welche das Unglück gesehen, machten sich sofort an die Rettung der Kinder, die nach vieler Mühe auch gelang. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren bei allen Kindern von Erfolg gekrönt und sind augenscheinlich weitere Nachrichten für die Kinder nicht zu befürchten.

In der Angelegenheit der Schaffung eines neuen Oberpräsidiums für Berlin und die drei Städte Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf wollen die beiden städtischen Körperschaften von Schöneberg in einer gemeinsamen Petition dem Minister des Innern dahin vorstellig werden, daß, wenn das neue Gesetz in Kraft tritt, Schöneberg mit den beiden andern Städten aus dem kommunalverband der Provinz Brandenburg ausscheidet. Begründet wird die Petition dadurch, daß

die Steuern, welche die drei Städte für die Müllabfuhr der Einrichtungen für Straßenpflege, Zwangsverlegung usw. an die Provinz zahlen müssen, in keinem Verhältnis zu dem Werte stehen, den diese Einrichtungen für die drei Städte haben. Der Geheime Rat solle ferner auch auf die übrigen mit Berlin zusammenhängenden Ortlichkeiten ausgedehnt werden.

Hoch der erste Mai! Diese Auffahrt trug eine vier Meter lange und zwei Meter breite rote Fahne, welche am Morgen des Arbeiter-Feiertages in der Siemensstraße zu Ober-Schöneweide lustig vom Telephonbratt herabflatterte. Nachdem Hunderte von Arbeitern das Schandstück in Augenschein genommen hatten, ergriff eine Abteilung Soldaten, welche in der Gegend von Ober-Schöneweide eine Uebung zu machen hatten. Der Offizier, welcher die Truppe führte, machte sich eigenhändig ans Werk, um die rote Fahne herabzunehmen, doch war die Arbeit vergeblich, so daß das Militär schließlich weiter marschierte. Eine halbe Stunde später sah der erste Polizeibeamte unseres Nachbarortes das rote Feldzeichen. Doch auch diesem Herrn gelang es bei aller Anstrengung nicht, die Fahne zu entfernen. Endlich jedoch kam ein ordnungsführender Staatsabthiger auf Geheiß des Beamten mit einer langen Stange daher, und vermochte dieses Apparats war es nach einigen Mühen möglich, die Fahne herunter zu reißen und somit die Ordnung wieder ins Geleise zu bringen.

Ein falscher Kassierer hat die Nordwaren-Händlerin Auguste Klein aus der Berlinerstr. 131 zu Charlottenburg geschädigt. Die Frau hatte vor einigen Tagen eine Rechnung über 69,50 M. für Scheinrat Schab im Geschäftslokal in einen Tischkasten gelegt. Da sie sie gestern nicht wiederfand, schrieb sie eine neue aus und legte diese vor. Aber es war ihr schon ein Kassierer zugekommen. Ein unbekannter Mann hatte ihr die erste Rechnung aus dem Tischkasten genommen und den Betrag eingezogen. Der Mann ist 20 bis 22 Jahre alt und mittelgroß, hat blondes, langgeschorenes, hochstehendes Haar und ein bartloses Gesicht und trägt ein dunkles Jackett und grauweiße gepolterte Hosen. Der Quittungsvermerk ist zierlich geschrieben.

Verdunstene Leiche. Aus der Hovel bei Weimelsterhorn war durch Fischer der Leichnam eines Kindes gelandet worden. Das zuständige Gericht Spandau wurde benachrichtigt, und eine Gerichtskommission sollte sich zur Obduktion der Leichensache an den Hundort begeben. Bevor die Kommission aber die Leiche nach Weimelsterhorn antrat, langte an Gerichtsstelle die Meldung an, daß die Leiche, die man am Ufer ohne Aufsicht hatte liegen lassen, verdunstet sei; ihr Verbleib ist vollkommen unbekannt.

Theater.

Opernhaus. Donnerstag ging das mit Spannung und bereits in einem gewissen Vorgesühl von Enttäuschung erwartete „Aschenbrödel“, Ballett in drei Aufzügen von Johann Strauß nach einem Vorwurf von K. Kolmann und S. Regel, in Scene. Die musikalische Einrichtung dessen, was der Komponist bruchstückweise hinterlassen hatte, hat Herr Josef Seyer mit Sicherheit durchgeführt. Der Gesamtindruck war nicht gerade großartig; und doch muß man anerkennen, welche Selbstverleugnung und welches Können zu einer solchen sekundären Leistung gehört. Das Ballett enthält drei Aufzüge, jeder derselben verschiedene Bilder. Die Einleitung zeigte, daß unsere Ähnung nicht unbegründet war. Abgesehen von recht hübschen Walzer- und Polkamelodien, die nur allzu oft wiederkehren, taucht nichts auf, was durch Originalität, besondere Einfälle oder Ausdruckskraft der Melodien überlasse. Man hätte das, was man an Johann Strauß — sonst aber nicht diesem, als sein Bestes — kennt: Flottigkeit und Lieblichkeit der Tanzschritte. Sonst aber, wo uns von der Bühne her etwas zum Inneren Erleben dargeboten wird, vermag das Können seines musikalischen Ausdrucks. — Im I. Akt sehen wir das Ateller Leontinus (Hl. Spiering), in welchem Kupfmacherinnen tätig sind. Madame Leontine ist die Stiefmutter des armen Aschenbrödel's Grete (Hl. dell'Gra) und die Mutter der Kausen (Hl. Urbanska) und der Quette (Hl. Kierschner). Der erwählte Prinz, Chef eines Warenhauses, ist Gustav (Herr Jörn). Der goldene Schuh und die Tauben sind natürlich eine Hauptrolle. Der erste Akt war in jeder Hinsicht bis zum Taubentanz der dell'Gra recht nett; dieser aber ganz allerliebste, besonders ausdrucksvoll die Pantomime. Im zweiten Aufzuge finden wir Janchon, Quette und zuletzt das Aschenbrödel auf einem Rasenball, den der Prinz veranlaßt. Hier geschieht er dem Aschenbrödel seine Liebe. Östin Flora (Hl. Lucia) in einem prächtig angelegten Blumenwagen erscheint. Dann folgen ein Konfektionseuermacher, eine Quadrille der Janchon und der Quette und ein Aschenbrödelwägel. Alle Darsteller thaten ihr Bestes zum guten Gelingen. Der dritte Aufzug spielt wieder in Leontinus Atelier. Aschenbrödel, die einen goldenen Schuh verloren, ist heimgekehrt und findet alles durch ihre Tauben in Ordnung gebracht. Sie schläft ein; wunderschöne Traumbilder ziehen an ihr vorbei. Sie sieht sich in der Kirche als Braut Gustavs. In diesen Traumbildern ist die Ausstattung geradezu traumhaft schön; dieser Glanz an Farben, die malerischen Arrangements, diese ebenso schönen, wie sinnig sinnvollen Kostüme waren in der That derauschend. Die Aufnahme war eine recht freundliche. — e. s.

Die Frauen Rußlands im Freiheitskampf.

Der unter obigen Titel in Nr. 96 des „Vorwärts“ veröffentlichte Bericht vom 23. April gleicht meine Ausführungen zu verschiedenen wesentlichen Punkten nicht richtig wieder und macht deshalb eine Korrektur nötig.

Was das Warum des relativ geringen Widerstands anlangt, auf das die Befreiungen der russischen Frauen nach höherer Bildung und Berufstätigkeit gestützt sind, so habe ich nicht gesagt, daß die wirtschaftliche Stellung der Frau in Rußland nie so rechtlos war, wie die der westeuropäischen Frauen. Ich habe vielmehr eine ganze Reihe von Gründen dafür angeführt, darunter auch die bessere rechtliche Stellung des weiblichen Geschlechts in Rußland, wo die Ehefrau das Verfügungsrecht über ihr Vermögen behält und die Grundbesitzerin in der Gemeinde gleiches Recht mit dem Grundbesitzer genießt. Diese bessere rechtliche Stellung der Frau habe ich jedoch keineswegs, wie es nach dem Bericht scheint, als Folge des längeren Fortbestands der Familie als einer naturalwirtschaftlichen Einheit angesehen, sondern durch andre geschichtliche Verhältnisse erklärt.

Was die Milderung der Aufhebung der Leibeigenschaft auf den raschen Sieg der Frauenforderungen anbezieht, so lege ich dar, daß diese Reform wohl dem Großadel ansehnliche Vorteile brachte, dagegen zum Zusammenbruch vieler mittel- und kleinbäuerlichen Existenzen führte.

Daß die Welt der russischen Studenten und Gelehrten dem Eindeuten der Frauen in die höheren Berufe im allgemeinen ohne Konkurrenzmittel gegenübersteht, erklärte ich wesentlich mit als eine Folge des Mangels an gebildeten Kräften, so daß die Frau nicht als Konkurrenzin, geschweige denn als Schmutzkonkurrenzin auftritt, vielmehr als willkommenes Mitarbeiterin.

Das Aufkommen der socialrevolutionären Bewegung in Rußland, welche die philosophische Strömung des Nihilismus ablöste, habe ich nicht, wie der Bericht annehmen läßt, lediglich aus dem Umstand hergeleitet, daß „je mehr die Gebildeten den Druß des Jansinismus empfanden, desto mehr bei ihnen das Mitleid für die Leiden der unteren Volkschichten erwachte.“ Ich habe darauf hingewiesen, daß die Aufhebung der Leibeigenschaft und der emporkommende Kapitalismus zahlreiche tief einschneidende wirtschaftliche und sociale Umwälzungen bedingte, welche socialrevolutionäre Strömungen nach sich ziehen mußten. Ich hob ferner den ungeheuren

großen Einfluß hervor, den unter diesen Umständen zwei epochemachende Werke aus der revolutionären Sturm und Drang der studierenden Jugend ausgeübt haben: „Was thun?“ Tschernichow und die „Historischen Briefe“ von Lawroff. Ebenso die Wirkung der Verbreitung der russischen „Intelligenz“ im Auslande mit der westeuropäischen Arbeiterbewegung, ihrer Literatur u. z.

Nicht nur den Russinnen, allen Russen überhaupt wurde durch einen Ulaß der Regierung 1873 verboten, in Zürich zu studieren.

Die bedeutende Agitation der propagandistischen Periode, deren Wirken ich kurz schilderte, heißt Sophie Wardina.

Ich habe keineswegs, wie man nach dem Bericht vermuten könnte, die Auffassung ausgesprochen, daß die neuerlichen Manifestationen der russischen Studenten eine neue Periode des Terrorismus einleiten. Wohl aber warf ich die folgenden Fragen auf: „Leiten die Märzmanifestationen vielleicht eine neue Periode des Terrorismus ein und wird die gegenwärtige Bewegung resultatlos in sich zusammenbrechen?“

„Ich fürchte weder das eine noch das andre“, erklärte ich nachdrücklich und begründete diese meine Ansicht mit einem Ueberblick über die seit 1878 wesentlich veränderte Situation, insbesondere aber mit dem Vorhandensein einer revolutionären Klasse, des Proletariats, unter dem sich die Anfänge der Schulung und Organisation eines Klassenbewußtseins zeigen, das zum Kampfe für politische Freiheiten drängt. Ich charakterisierte im Anschluß an die einschlägigen Ausführungen das sehr hohe und dauernde Verdienst, das sich die russische Socialdemokratie — an der Spitze ihre Führer Plechanoff, Axelrod und Wera Sassulisch — unmittelbar und mittelbar durch die socialistische Erziehung der „Intelligenz“ um die Schulung des russischen Proletariats erworben hat.

Ich habe nicht behauptet, daß die Russinnen den deutschen Frauen die Universitäten geöffnet haben. Ich stellte dagegen die Thatsache fest, daß die Russinnen den Frauen die Zulassung zu vielen westeuropäischen Universitäten (Frankreich, Schweiz) errungen haben. Des weiteren hob ich einen Umstand als bedeutsam für die Frauenbewegung hervor. Die russischen Revolutionärinnen haben den Beweis erbracht, daß die „schwache Frau“ zu einem starken Menschen werden und die höchsten Bürgertugenden üben kann. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen graben aus dem grauen Altertum jede irgendwie hervorstechende Frau aus, um diesen Nachweis zu erbringen. An dem Materialismus und Heidentum der russischen Revolutionärinnen, die nicht für Frauenrechte, sondern für das Allgemeinwohl kämpfen, gehen sie stumm vorüber.

Stuttgart, den 29. April 1901.

Mara Jettin.

Partei-Nachrichten.

Ein Jubiläum konnte am 1. Mai die Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. feiern; das Unternehmen besteht an diesem Tage fünfundsiebzig Jahre. Am 1. Mai 1826 trat die Genossenschafts-Buchdruckerei ins Leben, gegründet von einer Anzahl opferwilliger Genossen zu dem Hauptzweck, eine socialdemokratische Zeitung für die Elblande Hamburg-Altona herauszugeben. Es war das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, der Vorgänger des „Hamburger Echo“. Mit einem Personal von 22 Mann begann das Unternehmen, welches jetzt die zehnjährige Personenzahl beschäftigt. Statt der einen Doppelschnellpresse und der Schnellpresse, die damals das hauptsächlichste Inventar bildeten, sind jetzt Zwillingsschnellpressen, Maschinen und eine ganze Anzahl der modernsten Schnellpressen beschäftigt, die gewaltige Druckarbeit zu erledigen, welche nicht nur die Tageszeitung „Hamburger Echo“, sondern auch die verschiedenen Fachblätter, Broschüren, Werke und sonstigen Aufträge erfordern. Im Vergleich zu dem jetzigen Umfang des Establishments, das eine der größten seiner Art ist, nimmt sich die ursprüngliche Genossenschafts-Buchdruckerei sehr bescheiden aus; und doch hat sich trotz der Ungunst der Zeiten aus ihr das jetzt blühende und gedeihende Geschäft entwickelt, dank der Stundhaftigkeit und Opferwilligkeit der Arbeiter. Mit Genehmigung können diese, aber auch die Leiter und Mitarbeiter des Geschäfts auf das erste Vierteljahrhundert seines Bestehens zurückblicken. Der zehnte Jahrestag wurde ihr Lohn. Als das Socialistengesetz stundwärtigen Angehörigen mit seinen Schlägen kam und auch die Genossenschaftsdauer in dieser Form zu Grunde gehen mußte, da sprang Genosse Diez, der jetzige Reichstags-Abgeordnete für den zweiten Hamburg-Wahlkreis, mutig in die Bresche, übernahm die Leitung des Geschäfts als — der Form nach — Privatunternehmer und führte es in so umsichtiger Weise, daß es zurecht gedeiht. Da brach abermals ein Ungewitter herein; Genosse Diez wurde als „gemeingefährlich“ aus der „Freien und Fortschritt“ ausgewiesen. Doch wieder fanden sich die richtigen Männer, die angeschlossen das Steuer nahmen und das Schifflein durch Stürme und Klippen brachten, bis mit dem Fall des Socialistengesetzes ruhigeren Zeiten eintrat. Abermals wechselte die Firma; die Genossen Auer, Rebel, Förster und Singer übernahmen im Auftrage der Hamburg-Altonaer Genossen die Druckerei, welche sich kräftig entwickelt hat und nimmte auf eigenem Grund und Boden in städtischen Räumen die Förderung des „Umstürzes“ sich angelegen sein läßt. Vom Vorstand der ehemaligen Genossenschaft zählt jetzt noch Genosse August Auer zu den Firmenherrn. Das ursprüngliche Personal wird jetzt noch durch den Genossen August Wänther repräsentiert, der zugleich mit dem Geschäft sein Jubiläum feierte und in entsprechender Form geehrt wurde.

Partei-Presse. Der Genosse August Rasch, bisher Redacteur des Lübecker Parteiblatts, ist mit dem 1. Mai in die Redaktion des Hamburger „Volksblatts“ eingetreten. An seine Stelle tritt Genosse Stelling aus Hamburg.

In Odessa (Rußland) ist die erste Nummer der socialdemokratischen Zeitschrift „Rabotjtsje Slowo“ erschienen.

Politisches, Gerichtliches u. dgl.

— Der sogenannte „Schanzsperrn-Prozess“ gegen den verantwortlichen Redacteur der „Münchener Westfälischen Arbeiter-Ztg.“, Gen. Wredenbe, stand am 30. April vor dem Obergericht in Landgericht zur Verhandlung. In genannten Blatt war eine Reihe Artikel erschienen, in denen Stellung genommen wurde zu dem im vorigen Heft von den Verleibern so viel geliebten „Schanzsperrn“. Diese Sperrre trifft fast ausschließlich solche Worte, die ihre Lokale der Arbeiterpartei zur Verfügung stellen, sie werden in der Regel verhängt im „Interesse der Ruhe und Ordnung“. In den Artikeln war gesagt, daß die Schanzsperrre aus politischen Gründen verhängt werde. Dadurch fühlten sich die betreffenden Beamten beleidigt. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis; der Staatsanwalt hatte 1 Jahr und 1 Monat beantragt.

Sociales.

Die Aufhebung der Nachtarbeit im Wäckerwerke bestritten die gewicht nicht „unbürgerlichen“ „Grenzdoten“; sie schreiben: „Die bestehende Wäckerordnung kann nur als ein erster Schritt angesehen werden. Statt zurückzuweichen, muß der Staat weitergehen: die Nachtarbeit in den Wäckerwerken muß gänzlich verboten werden. Daß das hochgenährte Publikum zum frühmorgens frischegeborene Semmel bekomme, ist ganz und gar nicht notwendig; unbedingt notwendig aber ist es, daß ein Staat, der auf den Namen eines Kulturstaats Anspruch erhebt, und der jetzt schon sogar die Tierquälerei bestraft, jede in seinem Bereich vorkommende unwürdige Massenmenschenquälerei verbiete.“

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauenrechtlerinnen in Norwegen. Dem Storting liegt ein Antrag vor auf Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts für Männer vor. 609 weibliche Steuerzahler, Mitglieder des Landes-Frauenstimmrechts-Vereins, haben nun einen scharfen Protest gegen jede weitere Ausdehnung des Männer-Stimmrechts, so lange nicht den Frauen das Stimmrecht zugestanden ist, eingelegt. Zur Begründung ihres Protestes führen sie nicht etwa an, daß sie den Männern geistig gleichwertig wären oder die gleichen Menschenrechte verlangten, oder gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichteten, sondern einzig und allein die Einkommen und Vermögen, die sie besitzen. Daß die proletarischen Frauen nichts von diesen Damen zu erwarten haben, ist selbstverständlich.

Gerichts-Beilage.

Abermals ist ein ehrenhafter Arbeiter in einer Lohn-Freiheit ein unehrenhaftes Handeln für schuldig befunden worden. Zwischen den Schneidermeistern in Karlsruhe i. W. und den Gesellen ist ein Lohnvertrag vereinbart, wonach u. a. für eine Weste 12 M. zu zahlen sind. Der Schneidermeister Kobor gab eines Tages seinem Gesellen Johann Fröba mit einer zu nähernden Weste einen Zettel, auf welchem „10 M.“ stand. Fröba sagte nichts, rabierte vielmehr die 10 aus und schrieb dafür 12 hin. Bei der Lohnzahlung zeigte er den Zettel der Meisterin und bekam von ihr 12 M. Den Zettel vernichtete er später. Das Landgericht Karlsruhe hat am 7. März Fröba wegen Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Im Urteile heißt es: „Der Lohnvertrag ist zwar zwischen Meistern und Gesellen für Karlsruhe festgesetzt, aber er legt den Meistern nur eine moralische, keine rechtliche Verpflichtung auf, sich danach zu richten. — Will der Geselle die Arbeit nicht zu den vom Meister angebotenen Preisen machen, so muß er sie ablehnen. Demgemäß hat das Gericht angenommen, daß Fröba widerrechtlich die Zahl geändert und sich einen höheren Lohn verschafft hat. Kobor ist als Lohnrücker bekannt. Die geschäftliche Treue hätte verlangt, daß er an den einmal angenommenen Tarif sich hielt.“ — In seiner Revision suchte der Angeklagte darzutun, daß er sich keinen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft habe, weil Kobor den Tarif anerkannt hatte. — Das Reichsgericht erklärte jedoch in der gestrigen Verhandlung auf Verweisung der Revision, da das Urteil einen Rechtsirrtum nicht erkennen lasse! Ein für die maßgebenden Rechtsanschauungen überaus charakteristisches Urteil.

Ist die Bezeichnung Privatdocent ein Titel? Diese für die Universitäten hochwichtige Frage hatte das Kammergericht zu entscheiden. Welche Bedeutung man der Entscheidung beimisst, geht daraus hervor, daß die Ober-Staatsanwaltschaft von nicht weniger als vier wissenschaftlichen Autoritäten Entschlossen eingeholt hat. Während der Verhandlung weilte Ober-Staatsanwalt Dr. Wächter im Saal. Der Sachverhalt ist kurz der, daß sich der Revisor Dr. juris Wommsen, der privatim Studenten zum Examen vorbereitet, auf seinen Visitenkarten Privatdocent genannt hat. Er hielt sich dazu berechtigt, weil er „privat doctore“, W. wurde wegen unbeschränkter Beilegung eines Titels auf Grund des § 300 Nr. 8 des Strafgesetzbuchs zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte legte Revision ein und bestritt, daß er sich strafbar gemacht habe. Das Wort „Privatdocent“ sei gar kein Titel, sondern nur — die Bezeichnung einer wissenschaftlichen Thätigkeit. — Der Vertreter der Ober-Staatsanwaltschaft gab in langer Rede die Ansichten der gehörten Professoren wieder und kam zu dem Schluss, daß die Privatdocenten an den Universitäten zwar keine Beamten seien, sich aber in einer beamtenähnlichen Stellung befänden und daß ihre Bezeichnung als Privatdocent einen Titel darstelle, den andre sich nicht beilegen dürften.

Der Strossenrat des Kammergerichts verwarf die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Der § 300 Nr. 8 des Strafgesetzbuchs sei ohne Rechtsirrtum angewandt worden. Er habe sich strafbar gemacht, indem er sich auf der Visitenkarte Privatdocent genannt habe, denn die Bezeichnung sei ein staatlicher Titel. In den Titeln gehörten nicht nur die von Staatswegen verliehenen Bezeichnungen, sondern auch die Bezeichnung einer vom Staate geschaffenen Stellung. Eine solche vom Staate geschaffene Stellung nehme aber der Privatdocent ein. Er gehöre dem Lehrkörper der Universität an, halte unter Autorität des Staats Vorlesungen in einem Staatsinstitut und seine Tefele halten öffentliche Vorträge. Auch unterlägen die Privatdocenten dem Disziplinarverfahren gemäß dem Gesetz von 1898 (lex Krone). Demnach habe sich der Angeklagte eines Titels, des Titels „Privatdocent“, unrechtmäßig bedient.

Eine Privatoffense der Gräfin v. Schlieben gen. Hartog, die i. J. das Unglück hatte, in die bekannte Brandstiftungsaffäre verwickelt zu werden, beschloß gestern das hiesige Schöffengericht. Die Klage richtete sich gegen die Schuttpolsterin Fräulein K. Klotow zu Charlottenburg und war dazu angelegt, um den Verbreiter eines Verbrechens zu ermitteln, welches behauptete, daß die schwer gekrümmte Dame sich i. J. fälschlich als Frau v. Schlieben bezeichnet habe, da sie mit dem Grafen v. Schlieben gar nicht verheiratet sei. Die Privatklägerin hatte sich noch vor der Brandstiftungsaffäre, in welcher sie beinahe von den Geschworenen freigesprochen wurde, zur Aufnahme in den „Berliner Frauen-Klub 1860“ gemeldet. Die Privatklägerin gehörte zu dem aus fünf Damen bestehenden Aufnahme-Ausschuß und hielt sich für verpflichtet, behufs Anstellung weiterer Recherchen des ihr zu Obren gekommenen Gerichts Erwähnung zu thun, wonach die Verleberin gar nicht verheiratet sein sollte. Es sind denn auch Recherchen eingeleitet worden, die zu einem Ergebnis nicht führten; da sich die Entscheidung über den Aufnahme-Antrag auffallend verzögerte, sah sich Frau von Schlieben, die den Grund nicht konnte, veranlaßt, ihre Anmeldung zurückzugeben. Durch irgend eine Indiskretion kam später zu ihrer Kenntnis, daß Fräulein K. im Aufnahme-Ausschuß jenes Gerücht mitgeteilt habe und ihr Ehemann strengte die Beleidigungsklage auf Grund des § 157 des Straf-Gesetzbuchs an und machte geltend, daß durch jenes jeder Unterlage völlig entbehrende Gerücht seine Gattin in ihrer Ehre schwer gekränkt worden sei. Graf v. Schlieben betandete gestern vor Gericht, daß dies Gerücht in weite Kreise gedrungen sei, ja sogar bis nach Hannover, wohin seine Gattin literarische Beziehungen habe. Er habe leider das Unglück, einen Namensvetter zu besitzen, der die Gerüchte mehrfach beschäftigt habe und dessen Ehefrau, die seiner Zeit auch eine Zeitung redigierte, zum Unglück auch noch einen ganz ähnlichen Vaternamen wie seine eigene Gattin habe — nämlich Hartog (statt Hartog). Daraus ergäben sich höchst unangenehme Verwickelungen. Durch die gerichtliche Verhandlung wurde vollständig aufgeklärt, daß die Privatklägerin thatsächlich durch dritte Personen von jenem Gerücht Kunde erhalten und es für ihre Pflicht gehalten hatte, dem Aufnahme-Ausschuß hiervon Mitteilung zu machen. Unter diesen Umständen verglichen sich die Parteien dahin: Fräulein Klotow sprach ihr Bedauern darüber aus, daß jenes gänzlich unbegründete Gerücht entstanden hatte, während die Klägerin anerkannte, daß Fräulein K. nicht wider besseres Wissen gehandelt habe. Die Kosten des Verfahrens übernahmen die Parteien je zur Hälfte.

Eine empfindliche Strafe verhängte gestern die 14. Abteilung des Schöffengerichts über die Krankenpflegerin Karoline Meier, welche von dem Kaufmann B. wegen verlesender Beleidigung zur Verantwortung gezogen worden war. Die Verhandlung, zu der viele Jünglinge geladen waren, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus der Urteilsverkündung ging hervor, daß die Beklagte in der Familie des Klägers

wiederholt Dienste als Krankenpflegerin geleistet hatte und hierfür nicht nur ausreichend bezahlt worden war, sondern auch mancherlei Wohlthaten genossen hatte. Als Dank hatte die Beklagte dem die Familie des Herrn B. und ihn selbst in der unerhörtesten Weise verläßt und Dinge von ihnen erzählt, die sich nicht wiedergeben lassen. Herr B. hat es schließlich vorgezogen, seine Wohnung nach einer andern Gegend zu verlegen. Der Gerichts-hof war der Ansicht, daß das von überaus niedriger Gesinnung zeugende Verhalten der Beklagten nur mit einer Freiheitsstrafe zu ahnden sei und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

Im Militärbefreiungs-Prozess zu Eberfeld wurde gestern früh die Beweisaufnahme geschlossen. Sodann begannen die Plaidoyers. Der erste Staatsanwalt Dr. Jonek hielt die Anklage in vollem Umfang aufrecht. Der mitangeklagte Arzt Dr. Schimmel ist Donnerstagabend aus der Untersuchungshaft entlassen worden, nachdem die militärärztlichen Sachverständigen dem Angeklagten ein überaus günstiges Zeugnis gegeben hatten.

Im Revisionsprozess gegen den Insatengenten Wolff und die uneheliche Saut erkannte das Reichsgericht gestern auf Verwerfung der Revision.

Verfammlungen.

Eine Vertrauensmänner-Verfammlng der Holzarbeiter-Verbands fand am 2. Mai im Gewerkschaftshaus statt. Nach dem Bericht über die Beteiligung der Holzarbeiter an der Meißeler. Nach der Zahl der vorausgabten Marken und der Höhe des Eintrittsgelds haben an der Vormittags-Verfammlng in der Reuen Welt 14 000 bis 15 000 Personen teilgenommen. Obgleich die Freie Vereinigung der Holzindustriellen beschlossen hatte, alle Arbeiter zu entlassen, die am 1. Mai nicht nach der Werkstatt kommen, ist die Beteiligung an der Vormittags-Verfammlng stärker gewesen, wie im Vorjahre. Der Beschluß hat die Holzarbeiter nicht abschrecken können; im Gegenteil hat er in mehreren Werkstätten in der Weise gewirkt, daß die Gesellen insolge dieser Androhung zu der Einsicht kamen, nun haben sie erst recht die Pflicht, durch Arbeitsruhe den 1. Mai zu feiern. Am 2. Mai meldeten sich 2922 ausgesperrte Mitglieder aus 179 Betrieben. Nachdem Maas die Namen der ausstehenden Firmen verlesen, entspann sich eine lebhafte Diskussion. Mehrere Vertrauensleute rieten von einer Unterstüßung der Entlassenen ab, um die Mittel der Organisation für ernsthafte Differenzen bereit zu haben. Von einer Antwort auf das Vorgehen der Unternehmer nahm die Verfammlng Abstand. Jedoch wurde die Verwaltung beauftragt, gegen einzelne Werkstätten, in welchen sich weitere Differenzen entwickelten, die erforderlichen Schritte einzuleiten. Am Montag, den 6. Mai, hat sich jeder Arbeiter seinen Meister zur Verfügung zu stellen. Wer seine Rechte auf an-gesungene Accordarbeit geltend machen will, soll vorher dem Arbeitgeber mitteilen, daß er bereit ist, seine Arbeit sofort fertig zu stellen. Die Unterstüßung wurde auf 250 M. pro Tag für verheiratete und 2 M. für ledige Mitglieder festgesetzt. Arbeitslose Mitglieder, die sich vor dem 1. Mai auf dem Bureau gemeldet haben und regelmäßig zur Kontrolle erschienen sind, erhalten dieselbe Unterstüßung für 8 Tage.

Zehlendorf. Am 21. April fand in Zehlendorf eine Protest-Verfammlng gegen den Protowucher statt. Dieselbe war sehr stark besucht. Nach einem Alesrat des Genossen Heimann-Berlin wurde die Berliner Resolution einstimmig angenommen.

Verein der Wandrer und Christlicher für Niddorf-Pris- Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 1 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstraße 48-50: Vereins-Verfammlng. Tagesordnung: Geschäftsliches. Vereinsangelegenheiten. Verchiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Verfammlng: Freireligiöse Verlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Fräulein Witmann: „Weißige Wästen in Frankreich“. Szen und Nachspiel auf dem Berliner Musik-Parkettorium. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Ein blutiges Chedrama hat sich in dem Dorfe Wehapt bei Weßau abgepielt. Der Arbeiter Krüger hat seine Frau, mit der er noch nicht ein Jahr verheiratet war, durch zwei Revolverkugeln getötet und sich selbst dann zwei allerdings nur leichte Schußverletzungen beigebracht. Der Krüger behauptet, er habe im Einverständnis mit seiner Frau gehandelt; die bis jetzt ermittelten näheren Umstände lassen aber darauf schließen, daß er seine Frau aus dem Wege räumen wollte und sich selbst nur verundet habe, um den Anschein des beiderseitigen Einverständnisses zu erwecken.

Fünf Ochsen sind zwischen den Stationen Groß-Beuhilj im Rathenow (Strecke Berlin-Stendal) während der Fahrt aus dem Wagen gesprungen; zwei davon wurden vom Zuge überfahren und getötet, die drei andern Tiere werden noch vermist. Die Tiere wurden in einem unbedeckten Güterwagen transportiert.

Eine Explosion fand gestern Abend in Köln in dem Geschäft für Jagdverrichtungen von Clever an der Burgmauer, in nächster Nähe des Doms, durch im Keller lagernde Patronen statt. Ein Wächermacher wurde lebensgefährlich verletzt. Zwei Verletzungen erlitten Brandwunden.

Feuerbrünste. Eine große Feuerbrunst wütet in dem Modelorte Werl, der die Feuerweh nicht Herr wird. Bis gestern mittag sind 18 Häuser, Ställe, Remisen u. niedergebrannt. — In Italien ist in Bigevano die Strickwarenfabrik von Luigi Gallo, wie der „Einkäufer“ meldet, gänzlich niedergebrannt; der Schaden beträgt 400 000 Lire. 300 Arbeiter sind brotlos.

Der Blitz schlug während eines gestern nachmittags über Wien und Umgegend niedergegangenen Gewitters in Floridsdorf in ein Haus ein und verunndete eine aus sechs Personen bestehende Familie auf das Schwere.

Einen netten „Aprilscherz“ aus dem Gebiete der sonst so ersten Jurisprudenz bringt Geh. Justizrat H. Weber in der von Dr. G. Th. Soergel, Verlagsbuchhandlung, Garmisch: Es heißt da unter andern: Breslau, am 1. April 1901. Im Konzert-haus wurde heute von hiesigen Orchesterverein ein neues Stück aufgeführt: „Das Bürgerliche Gesetzbuch, lyrisch-musikalische Dichtung von A. Scherzky“, ein glänzender Beweis, daß die Kunst bestimmte Gedanken, ja Worte auszudrücken im Stande ist. Die Introduction beginnt mit einem wilden, den bisberigen Rechtszustand schildernden Allegro. 80 Violinen, deren jede eine andre Melodie spielt, geben ein treues Bild der verwickelten ehelichen Güterrechte. Mitten in dies Chaos ertönt pianissimo ein Klarinettenfelo, welches deutlich sagt: „Zur Kompetenz des Reichs gehört das G. B.“. Das ist Wagners Antrag, klüftete bei der Aufführung einer dem andern zu. Doch wilder Wilder-spruch aller Instrumente folgt, namentlich machen die Violinen einen sehr energischen Rärm. Doch stets lauter und dringender ertönt das Klarinettenfelo, dann fällt ein Instrument nach dem andern ein, und schließlich stimmt das ganze Orchester in die Melodie ein „Zur Kompetenz des Reichs gehört das G. B.“. Die nun folgende ruhige Arbeit der Reklatoren deutet der Komponist feinnig durch 20 Takte Pause an. Dann setzt ein wundervolles Quinett ein, die Beratungen der Kommission schildernd. Die Führung der Melodie übernimmt meistens die erste Violine, in der G. B. Land gar nicht zu verkennen ist. Laut ertönt die Melodie aus dem

„Freischütz“: „Werft das Scheusal in die Wollschlucht“, mit dem deutlich verständlichen Nachsatz: „Es ist nicht deutsch und nicht sozial!“ Man sieht deutlich die Violine mit Gluck's Orpheus: „Erharmt, erharmt euch mein“. Ein donnerndes „Rein“ setzen die Pässe und Pauken entgegen. Allmählich aber beruhigt sich der Aufruhr der Instrumente...

Schriften-Eingang.

Von der „Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag Robert u. Comp.) ist und werden die Nr. 7 des I. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien wir hervor: Kurs und Zins von Kommunalanleihen. Die Arbeiter und die Wohnungsfrage. — Ut aliquid fieri videatur. — Kommunales Wahlrecht (Die Reichliche Bürgerrolle und das kommunale Wahlrecht. — Veränderung des Klassen-Wahlrechts in Bremen. — Wer ist ein Angehöriger?). — Arbeiterverhältnisse (Friedrich und Dinterlieden-Vertragsgang holländischer Bedienter und Arbeiter in Braunschweig. — Sommerurlaub für holländische technische Arbeiter in Berlin). — Wohnungswesen (Wohnungsneue in Koburg. — Wohnungsneue in Braunschweig. — Wohnungsneue in Böhmen. — Organisation der Mieter. — Wohnraum in Halle a. S.). — Gesundheitswesen (Protest gegen die Erhöhung der Gebührende. — Die Sterblichkeit in der Berliner Säuglings-Gesamtheit. — Die Aufgaben der neu errichteten Gesundheitskommission für Nordsee. — Central-Wasserprüfstelle). — Steuerwesen. — Gemeindefortschritt-Konferenz für das Herzogtum Gotha. — Generalversammlung des Bundes der Kommunalbeamten Mittel- und Nieder-Schlesiens. — Eine Enquete über fischliche Gemeindefortschritt.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 Mark (einschließlich der Postgebührenliste für 1901 unter Nr. 4019 a, 4. Nachtrag).

Formulare der gewöhnlichsten Geschäfte des neuen Rechts zum Gebrauch für jedermann. Von Max Ostermeyer, Rechtsanwalt und Notar. Königsberg. Hartung'sche Verlagsbuchhandlung. Preis 2 M.

Dr. R. Konrad. Was muß man von der Schöpfungsgeschichte wissen? Berlin SW. Hugo Steinitz Verlag. Preis 1 M.

Max Dieckhoff. Welche Rechte und Pflichten haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer? Berlin SW. Hugo Steinitz Verlag. Preis 1 M.

Griff v. Wolzogen. Das dritte Geschlecht. Mit Buchdruck von Godep. Jubiläum-Ausgabe.

Unter der weißen Fahne. Aus der Mappe eines Friedensjournalisten. Gesammelte Artikel und Aufsätze von Alfred Hermann Fried. Berlin 1901. Hermann Wolff. Preis 3 M.

Reisen eines Polen aus der Literatur der Geisteswissenschaften in sieben Fragestücken geordnet. Berlin 1901. Siegfried Gröndel.

La Russie en Revolte — Russland im Aufruhr. Herausgegeben vom russischen Komitee in Paris. Bibliothèque ouvrière Socialiste. 12 Rue du Commandeur, Paris.

Kurt Friedrich. Reichsgesetz betr. die Gewerbeverträge. Textausgabe mit Erläuterungen. Berlin: Gr. Richterfeld. Verlagsbuchhandlung Schulze u. Co. Preis 1 M. 20 Pf.

Militäri. Kürschmachers. Schauspiel in 5 Aufzügen. Uebersetzt aus dem Holländischen von Wilhelm Spöhr. Minden in Westf. J. C. C. Braun Verlag.

Zigmar Mehring. Ein Herbst auf Festung. Berlin 1901. Verlag von Kollmann u. Hart.

Entwurf einer internationalen Gesamtabemie: Weltakademie. Reicht einem französischen Anfang. Von Franz Lenon, Realchirurg in Budapest. — E. Pieroni Verlag, Dresden 1901. 148 Seiten. Preis 3 M.

Marktpreise von Berlin am 2. Mai 1901 nach Ermittlungen des hgl. Volkswirtschaftsamt. Tabelle mit Spalten für Getreide, Mehl, Öl, etc.

Produktionsmarkt vom 3. Mai. Getreide. Die feste Haltung, welche die europäischen Getreidemärkte in letzter Zeit vorwiegend beherrschte, hat gestern eine intensive Wirkung auf die Gestaltung der Weltmarktpreise in New York und Chicago ausgeübt.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Decker in Gr. Richterfeld. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abkennungsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Bei Anfragen juristischer Art ist es praktisch, Zeit sparend und darum sehr zu empfehlen, wenn man adressiert: Redaktion des „Vorwärts“, Juristischer Briefkasten, Weichstr. 2, Hof II.

Risser H. W. I. L. Wahlkreis: Carl Bohm, Annoncenr. 35 b. II. b. Bahn. II. Wahlkreis: Paul Scholz, Südbischstr. 35, IV. III. Wahlkreis: Franz Koch, Admiralstr. 7 v. IV. IV. Wahlkreis: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133 b. part. V. Wahlkreis: Nacos Krenl, Baumstraße 42. Niederbarnim: Adolf Garg, Weichstr. 2, Hof II. Arbeiter-Rundschau: Alh. Liebetrau, Putzstr. 44, IV. Arbeiter-Rundschau: Karl Fischer, Berlin NW, Bahstr. 8.

Z. D. 100. 1. Mi-Moabit 143, 144. 2. Zwischen 9 und 3 Uhr. — Eugen H. Die Frau muß den Eid leisten und bei der Eidesleistung angeben, was ihr gehört. Es gehört ihr beispielsweise ihre Kleidung und was ihr sonst von Ihnen geschenkt ist. Nachmalchen sind in der Regel unentgeltlich und deshalb unpfändbar. Beim Offenbarungsbuch muß auch das Unpfändbare angegeben werden. — 1000. Ja. — G. Prochnow. Verjährung scheint gegen die andern, nicht aber gegen den nicht Ermitteln vorzuliegen. Ob eine richterliche Handlung unternehmen ist, läßt sich ohne Kenntnis der Akten nicht entnehmen; auch solche richterlichen Verfügungen, die nicht zur Kenntnis der Angeklagten gelangen, unterbreiten die Verjährung. In der Sache selbst beantragen Sie Preiszahlung und Aufhebung und der Aufhebung auf die Staatskasse. Eine Strafbarkeit liegt nicht vor, weil ersichtl. das Blatt ein Aufruf, eine Bekanntmachung oder ein Plakat nicht ist und weil ferner die Verbreitung in ungeschlossenen Räumen, also nicht auf öffentlichen Wegen und vergleichbar im Sinne des allpreussischen Verjährungsgesetzes hat. Verweisen Sie sich auch auf § 43 Gewerbe-Ordnung, Absatz 5.

Wette C. S. 44. 1. Die Sparkasse nimmt Beträge bis zu 300 M. in einem Monat an 2. und 3. Krankheit ist ein Entlassungsgrund. Ist die Krankheitszeit eine verhältnismäßig nicht erhebliche, so ist bei Accord- und bei Beitragen Lohn (unter Abzug des Krankengeldes) für diese Zeit zu zahlen. — 222 B. B. Der Vater kann testieren wie er will. Er kann jedoch seinem Sohn den Pflichtteil (das ist die Hälfte des nach der gesetzlichen Erbfolge zusammenfallenden Teils) ihm nicht entziehen, falls kein Unterhaltungsgrund vorliegt. Welches die Unterhaltungsgründe sind, finden Sie auf S. 96, ein Beispiel zu einem Testament mit Unterhaltungsgr. S. 239 des dem Arbeiterrecht angehängten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Arbeiterrecht liegt in der Bibliothek Alexandrinenstr. 26 ans. — 23. 1000. Ihnen können dadurch weitere Unannehmlichkeiten nicht erwachsen, ebenso wenig dem Ehe, wenn Sie Anstellung einer Ersatzkraft beantragen. Stellen Sie einen dahingehenden Antrag bei der Polizei. — C. Klein. — 1010. 1. Dafür ist eine Frist nicht festgesetzt. 2. und 3. Ja. — 23. 10. 1. Nein. 2. Uebergangsgeld ist zu zahlen. Sie thun gut, sich auf dem Kundendienstbureau (Alexander-Platz oder Anhalter Bahnhof) der Eisenbahn zu erkundigen. Dort erhalten Sie amtlich und kostenlos die zuverlässigste Auskunft. — G. Th. 66. Wenn Sie das Gesuch ohne Genehmigung des Vorgesetzten machen würden, würden Sie sich strafbar machen. — G. 50. Der Vertrag ist rechtskräftig, weil nicht der Gegenstand (die Gesellschaft), sondern lediglich der Vermittler gefesthalten ist. — 21. R. 101. Sie, nicht der Hauswirt, sind in diesem Fall erpfl. pflichtig. — S. G. S. Reindorf. Sie können sich beschweren. Die Beschwerde hätte aber wenig Aussicht auf Erfolg. Die Schulpflicht hört nicht mit Vollendung des 8. Lebensjahres, sondern erst dann auf, wenn nach Ansicht der Schul-Aufsichtsbehörde das Kind die gemeinlich erforderliche Reife erworben hat. — W. R. 70. Erheben Sie Widerspruch. — P. S. 25. Die Berechnung für die Höhe der Alters- und der Invalidenrente finden Sie S. 319 und S. 326 des „Arbeiterrechts“. — R. B. 55. Die Witwe kann die Hälfte des Betrags der Lebensrente verlangen. — G. Zimmermann. Den Antrag können Sie wiederholen. Verpflichtet, dem Antrag stattzugeben, ist die Versicherungsanstalt nicht. — F. 66. Gerichtsakten, Rechnungen sind zur Vermehrung der Fassung in der in der Zahlungsanforderung angegebenen Zeit zu zahlen. Ratenszahlungen können seitens der Gerichtsstelle auf Antrag bewilligt werden. Handelt es sich um der Gegenpartei zu ersparende Kosten, so sind diese sofort zu zahlen; Kostenzahlungen kann hier nur der Gegner bewilligen. — W. R. 10. Wenn dies Recht dem Vri durch Vertrag eingeräumt ist: ja, sonst: nein. — Bernau, Schidolski. Die Aufführung eines Theaters hängt von seiner politischen Genehmigung ab, wenn die Zuschauerzahl eine fest gesetzte (bestimmte) die der Vereinsmitglieder und ihres Hausstands) ist und wenn ferner kein Eintrittsgeld genommen wird. — Aderstraße 65. Reht. Sie sind zu der vollen Zahlung verpflichtet, weil Sie die Mängel nicht sofort gerügt haben. — A. S. 39. Nein. — G. G. 1901. 1. Ja, falls nicht etwa in der Tat Radnahme schon früher verboten war. 2. Ja. 3. Das ist nicht ausgeschlossen; insbesondere der Mangel der Willkür kann gegen den Klageanspruch ins Gewicht fallen. — P. Vok. Nein. — A. S. 1000. Eine Anfrage unter dieser Chiffre liegt nicht vor. Siehe die Chiffre die Antwort R. R. 1000 unter dem 11. April auf Ihre Frage. Wiederholen Sie eventuell die Anfrage. — W. S. S. Kolonier. Das dürfen Sie so selbst Sie wollen. — 100 Paris. Sie können bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag und bei dem Amtsgericht einen Antrag auf Aufhebung der Beschlagnahme und auf Rückgabe der Harmonika stellen. — A. 50. Nein. — 100. Die Ansicht, daß der Klage eines Geschäftsinhabers den Geschäftsinhaber zur Aufhebung seines Mietvertrags berechtigt, ist irrig. Der Mietvertrag kann nur unter beiderseitiger Zustimmung aufgehoben werden. — G. G. 99. Wenden Sie sich an das Amtsgericht mit dem Antrag. Sie zum Pfleger Ihres Mannes für die Dauer seiner Krankheit zu bestellen, und richten Sie dann an den Vorstand der Berufsvereinschaft den Antrag auf Bewilligung einer Unfallrente. — Otto 14. Zur Führung der Klage bedürfen Sie keines Rechtsanwalts. Inbes hat die Klage wenig Aussicht auf Erfolg, weil — auch nach zwanzig Jahren — aus der Art des Delikts auf die Unzuverlässigkeit in dem von Ihnen gewünschten Beruf geschlossen werden kann. — A. J. S. Neu-Weichensee. Leider nein. — A. Müller. Sie müssen dem Vater Zahlung leisten und den Vri auf Erhaltung verlangen. — Landwehrmann Juchow. 1. Bis zum 32. Lebensjahre. 2. Ja. — A. 20. Ihre Akten sind nach Ihrer Schilderung im Recht. — Wilhelm S. Unabhängig ist das Amtsgericht II, Fallisches Ufer 29/31. — S. S. G. W. 66. 1. u. 2. Ja. 3. u. 4. Nein. — A. R. 67. Wenn das Gerücht kein außergewöhnliches ist: nein; sonst kann auf Befreiung des Gerüchtes, wenn und soweit es den Mietgebrauch der Wohnungen beeinträchtigt, geklagt werden. Ob das Gerücht der Maschine ein außergewöhnliches ist, läßt sich nur von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller Umstände, auch der Gegenstände, beurteilen. — J. S. Weichensee. Das können Sie thun, müssen sich aber an das Bezirkskommando mit dem Antrag wenden, Ihnen Urlaub zu erteilen. — 100. Vorkholz. Wenn nach nicht ein Monat nach der Zustellung des Urteils verlossen ist, kann nach Retard eingeklagt werden. Sprechen Sie doch mit allen Papieren in der Sprechstunde Montag oder Freitag vor. — W. 100. Die Schilke kann nicht ganz so liegen, wie das Mädchen Ihnen geschildert hat. Grundlegend ist die auf der Gerichtsaktenreihe des Amtsgerichts (Vormundschaftsgericht) und sprechen Sie dann erneut in der Sprechstunde vor. — P. B. in R. Es kommt darauf an, ob der Betreffende Handlungsgehilfe oder ob ungewerblicher Gehilfe ist. In ersterem Falle ist zweifellos das volle Gehalt bei Krankzeiten von sechs Tagen zu zahlen. Im zweiten Falle ist der volle Lohn zu zahlen, wenn die Krankheitsdauer als eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit zu erachten ist. — Georg. Zum Erlaß eines Zahlungsbefehls ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt. An dieses wendet sich der Gläubiger mit dem Antrag um Erlaß eines Zahlungsbefehls. Der Zahlungsbefehl muß die Bezeichnung der Varieten nach Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort, die Bezeichnung des Gerichts und bestimmte Angabe des Betrags enthalten, um dessen willen Zahlungsbefehl beantragt wird, sowie des Grundes, aus dem der Schuldner eine Summe schuldig sei. Erhebt der Schuldner gegen den erlassenen Zahlungsbefehl innerhalb acht Tagen oder vor Eingang des Antrags auf Erhaltung der Vollstreckungsanleihe Widerspruch, so giebt der Gläubiger der Sache dadurch ihren Fortgang, daß er bei Objekten bis 300 M. vor das Amtsgericht zur Verhandlung laßt. Beispiele finden Sie im „Arbeiterrecht“, S. 435, 436. Daselbst liegt in der Bibliothek Alexandrinenstr. 26 ans. — G. B. Rein. — Streitere 33. I. Die Höhe der Lohnklasse für die Niedermarktenbeiträge richtet sich in der Regel nicht nach der Höhe des wirtlichen Jahresarbeitsverdienstes, sondern wird wie folgt berechnet: Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit nicht für einzelne Vermittlungen von der höheren Vermittlungsbehörde ein anderer Jahresarbeitsverdienst festgesetzt wird, der 300fache Betrag des ordentlichen Tagelohns im Sinne des § 8 des Krankenversicherungs-Gesetzes. Diese Berechnung gilt auch für die Mitglieder freier Hilfsklassen. Eine andere Berechnung greift in folgenden Fällen Platz: Es gilt als Jahresarbeitsverdienst: 1. für Mitglieder einer Betriebs-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungs- und Gewerkschaften der 300fache Betrag des für ihre Krankentafelbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohns oder wirtlichen Arbeitsverdienstes (die Höhe dieses durchschnittlichen Tagelohns, sowie, ob der wirtliche oder ob der ordentliche Tagelohn zu Grunde gelegt ist, ergibt sich aus dem Krankentafelbescheid), 2. für Knappschaftsmitglieder der 300fache Betrag des von dem Kassenvorstand festzusetzenden durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes, wenn dieser den ordentlichen Tagelohn übersteigt, 3. für Seelente der Durchschnittsbetrag des für die Berechnung der

Unfallrenten vom Reichsfinanzminister oder der höheren Verwaltungsbehörde festgelegten Jahres-Arbeitsverdienstes, 4. für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen, falls sie nicht zu den unter Nr. 1 aufgeführten Kategorien gehören: der für sie von der höheren Verwaltungsbehörde festgelegte durchschnittliche Jahres-Arbeitsverdienst. 5. Für Lehrer und Erzieher, falls nicht ein Jahres-Arbeitsverdienst von mehr als 1150 M. nachgewiesen wird, 850 bis 1150 M. ist im Voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart und ist diese höher als der nach diesen Regeln maßgebende Durchschnittsbetrag, so ist diese Vergütung, also der wirtliche Arbeitsverdienst, zu Grunde zu legen. Das ist für viele gewerblichen Arbeiter, Werkmeister und Handlungsgehilfen von erheblicher Wichtigkeit. Statt der hiermit zu verwendenden Marken können Marken einer höheren Lohnklasse verwendet werden, wenn Arbeitgeber und Arbeiter hierüber einverstanden sind. Auch wenn kein Einverständnis herbeigeführt wird, kann der Versicherte beanspruchen, daß für ihn in einer höheren Lohnklasse gefestigt wird, muß dann jedoch den Mehrbetrag selbst zahlen. — II. Es ist zu bedenken: für Lohnklasse I bei einem nach den vorstehenden Regeln ermittelten Jahresarbeitsverdienst bis 350 M. eine 14 Pf.-Marke, für Lohnklasse II bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 350-550 M. eine 20 Pf.-Marke, für Lohnklasse III bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 550 bis 850 M. eine 24 Pf.-Marke, für Lohnklasse IV bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 850-1150 M. eine 30 Pf.-Marke, für Lohnklasse V bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 M. eine 35 Pf.-Marke.

Witterungsübersicht vom 3. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp., Stations, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 4. Mai 1901. Vorwiegend heiter und trocken, nachts sehr kühl, am Tage ziemlich warm bei mäßigen nördlichen Winden.

Dankfagung.

Für die so überaus zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schriftleiters Julius Grimm sage allen Freunden, Kollegen und besonders den Sängern meinen innigsten Dank. Witwe Thelma Grimm.

Dankfagung.

Allen Freunden und Kollegen für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines un- verzeihlichen Bruders Emil Kridde, sowie für die schönen Kranz- sendungen sage wir hiermit unsern besten Dank. 11009 J. K.: Paul Kridde als Bruder.

Öffentlich

Bestunde ich, daß das über mich verbreitete Gerücht, Herrn Meyer ausgemietet zu haben, nur auf Klatsch beruht. Mein Kontrakt ist erst 4 Wochen nach dessen Kündigung erfolgt. 11128 Hermann Krüger, Restaurateur.

Konsum-Verein Berlin-Nord (G. G. m. b. H.)

Rachrag-Berichtigung. Die Zahl der Genossen betrug am 30. September 1899 399. Neu hinzugezogen 19. Ausgetreten sind am 30. September 1900 19. Mitin Zahl der Genossen am 1. Oktober 1900 399. Das Mitglieder- oder Geschäftsbuch sollte sich am 30. September 1899 auf 970,-, daselbst hat sich vermehrt um 11 230,- Betrag daher am 1. Oktober 1900 20 190,- Die Kasssumme der Mitglieder sollte sich am 30. September 1899 auf 970,-, daselbst hat sich vermehrt um 11 230,- Betrag daher am 1. Oktober 1900 20 190,- Nord, den 15. April 1901. Konsum-Verein Berlin-Nord (G. G. m. b. H.) Richard Howe. Otto Schultze.

Familien-Restaurant

Nannynstrasse 86. Jeden Sonnabend frische Wurst. Auch ist mein Vereinszimmer noch auf einige Tage zu vergeben. Rudolf Jurran. 9215

„Zweifelssee“

In den „Marienlust“. In: C. Streckhahn, Wirt der Kaiserhof, Köpenick. Empfehle beide Lokale mit großen Zäunen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampfbrücken, Stallungen für 40 Pferde etc.

Schloßpark Wilhelminenhof.

Jeden Sonntag Gr. Konzert und Ball. Ein Saal auch Sonntags für Vereine zu vergeben. 11866

Achtung! Vereine. Achtung!

Restaurant zum Bodensee in Birtenwerder, das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhofs und Forst- Unteramt für mehrere tausend Personen. Gesellschaften für keine Gesellschaften. Sehr gute Küche. Mäßige Preise. Mehrere Säle. Auschank von eichem, Weiß- und Lagerbier. Stallung für 100 Pferde. — Prachtvoller Garten. Birtenwerder ist mit Fußwegen in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu erreichen. Den geübten Herrschaften, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen. Bei großen Korporationen stellt die Eisenbahndirektion bei vorheriger Anmeldung Sonderzüge ein. 8903

Feuersteins Festsäle u. Garten

Alte Jakobstrasse 75. Empfehle meine elegant renovierten Säle u. wunderbar schönen Garten mit Bühne zu Sommerfestsälen, Sommerfesten u. Versammlungen, außerdem verschiedene Vereinsräume, 30-150 Personen fassend.

Wilmerödorfer Volksgarten.

Empfehle Freunden und Genossen, sowie den geehrten Vereinen meinen Saal, Garten und Kegelhahn zu allen Freizeitszeiten. 1389L* Emil Witte.

Sporthaus zur „Großen Krampe“

herrlich am Wald und Wasser gelegen in Müggelberg am Fuße der Müggelberge sowie Gasthof zu Müggelheim empfiehlt den werthen Vereinen, Fabriken und Werkstätten zu Wasser und Landpartien. 10072* Fernsprech-Amt: Köpenick 156. W. Troppens.